

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

21. JAHRGANG

SEPTEMBER 1968



INHALT

Seite

Regionale Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur 1957 bis 1966	209
Art, Ursache und Zeitpunkt von Straßenverkehrsunfällen im Jahre 1967	222
Öffentliche Ausgaben für die Straßen im Jahre 1966 und seit 1951	228
Baulandverkäufe und Baulandpreise im Jahre 1967	234
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	65*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	71*



HERAUSGEBER
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

RHEINLAND-PFALZ

IM SPIEGEL DER STATISTIK

Umfang ca. 600 Seiten, Oktavformat, Leinen, Preis DM 25,-

Subskriptionspreis bis 15. Oktober 1968: DM 20,-

Das Werk "Rheinland-Pfalz im Spiegel der Statistik" ist eine Neuerscheinung besonderer Art. Es unterscheidet sich von den sonstigen Veröffentlichungen des

Aus dem Inhalt

Geschichtliche Entwicklung
Verwaltungsgliederung
Bevölkerungsentwicklung und -struktur
Haushalte und Familien
Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen
Soziale Umschichtungen
Arbeitsmarkt
Pendelwanderung und Arbeitszentren
Sozialprodukt
Regionale Wirtschaftskraft
Wandlungen in der Landwirtschaft
Industrielle Expansion
Strukturveränderungen im Handwerk
Energie- und Wasserwirtschaft
Struktur und Leistungen der Bauwirtschaft
Groß- und Einzelhandel
Gastronomie und Fremdenverkehr
Binnenschifffahrt
Eisenbahn- und Straßenverkehr
Nachrichtenübermittlung
Banken, Kredite, Einlagen
Zahlungsschwierigkeiten
Volkseinkommen
Einkommensquellen der Bevölkerung
Privater Verbrauch
Private Vermögensbildung
Wohnungsmarkt und Wohnverhältnisse
Mietpreisentwicklung
Wahlrecht und Wähler
Parteien und Mandate
Öffentliche Ausgaben und Einnahmen
Öffentliche Investitionen
Finanzausgleich
Steuern
Allgemeinbildende Schulen
Berufsbildende Schulen
Pädagogische und wissenschaftliche Hochschulen
Gerichtsbarkeit
Straffälligkeit
Krankenhäuser
Ärzte und Zahnärzte in freier Praxis
Öffentlicher Gesundheitsdienst
Erkrankungen und Todesursachen
Krankenversicherung
Alterssicherung
Arbeitslosenversicherung und -hilfe
Kindergeld und Wohngeld
Förderung der Vermögensbildung
Sozialhilfe

und vieles andere mehr

Statistischen Landesamtes vor allem in zwei Punkten:

es vereinigt das in zahlreichen Einzelstatistiken verstreute Material aus zwei Jahrzehnten in einer geschlossenen, dem wirtschaftlichen Kreislauf folgenden Darstellung.

und es bietet dieses Material in einer allgemeinverständlichen textlichen Interpretation, welche von Tabellen und Schaubildern lediglich ergänzt wird.

Es ist daher geeignet, ebenso dem Wirtschafts- und Verwaltungsfachmann Auskunft über Strukturen und langfristige Entwicklungstendenzen zu geben wie etwa dem Lehrer und Schüler als Hand- und Lesebuch zu dienen. Es zeigt die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, wie sie sich im Spiegel der amtlichen Statistik reflektiert: 20 Jahre teils verblüffender Wandlungen, die aus einem über hundert Jahre lang vernachlässigten Grenzgebiet ein Land wirtschafts- und kulturpolitischer Aktivität werden ließen.

Ich bestelle hiermit

..... Ex. **Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik**

Umfang ca. 600 Seiten, Oktavformat, Ganzleinen, Preis DM 25,—

Subskriptionspreis bis 15. Oktober 1968: DM 20,—

..... Ex. **Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1968**

Umfang ca. 410 Seiten, Oktavformat, Ganzleinen, Preis DM 19,—

Fortlaufende Lieferung des Jahrbuches bis auf Widerruf ist erwünscht!

☐

ja

☐

nein

Subskriptionspreis bis 15. November 1968: DM 15,50

Auslieferung nach Erscheinen.

Absender: _____

() _____

Datum

Stempel und Unterschrift

**Statistisches Landesamt
Rheinland - Pfalz**

Druck und Verlag

5427 B A D E M S

Mainzer Straße 15/16

STATISTISCHE MONATSHEFTE

RHEINLAND-PFALZ

21. Jahrgang

Heft 9

September 1968

Regionale Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur 1957 bis 1966

Ergebnisse der Sozialproduktsberechnungen

Seit der ersten kreisweisen Berechnung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen, die vom Arbeitskreis Sozialproduktsberechnungen der Länder für das Jahr 1957 durchgeführt wurde, sind zehn Jahre vergangen. Weitere regionale Werte folgten 1961 und 1964¹⁾; für das Jahr 1966 hat der Arbeitskreis erneut eine Sozialproduktsberechnung nach Kreisen durchgeführt, deren Ergebnisse für Rheinland-Pfalz nunmehr vorgelegt werden können, womit gleichzeitig ein Rückblick auf die regional unterschiedliche Entwicklung von Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur während dieses Zehnjahreszeitraums verbunden wird.

Sozialproduktszahlen für kleinere regionale Einheiten bilden heute bereits einen festen Bestandteil des wirtschaftsstatistischen Instrumentariums. Sie sind die Basis für bestimmte wirtschafts- und strukturpolitische Überlegungen und Entscheidungen der öffentlichen Verwaltung, so insbesondere für regionale Wirtschaftsforschungs- und Raumplanungsvorhaben. Besondere Aktualität gewinnen die Angaben im Hinblick auf die in diesen Tagen sich vollziehende Neugliederung der Regierungsbezirke, die nach dem Zweiten Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz vom 16. Juli 1968 (GVBl. Nr. 11 vom 22. 7. 1968) ab 1. Oktober 1968 wirksam wird. Aus diesem Grunde wurden - in einer Sonderauswertung - die Sozialproduktswerte auch auf den Gebietsstand der drei neuen Regierungsbezirke Koblenz (mit Montabaur), Trier und Rheinhessen-Pfalz umgerechnet.

1. Methode und Aussagewert

In ihren Grundzügen beruht die neue Kreisberechnung auf der gleichen Methode, nach der länder einheitlich für 1964 das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise errechnet worden war. Das für das Land insgesamt und nach Wirtschaftsbereichen gegliedert vorliegende Bruttoinlandsprodukt wird mit Hilfe von Schlüsselgrößen auf die Verwaltungsbezirke aufgeteilt. Eine origi-

näre Berechnung, wie sie auf Landes- und Bundesebene durchgeführt wird, ist nicht möglich, da die hierfür benötigten statistischen Grundlagen für kleine Regionen oft nur Ergebnisse auf Unternehmensbasis bringen oder auch nicht immer in hinreichend tiefer fachlicher Gliederung aufbereitet werden können. Eine Berechnung auf Unternehmensbasis ergäbe aber insofern ein falsches Bild, als sehr oft größere Unternehmen mit ihren Niederlassungen über die Kreisgrenzen hinausgreifen.

Die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts geht vom Inlandskonzept aus, das heißt, es wird die zu Marktpreisen bewertete Bruttoleistung der in einem abgegrenzten Gebiet - Land, kreisfreie Stadt, Landkreis, Regierungsbezirk - ansässigen Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten erfaßt. Neben der reinen Wertschöpfung sind hierin indirekte Steuern und Abschreibungen eingeschlossen. Dieser Wert ist nicht gleichzusetzen mit der wirtschaftlichen Leistung der Wohnbevölkerung des Gebiets, da diese sich ihren Lebensunterhalt zum Teil durch wirtschaftliche Beteiligung und Arbeit außerhalb des Gebiets verdient. Aus der Höhe des Bruttoinlandsprodukts der Kreise ist daher nur bedingt auf die wirtschaftliche Leistung und Einkommenslage ihrer Wohnbevölkerung zu schließen. Um eine Bezugsgröße zum Bruttoinlandsprodukt und damit eine Vergleichsmöglichkeit zwischen den einzelnen regionalen Einheiten zu schaffen, ist die Wohnbevölkerung der Kreise um die Zahl der Auspendler einschließlich ihrer Angehörigen zu vermindern und um die Zahl der Einpendler einschließlich ihrer Angehörigen zu erhöhen. Dieser Wert wird als Wirtschaftsbevölkerung bezeichnet und gibt Auskunft über die an der Leistungserstellung in einem Gebiet mitwirkenden Personen und deren Angehörige. Die so gewonnene Relation Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, die im folgenden als Leistungskraft bezeichnet wird, ist der Maßstab für die durchschnittliche Bruttoleistung der an der Leistungserstellung in einem bestimmten Gebiet beteiligten Personen und ihrer Angehörigen. Unter der Annahme, alle Regionen hätten die gleiche Erwerbsquote (Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung), spiegeln diese Beziehungszahlen die Produktivitätsunterschiede zwischen den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen wider.

¹⁾ Vgl. in den Statistischen Monatsheften Rheinland-Pfalz F. J. Strohe: Die Wirtschaftskraft der Stadt- und Landkreise (Jg. 15, Heft 8, August 1962); Die regionale Entwicklung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur in den Jahren 1957 bis 1961 (Jg. 17, Heft 7, Juli 1964); Ch. Peed: Bruttoinlandsprodukt des Landes, Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur der kreisfreien Städte und Landkreise 1957 bis 1964 Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz (Jg. 19, Heft 10, Oktober 1966); ferner: Das Sozialprodukt von Rheinland-Pfalz in den Jahren 1950 bis 1966. Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 177, Bad Ems 1968, S. 22 ff.

2. Wirtschaftskraft der Verwaltungsbezirke

Das rheinland-pfälzische Sozialprodukt erreichte im Jahre 1966 den Wert von 23,7 Mrd. DM. Während der zehn Jahre von 1957 bis 1966 hat es sich damit weit mehr als verdoppelt (+ 116,3%), was einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 9,0% entspricht. An diesem Zuwachs waren alle kreisfreien Städte und Landkreise, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, beteiligt. Während die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der Landkreise in den Jahren 1957 bis 1961 noch ausgeprägter war als die der kreisfreien Städte, wurde das Wachstum seit 1961 in immer stärkerem Maße von den kreisfreien Städten getragen. Über den gesamten Berichtszeitraum hinweg hat das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte um 125% zugenommen, das der Landkreise um 110%. Zwar entfällt auch 1966 mit 13,4 Mrd. DM wieder der größte Beitrag des Sozialprodukts auf die Landkreise, doch hat sich die Beteiligung der kreisfreien Städte, in denen etwa ein Viertel der Bevölkerung wohnt, am Bruttoinlandsprodukt weiter ausgedehnt: mit insgesamt 10,3 Mrd. DM erbrachten sie 43,5% der wirtschaftlichen Leistung des Landes, während es 1961 erst 40,8% waren.

Ein zunächst verblüffendes Ergebnis zeigt eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in Städten und Landkreisen anhand der vier zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche. Nicht nur, wie zu erwarten wäre, in der Land- und Forstwirtschaft, sondern auch im produzierenden Gewerbe sowie in Handel und Verkehr liegen die Zuwachsraten 1957 bis 1966 des Bruttoinlandsprodukts der Landkreise über den entsprechenden der kreisfreien Städte: + 23,6% zu - 3,4% in der Land- und Forstwirtschaft, + 137,0% zu + 125,2% im produzierenden Gewerbe und + 101,1% zu + 88,2% in Handel und Verkehr. Lediglich die Dienstleistungen verzeichneten ein stärkeres Wachstum in den kreisfreien Städten (+ 165,7%) als in den Landkreisen (+ 135,3%). Daß die Zuwachsraten des Sozialprodukts der Landkreise insgesamt dennoch niedriger ist als die der kreisfreien Städte, ist in dem noch relativ großen Gewicht der Land- und Forstwirtschaft in den Landkreisen begründet. Läßt man den Beitrag dieses Wirtschaftsbereichs zum Bruttoinlandsprodukt außer acht, so erhöht sich die Zuwachsraten bei den kreisfreien Städten auf + 126,7%, bei den Landkreisen hingegen sogar auf + 129,1%.

a. Kreisfreie Städte: Das überaus positive Resultat für die kreisfreien Städte ist im wesentlichen auf die Entwicklung der drei Städte Koblenz, Mainz und Worms zurückzuführen, deren Sozialprodukt zwischen 1957 und 1966 auf jeweils mehr als das Zweieinhalbfache angewachsen ist. Allein die Bruttoleistung der Landeshauptstadt Mainz nahm um 220% zu. Mit rund 2,2 Mrd. DM hat sie 1966 nahezu die gleiche Höhe erreicht wie in Ludwigshafen (2,5 Mrd. DM), das bisher stets mit einem deutlichen Vorsprung geführt hatte. Maßgeblichen Anteil an der Wirtschaftsexpansion der Stadt Mainz hatten produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen. Der Beitrag des erstgenannten Wirtschaftsbereichs zum Bruttoinlandsprodukt hat

sich während des Berichtszeitraums vervierfacht, derjenige der Dienstleistungen ist auf das Dreieinhalbfache von 1957 angewachsen, während gleichzeitig die Land- und Forstwirtschaft mit - 37,4% den stärksten Rückgang unter den Verwaltungsbezirken hinnehmen mußte. Wie die Unterschiede der durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten zeigen, verlief in Mainz die Entwicklung während des Berichtszeitraums äußerst progressiv: von 1957 bis 1961 wuchs das Sozialprodukt im Durchschnitt jährlich um 11,1%, von 1961 bis 1964 um 13,7% und in den beiden folgenden Jahren sogar um jeweils 19,7%. Ebenso wie in Mainz hatte die wirtschaftliche Entwicklung der kreisfreien Städte Koblenz und Worms progressiven Charakter. In beiden Städten gingen vom produzierenden Gewerbe und von den Dienstleistungen die stärksten Impulse auf das wirtschaftliche Geschehen aus. Trotz einer Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts der Land- und Forstwirtschaft in Koblenz in den beiden letzten Jahren um 17,1% ist über den gesamten Berichtszeitraum hinweg für diesen Wirtschaftszweig ein leichter Rückgang festzustellen.

Die wirtschaftliche Situation Ludwigshafens, der Stadt mit der nach wie vor größten Wirtschaftskraft, ist in besonderer Weise von der chemischen Industrie bestimmt. Daß der hier zwischen 1957 und 1966 erzielte Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (+ 108,3%) den Landesdurchschnitt nicht ganz erreichte, darf nicht verwundern, denn es kann nicht erwartet werden, daß Verwaltungsbezirke, in denen nur wenige oder gar ein einziger Industriezweig mit hohen Produktionszahlen konzentriert sind, fortlaufend überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielen. Das Wachstum zeigte daher in Ludwigshafen einen wesentlich ausgeglicheneren Verlauf als in Mainz: zwischen 1957 und 1961 belief es sich jährlich auf + 6,8%, zwischen 1961 und 1964 auf + 9,9% und 1965/66 auf jeweils + 9,8%.

Außer den genannten vier Städten verzeichneten zwischen 1957 und 1966 weitere drei kreisfreie Städte - Frankenthal, Speyer und Zweibrücken - Zuwachsraten von über 100%. Den geringsten Anstieg des Sozialprodukts hatten Trier und Pirmasens mit jeweils + 73%. Beide Städte mußten im Berichtszeitraum bei der Land- und Forstwirtschaft Einbußen von über 10% hinnehmen. Der Beitrag des produzierenden Gewerbes, das in beiden Fällen den stärksten Wirtschaftsbereich darstellt, nahm sowohl in Pirmasens als auch in Trier während der gesamten Zeit nur um jeweils etwas mehr als 40% zu.

b. Landkreise: In insgesamt fünf Landkreisen war das Sozialprodukt 1966 auf mehr als das Zweieinhalbfache des Wertes von 1957 gestiegen: in Simmern, Zell, im Ober- und Unterwesterwaldkreis sowie im Landkreis Mainz. Mit Ausnahme des letztgenannten Kreises, wo sich der Beitrag des Bereichs Handel und Verkehr zum Bruttoinlandsprodukt während dieser zehn Jahre mehr als verfünffachte und damit als Hauptursache des Gesamtwachstums anzusehen ist, waren in diesen Landkreisen die stärksten Impulse vom produzierenden Gewerbe ausgegangen, dessen Sozialprodukt sich

Wirtschaftskraft der Verwaltungsbezirke 1957 - 1966
(Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen)

Verwaltungsbezirk	Insgesamt				Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
	1957	1961	1964	1966				
	1 000 DM							
Kreisfreie Stadt Koblenz	510 005	733 701	1 014 700	1 278 270	8 498	397 848	346 411	525 513
Landkreise								
Ahrweiler	230 578	355 251	462 236	495 668	31 442	215 519	89 493	159 214
Altenkirchen (Ww.)	374 438	433 320	561 255	628 989	32 328	364 612	102 025	130 024
Birkenfeld	287 439	372 811	465 445	558 828	26 827	314 728	77 523	139 750
Cochern	97 001	135 071	160 798	203 046	24 865	66 463	38 277	73 441
Koblenz	182 793	290 080	367 250	401 575	17 861	235 548	45 092	103 074
Kreuznach	392 922	563 259	714 701	840 185	56 097	405 179	157 262	221 647
Mayen	388 651	590 236	749 058	813 727	41 581	494 952	106 395	170 799
Neuwied	453 628	650 951	786 587	902 069	36 693	534 877	133 459	197 040
Sankt Goar	120 058	177 999	232 658	291 037	23 249	142 666	54 667	70 455
Simmern	88 685	126 603	176 864	227 642	36 147	98 446	38 956	54 093
Zell (Mosel)	95 790	154 785	200 741	245 215	29 375	97 726	70 886	47 228
Reg. Bez. Koblenz	3 221 988	4 584 067	5 892 293	6 886 251	364 963	3 368 564	1 260 446	1 892 278
Kreisfreie Stadt Trier	491 788	545 264	746 971	850 747	6 131	339 562	242 579	262 475
Landkreise								
Bernkastel	118 670	153 269	198 389	245 127	50 150	87 761	41 339	65 877
Bitburg	118 540	161 985	192 038	232 790	34 285	87 499	42 247	68 759
Daun	90 796	147 085	181 283	216 256	23 231	99 866	38 318	54 841
Prüm	74 396	95 949	122 082	144 453	33 099	47 635	20 464	43 255
Saarburg	91 670	128 891	160 315	211 037	39 628	97 955	22 966	50 488
Trier	174 097	260 664	312 794	319 584	56 970	124 982	59 644	77 988
Wittlich	112 737	153 631	206 543	248 850	44 817	88 711	52 410	62 912
Reg. Bez. Trier	1 272 694	1 646 738	2 120 415	2 468 844	288 311	973 971	519 967	686 595
Landkreise								
Oberwesterwaldkreis	123 715	192 475	277 458	327 728	25 252	177 076	55 190	70 210
Loreleykreis	153 226	219 942	243 230	271 065	25 300	121 184	54 781	69 800
Unterlahnkreis	150 553	203 076	273 178	312 914	25 392	146 683	42 432	98 407
Unterwesterwaldkreis	198 482	304 669	448 219	511 431	18 037	324 961	69 439	98 994
Reg. Bez. Montabaur	625 976	920 162	1 242 085	1 423 138	93 981	769 904	221 842	337 411
Kreisfreie Städte								
Mainz	683 027	1 038 740	1 527 279	2 187 695	8 775	1 113 932	331 704	733 284
Worms	246 888	359 075	490 575	626 697	8 524	382 905	102 648	132 620
Landkreise								
Alzey	115 908	178 579	227 835	279 632	70 011	83 016	58 563	68 042
Bingen	224 743	340 628	400 995	504 737	56 754	243 490	102 471	102 022
Mainz	156 678	209 728	346 992	398 711	60 303	128 449	138 724	71 235
Worms	108 736	157 108	176 554	203 147	52 765	81 891	30 589	37 902
Reg. Bez. Rheinhessen	1 535 980	2 283 858	3 170 230	4 200 619	257 132	2 033 683	764 699	1 145 105
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	179 067	301 490	345 299	395 683	4 804	291 476	34 777	64 626
Kaiserslautern	430 123	525 202	689 276	785 040	3 911	355 948	200 518	224 663
Landau i. d. Pfalz	139 304	169 922	234 033	270 230	3 770	100 717	77 397	88 346
Ludwigshafen a. Rhein	1 217 551	1 585 327	2 104 634	2 536 377	8 627	1 918 570	247 639	361 541
Neustadt a. d. Weinstr.	154 728	219 641	277 448	300 823	2 132	102 553	81 074	115 064
Pirmasens	236 324	328 442	386 665	409 863	2 689	199 745	99 946	107 483
Speyer	145 625	219 373	335 517	358 079	3 316	186 959	42 506	125 298
Zweibrücken	152 105	220 589	243 924	310 290	2 875	194 772	34 901	77 742
Landkreise								
Bergzabern	108 834	145 916	186 415	232 196	30 645	116 859	25 739	58 953
Frankenthal (Pfalz)	133 976	226 324	269 506	310 342	42 881	167 240	39 665	60 556
Germersheim	172 404	240 209	282 984	347 583	51 266	161 270	44 718	90 329
Kaiserslautern	192 456	247 209	277 624	326 851	31 954	142 822	54 256	97 819
Kirchheimbolanden	103 088	128 000	168 803	196 015	22 037	115 876	16 883	41 219
Kusel	141 675	188 648	217 612	244 731	29 270	106 292	36 297	72 872
Landau i. d. Pfalz	128 707	187 484	220 310	281 673	66 035	114 579	41 900	59 159
Ludwigshafen a. Rhein	50 390	72 690	95 195	123 375	15 622	40 112	27 545	40 096
Neustadt a. d. Weinstr.	213 472	321 505	367 524	421 897	64 172	167 709	67 954	122 062
Pirmasens	213 361	306 415	432 473	501 416	22 754	371 229	37 574	69 859
Rockenhausen	82 711	105 476	129 208	156 577	26 662	72 376	17 615	39 924
Speyer	52 128	71 725	93 310	112 587	14 670	47 310	18 410	32 197
Zweibrücken	40 713	54 022	62 581	76 270	17 311	30 824	7 347	20 788
Reg. Bez. Pfalz	4 288 742	5 865 609	7 420 341	8 697 898	467 403	5 005 238	1 254 661	1 970 596
Rheinland-Pfalz	10 945 380	15 300 434	19 845 364	23 676 750	1 471 790	12 151 360	4 021 615	6 031 985
Kreisfreie Städte	4 586 535	6 246 766	8 396 321	10 309 794	64 052	5 584 987	1 842 100	2 818 655
Landkreise	6 358 845	9 053 668	11 449 043	13 366 956	1 407 738	6 566 373	2 179 515	3 213 330

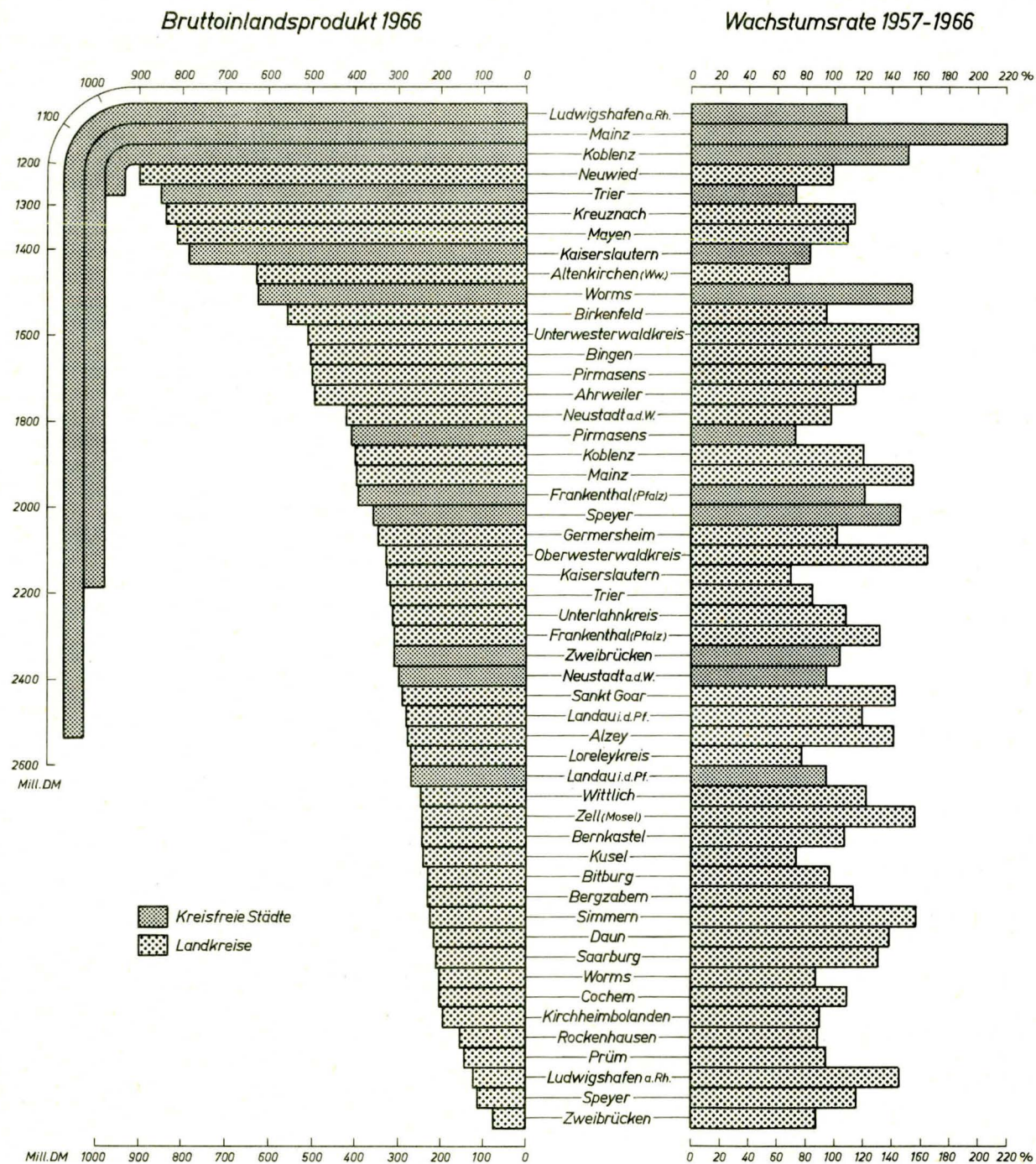
Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts 1957 - 1966

Verwaltungsbezirk	1957 - 1966		1957 - 1961	1961 - 1964	1964 - 1966
	ins-gesamt	Ø jährliche Zuwachsraten			
		%			
Kreisfreie Stadt Koblenz	150,6	10,7	9,5	11,4	12,2
Landkreise					
Ahrweiler	115,0	8,9	11,4	9,2	3,5
Altenkirchen (Ww.)	68,0	5,9	3,7	9,0	5,9
Birkenfeld	94,4	7,7	6,7	7,7	9,6
Cochem	109,3	8,6	8,6	6,0	12,4
Koblenz	119,7	9,1	12,2	8,2	4,5
Kreuznach	113,8	8,8	9,4	8,3	8,4
Mayen	109,4	8,6	11,0	8,3	4,2
Neuwied	98,9	7,9	9,4	6,5	7,1
Sankt Goar	142,4	10,3	10,4	9,3	11,8
Simmern	156,7	11,0	9,3	11,8	13,4
Zell (Mosel)	156,0	11,0	12,7	9,1	10,5
Reg. Bez. Koblenz	113,7	8,8	9,2	8,7	8,1
Kreisfreie Stadt Trier	73,0	6,3	2,6	11,1	6,7
Landkreise					
Bernkastel	106,6	8,4	6,6	9,0	11,2
Bitburg	96,4	7,8	8,1	5,9	10,1
Daun	138,2	10,1	12,8	7,2	9,2
Prüm	94,2	7,7	6,6	8,3	8,8
Saarlouis	130,2	9,7	8,9	7,5	14,7
Trier	83,6	7,0	10,6	6,3	1,1
Wittlich	120,7	9,2	8,0	10,4	9,8
Reg. Bez. Trier	94,0	7,6	6,7	8,8	7,9
Landkreise					
Oberwesterwaldkreis	164,9	11,4	11,7	13,0	8,7
Loreleykreis	76,9	6,5	9,4	3,4	5,5
Unterlahnkreis	107,8	8,5	7,8	10,4	7,0
Unterwesterwaldkreis	157,7	11,1	11,3	13,7	6,8
Reg. Bez. Montabaur	127,3	9,6	10,1	10,5	7,1
Kreisfreie Städte					
Mainz	220,3	13,8	11,1	13,7	19,7
Worms	153,8	10,9	9,8	11,0	13,0
Landkreise					
Alzey	141,3	10,3	11,4	8,5	10,8
Bingen	124,6	9,4	11,0	5,6	12,2
Mainz	154,5	10,9	7,6	18,3	7,2
Worms	86,8	7,2	9,6	4,0	7,3
Reg. Bez. Rheinhessen	173,5	11,8	10,4	11,5	15,1
Kreisfreie Städte					
Frankenthal (Pfalz)	121,0	9,2	13,9	4,6	7,1
Kaiserslautern	82,5	6,9	5,1	9,5	6,7
Landau i. d. Pfalz	94,0	7,6	5,1	11,3	7,5
Ludwigshafen a. Rhein	108,3	8,5	6,8	9,9	9,8
Neustadt a. d. Weinstr.	94,4	7,7	9,2	8,1	4,1
Pirmasens	73,4	6,3	8,6	5,6	3,0
Speyer	145,9	10,5	10,8	15,2	3,3
Zweibrücken	104,0	8,2	9,7	3,4	12,8
Landkreise					
Bergzabern	113,3	8,8	7,6	8,5	11,6
Frankenthal (Pfalz)	131,6	9,8	14,0	6,0	7,3
Germersheim	101,6	8,2	8,6	5,6	10,8
Kaiserslautern	69,8	6,1	6,4	3,9	8,5
Kirchheimbolanden	90,1	7,4	5,6	9,7	7,7
Kusel	72,7	6,3	7,4	4,9	6,1
Landau i. d. Pfalz	118,8	9,1	9,9	5,5	13,1
Ludwigshafen a. Rhein	144,8	10,5	9,6	9,4	13,8
Neustadt a. d. Weinstr.	97,6	7,9	10,8	4,6	7,1
Pirmasens	135,0	10,0	9,5	12,2	7,7
Rockenhausen	89,3	7,3	6,3	7,0	10,1
Speyer	116,0	8,9	8,3	9,2	9,9
Zweibrücken	87,3	7,2	7,3	5,0	10,4
Reg. Bez. Pfalz	102,8	8,2	8,1	8,2	8,3
Rheinland-Pfalz	116,3	9,0	8,7	9,1	9,2
Kreisfreie Städte	124,8	9,4	8,0	10,4	10,8
Landkreise	110,2	8,6	9,2	8,1	8,1

hier jeweils mehr als verdreifachte. Mit + 378% hat der Landkreis Simmern unter allen Landkreisen und kreisfreien Städten im produzierenden Gewerbe die größte Zunahme zwischen 1957 und 1966 erfahren. In weiteren 20 Landkreisen stellte sich die Wachstumsrate des Sozialprodukts im Berichtszeitraum zwischen + 100 und + 150%. Das geringste Wachstum verzeichneten die Landkreise Altenkirchen und Kaiserslautern, deren wirtschaftliche Leistung 1966 nur um 68 bzw. 70% höher war als 1957. In beiden Fällen ist diese relativ schwache Entwicklung auf das produzierende Gewerbe zurückzuführen, das unter allen Landkreisen in Altenkirchen und Kaiserslautern mit + 61 bzw. + 59% am wenigsten gestiegen ist.

Von den Landkreisen hatte Neuwied mit über 902 Mill. DM 1966 das höchste Bruttoinlandsprodukt, das sogar die durchschnittliche Bruttoleistung der kreisfreien Städte (859 Mill. DM) nicht unbedeutend übersteigt. Zum Vergleich sei auch die durchschnittliche Leistung der Landkreise genannt: sie belief sich 1966 auf 343 Mill. DM. Die Wirtschaftskraft des Kreises Neuwied basiert überwiegend auf der großen kreisangehörigen Stadt gleichen Namens, deren Industrialisierungsgrad (Industriebeschäftigte bezogen auf die Wohnbevölkerung) 1966 nur von den Städten Ludwigshafen und Frankenthal übertroffen wurde. Hinter Neuwied folgen, gemessen an der absoluten Höhe des Bruttoinlandsprodukts, mit Kreuznach (840 Mill. DM) und Mayen (814 Mill. DM) zwei Landkreise, deren Wirtschaft ebenfalls durch das Vorhandensein eines größeren Industriezentrums (Bad Kreuznach und Andernach) geprägt ist. Diese drei Landkreise zusammen erbrachten fast 20% des Sozialprodukts der 39 Landkreise. In zeitlicher Sicht verlief die Wirtschaftsentwicklung in Neuwied und Kreuznach sehr ausgeglichen. Von 1957 bis 1961 nahm in beiden Kreisen das Sozialprodukt in jedem Jahr um durchschnittlich 9,4% zu, die niedrigsten jährlichen Zuwachsraten errechnen sich zwischen 1961 und 1964 für Kreuznach mit + 8,3% und für Neuwied mit + 6,5%, so daß die Differenz zwischen höchsten und niedrigsten bei beiden Landkreisen geringer als 3 Punkte ist. Demgegenüber zeigen die Wachstumsraten des Kreises Mayen einen degressiven Verlauf: hier nahm das Sozialprodukt zwischen 1957 und 1961 jährlich um 11,0% zu, von 1961 auf 1964 noch um 8,3% und in den beiden letzten Jahren nurmehr 4,2%. Außer in den genannten drei Kreisen bezifferte sich 1966 die Wirtschaftskraft in vier weiteren Landkreisen - Altenkirchen, Birkenfeld, Unterwesterwaldkreis und Pirmasens - auf mehr als 500 Mill. DM. Dies ist umso höher zu bewerten, als zehn Jahre vorher nicht ein einziger Landkreis dieses Volumen erreicht hatte; damals lag in dieser Größenordnung beispielsweise noch das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Stadt Koblenz. Das niedrigste Sozialprodukt weist, ebenso wie in den vorhergehenden Jahren, mit 76 Mill. DM wieder der Landkreis Zweibrücken auf, dessen Wachstumsrate 1957 bis 1966 (+ 87,3%) zudem beträchtlich unter dem Landkreisdurchschnitt liegt. Allerdings ist das Sozialprodukt hier in den beiden letzten Jahren des Berichtszeitraums jährlich um

Wirtschaftskraft der Verwaltungsbezirke 1966



103/68

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

10,4%, also stärker als im Durchschnitt der Landkreise, angewachsen.

3. Leistungskraft der Verwaltungsbezirke

Maßstab für die durchschnittliche Bruttoleistung der hieran beteiligten Personen ist das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung. Dieser als Leistungskraft bezeichnete Wert lag in

Rheinland-Pfalz 1966 bei 6 989 DM. Er hat sich gegenüber 1957 etwas mehr als verdoppelt, erreichte aber nicht die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts insgesamt. Das verwundert auch nicht, denn die Wirtschaftsbevölkerung des Landes hat im gleichen Zeitraum um fast 8% zugenommen. Im Durchschnitt erzielten die kreisfreien Städte mit 9 294 DM einen wesentlich höheren Wert als die

Verwaltungsbezirk	Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung				BIP je Einw.
	1957	1961	1964	1966	
	DM				
Kreisfreie Stadt Koblenz	4 451	5 814	7 844	9 786	12 444
Landkreise					
Ahrweiler	3 039	4 640	5 682	5 891	5 405
Altenkirchen (Ww.)	3 739	4 284	5 375	5 889	5 323
Birkenfeld	3 823	4 719	5 724	6 802	5 934
Cochem	2 164	3 162	3 591	4 460	4 266
Koblenz	3 181	5 217	6 218	6 584	4 805
Kreuznach	3 144	4 321	5 260	6 090	6 333
Mayen	3 411	5 023	6 139	6 542	6 389
Neuwied	3 610	5 051	5 835	6 476	6 214
Sankt Goar	2 711	4 200	5 325	6 517	5 528
Simmern	2 249	3 349	4 560	5 751	5 380
Zell (Mosel)	2 338	3 942	5 094	6 314	6 918
Reg. Bez. Koblenz	3 366	4 690	5 806	6 654	6 414
Kreisfreie Stadt Trier	4 789	5 226	7 204	8 305	9 945
Landkreise					
Bernkastel	2 217	3 101	3 951	4 867	4 363
Bitburg	2 367	3 324	3 846	4 626	4 117
Daun	2 332	3 664	4 325	4 933	5 069
Prüm	1 953	2 665	3 323	3 886	3 687
Saarlouis	2 258	3 566	4 368	5 651	4 557
Trier	2 466	3 741	4 302	4 292	3 390
Wittlich	2 347	3 213	4 220	5 046	4 622
Reg. Bez. Trier	2 876	3 809	4 810	5 545	5 203
Landkreise					
Oberwesterwaldkreis	2 235	3 565	4 848	5 471	4 497
Loreleykreis	2 834	4 281	4 727	5 239	4 749
Unterlahnkreis	2 845	3 959	5 143	5 776	5 123
Unterwesterwaldkreis	2 851	4 265	6 039	6 639	6 302
Reg. Bez. Montabaur	2 699	4 034	5 263	5 860	5 229
Kreisfreie Städte					
Mainz	4 608	6 144	8 624	11 976	15 068
Worms	3 808	5 167	6 943	8 827	9 833
Landkreise					
Alzey	2 177	3 672	4 635	5 621	4 420
Bingen	3 498	5 412	6 135	7 486	6 494
Mainz	3 343	4 463	7 001	7 658	5 128
Worms	2 905	4 489	4 901	5 471	4 001
Reg. Bez. Rheinhessen	3 703	5 285	7 078	9 131	8 780
Kreisfreie Städte					
Frankenthal (Pfalz)	4 971	7 237	7 785	8 726	10 707
Kaiserslautern	4 199	5 116	6 697	7 622	9 070
Landau i. d. Pfalz	3 781	4 553	5 977	6 677	8 674
Ludwigshafen a. Rhein	5 800	6 791	8 607	10 167	14 319
Neustadt a. d. Weinstr.	3 896	5 355	6 963	7 643	9 930
Pirmasens	4 055	5 549	6 612	7 169	7 982
Speyer	3 421	4 897	7 119	7 442	8 662
Zweibrücken	3 735	5 727	6 260	7 836	9 167
Landkreise					
Bergzabern	2 836	3 661	4 543	5 596	4 704
Frankenthal (Pfalz)	3 500	5 561	6 374	7 075	5 102
Germersheim	3 030	4 162	4 666	5 442	4 051
Kaiserslautern	3 336	3 849	4 162	4 789	3 118
Kirchheimbolanden	3 304	4 232	5 445	6 246	5 420
Kusel	2 461	3 423	3 915	4 367	3 245
Landau i. d. Pfalz	2 857	4 211	4 889	6 198	4 584
Ludwigshafen a. Rhein	2 861	4 220	5 226	6 526	2 617
Neustadt a. d. Weinstr.	3 091	4 626	5 166	5 805	4 194
Pirmasens	3 541	4 656	6 285	7 078	6 059
Rockenhausen	2 494	3 204	3 853	4 614	3 739
Speyer	2 982	4 068	5 050	5 928	2 997
Zweibrücken	2 700	3 468	3 897	4 669	2 481
Reg. Bez. Pfalz	3 884	5 102	6 267	7 221	6 674
Rheinland-Pfalz	3 474	4 752	5 971	6 989	6 573
Kreisfreie Städte	4 601	5 851	7 660	9 294	11 639
Landkreise	2 952	4 207	5 140	5 867	4 921

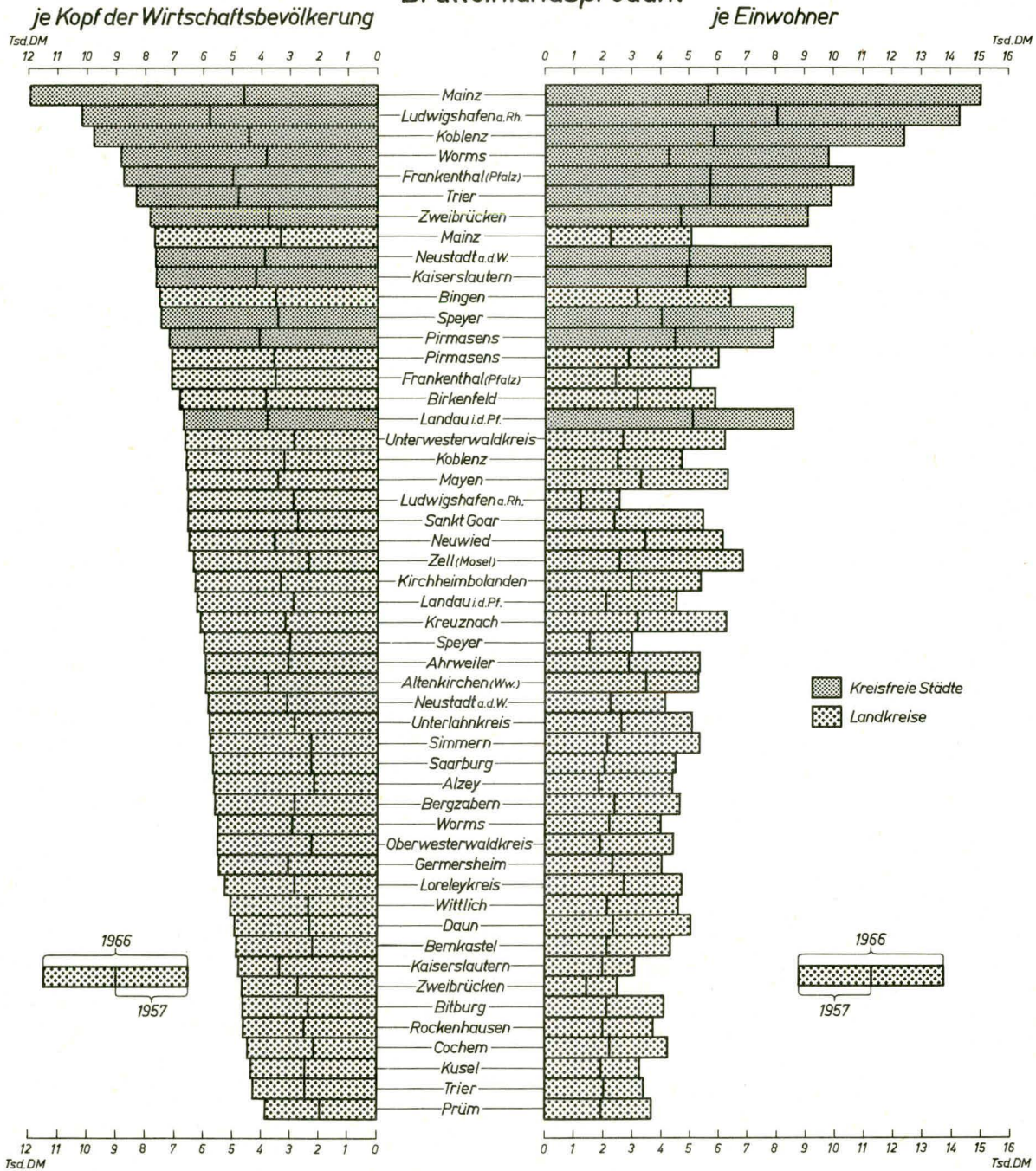
Landkreise (5 867 DM). Die Relation dieser Werte zum Landesdurchschnitt ist seit 1957 nahezu gleichgeblieben, obwohl sich das Niveau beträchtlich gehoben hat (1957 kreisfreie Städte 4 601 DM, Landkreise 2 952 DM).

Die Leistungsquoten in den einzelnen Stadt- und Landkreisen sind recht unterschiedlich. Einzelne kreisfreie Städte wie Landau, Pirmasens, Speyer, Kaiserslautern und Neustadt liegen mit ihrer Leistungsquote hinter wirtschaftlich besonders starken Landkreisen. Der höchste Leistungswert (kreisfreie Stadt Mainz 11 976 DM) ist mehr als dreimal so groß wie der niedrigste (Landkreis Prüm 3 886 DM). Die Abweichungen vom Landesmittel haben eine Spanne von + 71% bis zu - 44%. Nur 15 von insgesamt 51 rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirken, darunter alle kreisfreien Städte mit Ausnahme von Landau, liegen mit ihrem Sozialprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung über dem Durchschnitt des Landes, was deutlich auf die starke wirtschaftliche Konzentration in den kreisfreien Städten hinweist. An der Spitze rangierten 1966 die Städte Mainz und Ludwigshafen mit Pro-Kopf-Beiträgen von 11 976 bzw. 10 167 DM, gefolgt von Koblenz, Worms, Frankenthal und Trier, deren Leistungskraft jeweils höher als 8 000 DM war. Zehn Jahre zuvor, 1957, hatte Ludwigshafen mit 5 800 DM die Rangfolge angeführt, damals gefolgt von Frankenthal, Trier, Mainz, Koblenz und Kaiserslautern. Im Jahre 1961 mußte Ludwigshafen den ersten Platz an Frankenthal (7 237 DM) abgeben und bereits 1964 eroberte sich die Landeshauptstadt mit einem Pro-Kopf-Wert von 8 624 DM diese Position, allerdings mit einem Vorsprung vor Ludwigshafen von nur 17 DM. Zwar konnte Ludwigshafen 1966 die Rangziffer 2 behaupten, doch hat Mainz auf Grund seiner äußerst günstigen wirtschaftlichen Entwicklung gerade in den letzten Jahren - die Leistungskraft der Landeshauptstadt ist von 1964 auf 1966 um fast 40% angestiegen, während Ludwigshafen nur einen Zuwachs von 18% verzeichnete - einen deutlichen Vorsprung gewinnen können, während sich gleichzeitig die kreisfreie Stadt Koblenz mit einem Wert von 9 786 DM Ludwigshafen genähert hat. In Koblenz ist das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung zwischen 1964 und 1966 um 25% angewachsen. Die niedrigste Leistungskraft unter den kreisfreien Städten weist Landau auf; hier blieb die Pro-Kopf-Leistung unter 7 000 DM.

Zu der Gruppe mit den höchsten Leistungswerten unter den Landkreisen zählen Mainz, Bingen, Pirmasens und Frankenthal mit jeweils mehr als 7 000 DM. Rund ein Viertel aller Landkreise erwirtschaftete 1966 ein Bruttoinlandsprodukt - bezogen auf die Wirtschaftsbevölkerung - zwischen 6 000 und 7 000 DM und etwa ein Drittel zwischen 5 000 und 6 000 DM. Wie intensiv der Industrialisierungsprozeß während der vergangenen zehn Jahre in Rheinland-Pfalz - insbesondere auch in den Landkreisen - gewesen ist, wird daraus ersichtlich, daß 1966 nahezu die Hälfte aller Landkreise mit ihrem Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung höher lag als 1957 der damals leistungsstärkste Verwaltungsbezirk, die Industriestadt Ludwigshafen.

Leistungskraft der Verwaltungsbezirke 1957 und 1966

Bruttoinlandsprodukt



Das recht unterschiedliche Leistungsniveau der Kreise ist in erster Linie in deren differenzierter Wirtschaftsstruktur begründet. So unterschritten beispielsweise 1966 die Kreise mit einem über 20%igen Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt das Landesmittel der Leistungskraft im Durchschnitt um ein Viertel, diejenigen mit 10 bis 20% Landwirtschaft um ein Fünftel, während umgekehrt die Verwaltungsbe-

zirke, deren Wirtschaftsstruktur vom produzierenden Gewerbe - in den kreisfreien Städten auch vom Dienstleistungsbereich - geprägt wird, die höchsten Durchschnittswerte je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung erzielten. Hier besteht eine positive Korrelation zwischen Leistungskraft und Anteil des produzierenden Gewerbes. Die Verwaltungsbezirke, in denen dieser Wirtschaftsbereich zu mehr als 70% an der Leistungserstellung beteiligt ist, verzeich-

neten mit im Durchschnitt 9 390 DM das höchste Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, das um mehr als ein Drittel über dem Landesdurchschnitt liegt. Bei den Regionen mit einem Anteil des produzierenden Gewerbes von 60 bis 70% verkleinert sich die durchschnittliche Leistungskraft auf 7 250 DM. Mit absteigenden Quoten vermindert sich der Pro-Kopf-Betrag weiter und erreicht in der untersten Gruppe (Anteil des produzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt 20 bis 30%) mit 5 621 DM den Tiefststand. Zu dem gleichen Ergebnis führt eine Untersuchung für das Jahr 1957¹⁾. Eine ähnliche Korrelation konnte 1966 im Bereich der Dienstleistungen festgestellt werden: auch bei abnehmendem Anteil dieses Bereichs verringert sich das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, mit Ausnahme allerdings der untersten Größenklasse, in welche die Stadt Ludwigshafen einzuordnen ist.

4. Wirtschaftsstruktur der Verwaltungsbezirke

Bei der Vielfalt struktureller Besonderheiten, die sich bei einer Betrachtung der Anteile der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt erkennen lassen, ist zur Charakterisierung der wesentlichen Strukturunterschiede eine Typisierung der Kreise erforderlich. Diese erfolgt, vergleichbar für alle vier Jahre, für die Kreisberechnungen durchgeführt wurden, nach folgendem Schema:

- Landwirtschaftlich orientierte Kreise
- Vom produzierenden Gewerbe bestimmte Kreise
- Vom Dienstleistungsbereich bestimmte Kreise
- Gemischtwirtschaftlich orientierte Kreise.

Die Zuordnung der Kreise zu den ersten drei Strukturtypen erfolgt nach dem Beitrag der Bereiche

- Land- und Forstwirtschaft
- Produzierendes Gewerbe
- Dienstleistungen (hier im weiteren Sinne, also einschließlich Handel und Verkehr)

zum Bruttoinlandsprodukt. Die Kreise gelten dann als einem der drei ersten Strukturtypen zugehörig, wenn der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt dieses Bereichs mehr als 40% beträgt. Ist für keinen dieser Bereiche ein Anteil von mehr als 40% festzustellen, so handelt es sich um einen gemischtwirtschaftlich orientierten Kreis. Beläuft sich der Beitrag zweier Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt eines Kreises auf jeweils mehr als 40%, so ist für die Zuordnung der Wirtschaftsbereich mit dem stärksten Gewicht ausschlaggebend.

Zu dieser wirtschaftsstrukturellen Typisierung der Kreise sei nochmals betont, daß die Bruttoinlandsproduktszahlen das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit - und zwar in diesem Falle den Geldwert der Leistung - der in einem Kreis ansässigen Betriebe eines Wirtschaftsbereichs widerspiegeln und keinen Aufschluß über die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsbereiche als Einkommensquelle der Bevölkerung geben. So war beispielsweise bereits 1961 - für 1964 und 1966 ist ein

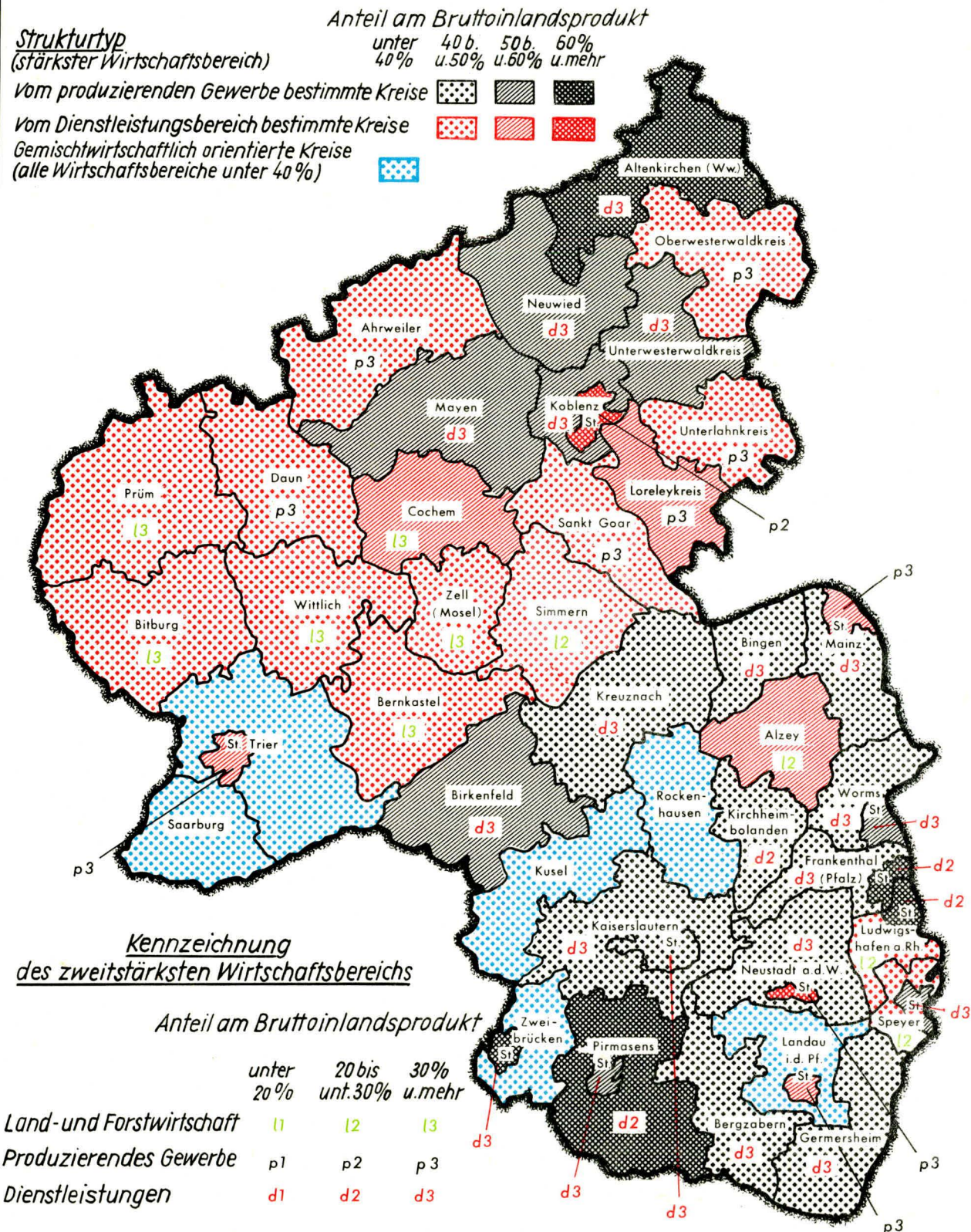
solcher Vergleich mangels Beschäftigtenzahlen nicht möglich - in Rheinland-Pfalz kein landwirtschaftlich orientierter Kreis mehr im Sinne der vorgegebenen Definition festgestellt worden, während der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der jeweiligen Gesamtzahl der Beschäftigten in den Landkreisen Rockenhausen, Prüm, Zweibrücken, Bernkastel, Landau, Saarburg und Simmern - in der Reihenfolge ihrer Aufzählung - noch über 50% lag²⁾. Dies ist insofern besonders bemerkenswert, als damit, von dem Ergebnis der Leistungserstellung her betrachtet, selbst für kleinere regionale Einheiten sowie für Rheinland-Pfalz insgesamt die herkömmliche Vorstellung von einem Agrarland, die nicht zuletzt durch das Bild der Landschaft geprägt ist, der Vergangenheit angehört. Auf Grund der fortgeschrittenen Industrialisierung und der Bedeutung, die dem Dienstleistungsbereich heute zuteil wird, dürfte es auch im übrigen Bundesgebiet - ausgenommen vielleicht einige Regionen in Bayern, denn 1964 gab es dort noch fünf Landkreise, in denen von allen Wirtschaftsbereichen die Land- und Forstwirtschaft den höchsten Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leistete - wohl keinen ausgesprochen landwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsraum mehr geben. Nur in ganz wenigen rheinland-pfälzischen Landkreisen, nämlich in Worms, Alzey, Landau, Prüm, Zweibrücken und Bernkastel, kommt der Landwirtschaft 1966 noch entscheidende Bedeutung zu. Diese sechs Kreise weisen einen Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt von jeweils mehr als 20% auf, wobei Worms mit einer Quote von 26,0% führt. Im Jahre 1957 hatten noch 20, also über die Hälfte aller rheinland-pfälzischen Landkreise, eine Beteiligung der Land- und Forstwirtschaft am Sozialprodukt von über einem Fünftel. Damals war Bernkastel bei einer Quote von 39% der relativ am stärksten landwirtschaftlich strukturierte Verwaltungsbezirk. In jedem vierten Kreis steuerte 1957 die Land- und Forstwirtschaft den zweitgrößten Beitrag zum Sozialprodukt bei, 1961 dagegen nur noch in zweien, nämlich in Prüm und Alzey. Im Jahre 1964 übernahm auch in diesen beiden Kreisen das produzierende Gewerbe die Rolle des zweitgrößten Wirtschaftsbereichs.

Über die Hälfte aller rheinland-pfälzischen Kreise, darunter sechs kreisfreie Städte und 23 Landkreise, werden in ihrer Wirtschaftsstruktur vom produzierenden Gewerbe bestimmt. Bei einem Anteil an der Wohnbevölkerung von 60% vereinigen diese Kreise 65% des rheinland-pfälzischen Sozialprodukts auf sich. Unter ihnen befinden sich vier kreisfreie Städte (Ludwigshafen, Frankenthal, Zweibrücken und Worms) und drei Landkreise (Pirmasens, Unterwesterwaldkreis und Mayen) mit einer Beteiligung des produzierenden Gewerbes von mehr als 60%, auf die zusammen ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts des Landes entfällt. Die höchsten Anteilssätze verzeichnen die von der chemischen Industrie bestimmte Stadt Ludwigshafen und der durch seine Schuhindustrie bekannte Landkreis Pirmasens, wo das produzierende Gewerbe jeweils rund drei Viertel des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. In weiteren zehn Kreisen, zwei kreis-

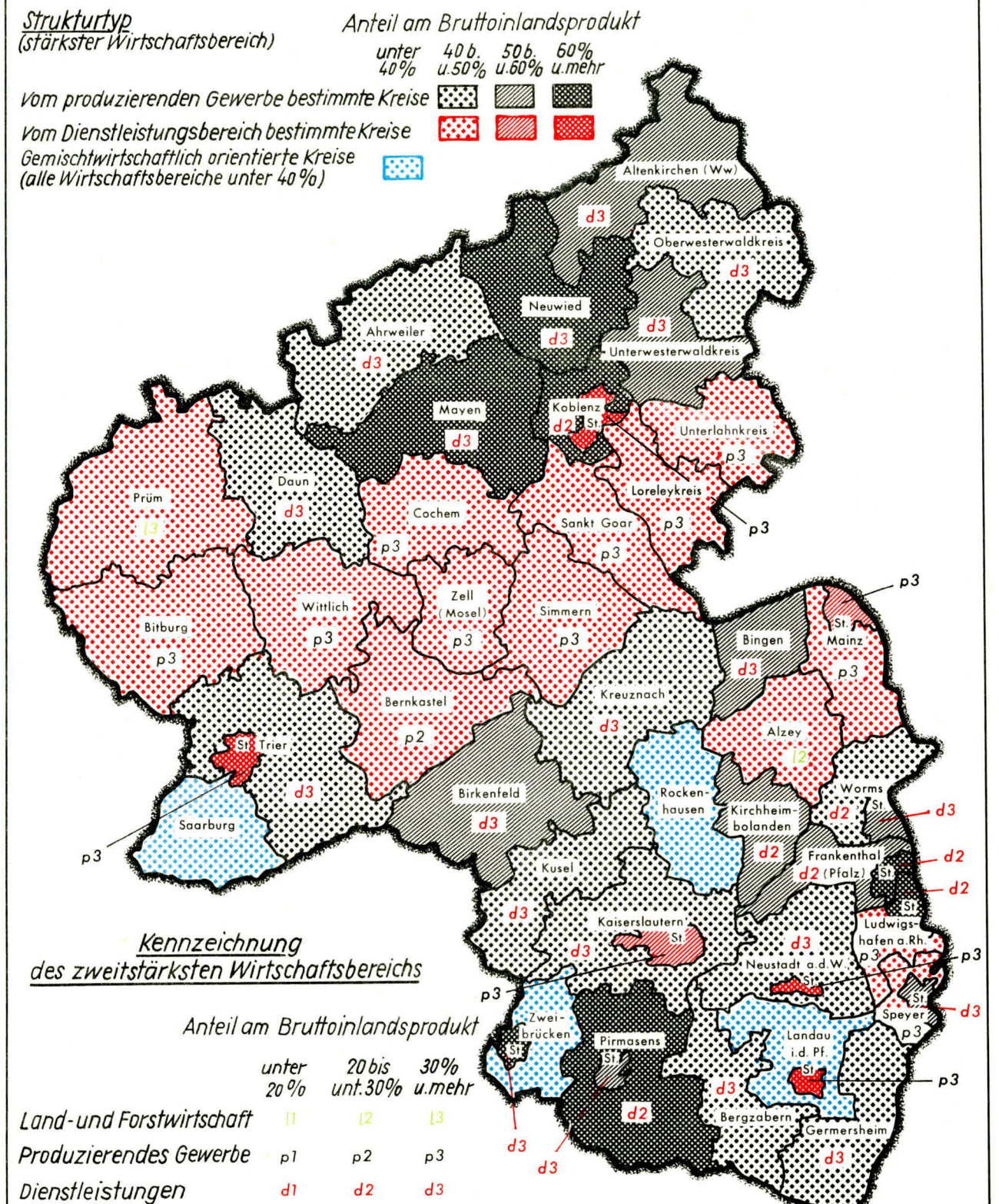
¹⁾ Vgl. F. J. Strohe: Die Wirtschaftskraft der Stadt- und Landkreise. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 15, Heft 8, S. 227 f., August 1962.

²⁾ Vgl. Pendelwanderung und Arbeitszentren in Rheinland-Pfalz im Jahre 1961. Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 113, Bad Ems 1965, S. 16 ff.

Wirtschaftsstruktur der Verwaltungsbezirke 1957



Wirtschaftsstruktur der Verwaltungsbezirke 1961



Wirtschaftsstruktur der Verwaltungsbezirke 1957 und 1966

Verwaltungsbezirk	Land- und Forstwirtschaft		Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungen					
					zusammen		Handel und Verkehr		Übrige Dienstleistungen	
	1957	1966	1957	1966	1957	1966	1957	1966	1957	1966
Anteil am Bruttoinlandsprodukt in %										
Kreisfreie Stadt Koblenz	1,7	0,7	27,3	31,1	71,0	68,2	30,9	27,1	40,0	41,1
Landkreise										
Ahrweiler	12,8	6,3	40,3	43,5	46,8	50,2	20,9	18,1	26,0	32,1
Altenkirchen (Ww.)	8,5	5,1	60,6	58,0	31,0	36,9	15,8	16,2	15,2	20,7
Birkenfeld	9,4	4,8	55,8	56,3	34,9	38,9	14,6	13,9	20,3	25,0
Cochern	31,0	12,2	17,4	32,7	51,6	55,1	20,3	18,9	31,3	36,2
Koblenz	10,8	4,4	59,0	58,7	30,2	36,9	12,3	11,2	17,9	25,7
Kreuznach	8,9	6,7	47,0	48,2	44,2	45,1	21,7	18,7	22,5	26,4
Mayen	11,5	5,1	56,5	60,8	32,0	34,1	13,9	13,1	18,1	21,0
Neuwied	7,1	4,1	58,2	59,3	34,7	36,6	16,3	14,8	18,4	21,8
Sankt Goar	17,7	8,0	35,7	49,0	46,6	43,0	20,0	18,8	26,6	24,2
Simmern	28,5	15,9	23,2	43,2	48,3	40,9	21,9	17,1	26,4	23,8
Zell (Mosel)	30,6	12,0	24,7	39,9	44,8	48,2	21,4	28,9	23,4	19,3
Reg. Bez. Koblenz	10,4	5,3	46,5	48,9	43,1	45,8	19,4	18,3	23,7	27,5
Kreisfreie Stadt Trier	1,5	0,7	48,1	39,9	50,4	59,4	27,2	28,5	23,3	30,9
Landkreise										
Bernkastel	39,4	20,5	17,1	35,8	43,5	43,8	18,0	16,9	25,5	26,9
Bitburg	33,6	14,7	21,2	37,6	45,3	47,6	19,0	18,1	26,2	29,5
Daun	18,4	10,7	35,0	46,2	46,6	43,1	23,4	17,7	23,2	25,4
Prüm	36,5	22,9	20,4	33,0	43,1	44,1	15,0	14,2	28,1	29,9
Saarlouis	36,0	18,8	24,2	46,4	39,8	34,8	16,9	10,9	22,9	23,9
Trier	27,6	17,8	35,2	39,1	37,1	43,1	18,2	18,7	18,9	24,4
Wittlich	35,9	18,0	19,7	35,6	44,5	46,4	19,9	21,1	24,6	25,3
Reg. Bez. Trier	20,4	11,7	34,2	39,5	45,5	48,9	22,0	21,1	23,5	27,8
Landkreise										
Oberwesterwaldkreis	18,1	7,7	34,7	54,0	47,2	38,2	22,6	16,8	24,6	21,4
Loreleykreis	12,8	9,3	36,8	44,7	50,5	46,0	26,7	20,2	23,8	25,8
Unterlahnkreis	14,9	8,1	40,2	46,9	44,9	45,0	13,9	13,6	30,9	31,4
Unterwesterwaldkreis	9,9	3,5	51,9	63,5	38,2	33,0	17,0	13,6	21,2	19,4
Reg. Bez. Montabaur	13,4	6,6	42,0	54,1	44,6	39,3	19,7	15,6	24,8	23,7
Kreisfreie Städte										
Mainz	2,1	0,4	40,8	50,9	57,1	48,7	26,5	15,2	30,6	33,5
Worms	2,8	1,4	52,9	61,1	44,3	37,6	22,3	16,4	22,1	21,2
Landkreise										
Alzey	28,2	25,0	17,4	29,7	54,3	45,2	25,1	20,9	29,2	24,3
Bingen	10,7	11,2	46,9	48,2	42,4	40,5	22,4	20,3	20,0	20,2
Mainz	17,6	15,1	46,6	32,2	35,8	52,7	17,4	34,8	18,4	17,9
Worms	24,5	26,0	43,0	40,3	32,5	33,8	16,0	15,1	16,5	18,7
Reg. Bez. Rheinhessen	8,6	6,1	42,6	48,4	48,8	45,5	23,4	18,2	25,3	27,3
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	2,0	1,2	73,6	73,7	24,4	25,1	9,9	8,8	14,5	16,3
Kaiserslautern	1,1	0,5	49,8	45,3	49,1	54,1	26,5	25,5	22,6	28,6
Landau i. d. Pfalz	2,6	1,4	37,8	37,3	59,6	61,3	31,1	28,6	28,5	32,7
Ludwigshafen a. Rhein	0,6	0,3	76,1	75,6	23,3	24,1	11,8	9,8	11,5	14,3
Neustadt a. d. Weinstr.	1,1	0,7	33,0	34,1	65,9	65,2	27,7	27,0	38,2	38,2
Pirmasens	1,3	0,7	59,5	48,7	39,1	50,6	19,1	24,4	20,0	26,2
Speyer	1,7	0,9	56,8	52,2	41,5	46,9	14,8	11,9	26,8	35,0
Zweibrücken	1,9	0,9	63,0	62,8	35,2	36,3	15,4	11,2	19,8	25,1
Landkreise										
Bergzabern	23,6	13,2	45,3	50,3	31,2	36,5	10,6	11,1	20,5	25,4
Frankenthal (Pfalz)	17,6	13,8	47,7	53,9	34,7	32,3	15,4	12,8	19,4	19,5
Germersheim	28,2	14,7	40,4	46,4	31,4	38,9	11,0	12,9	20,4	26,0
Kaiserslautern	16,7	9,8	46,6	43,7	36,7	46,5	15,7	16,6	21,0	29,9
Kirchheimbolanden	26,6	11,2	46,8	59,1	26,6	29,6	9,1	8,6	17,5	21,0
Kusel	24,3	12,0	36,1	43,4	39,5	44,6	15,0	14,8	24,6	29,8
Landau i. d. Pfalz	31,9	23,4	30,7	40,7	37,4	35,9	15,7	14,9	21,7	21,0
Ludwigshafen a. Rhein	28,1	12,7	25,1	32,5	46,8	54,8	17,3	22,3	29,5	32,5
Neustadt a. d. Weinstr.	15,2	15,2	44,5	39,8	40,3	45,0	17,7	16,1	22,6	28,9
Pirmasens	13,1	4,5	63,9	74,0	23,0	21,4	8,3	7,5	14,7	13,9
Rockenhausen	34,9	17,0	29,3	46,2	35,9	36,8	12,7	11,3	23,2	25,5
Speyer	29,0	13,0	27,8	42,0	43,2	45,0	19,2	16,4	24,0	28,6
Zweibrücken	36,5	22,7	25,9	40,4	37,6	36,9	11,9	9,6	25,7	27,3
Reg. Bez. Pfalz	9,2	5,4	56,0	57,5	34,8	37,1	15,7	14,4	19,1	22,7
Rheinland-Pfalz	11,0	6,2	48,0	51,3	41,0	42,5	18,8	17,0	22,2	25,5
Kreisfreie Städte	1,4	0,6	54,1	54,2	44,4	45,2	21,3	17,9	23,1	27,3
Landkreise	17,9	10,5	43,6	49,1	38,5	40,3	17,0	16,3	21,5	24,0

Wirtschaftsstruktur der Verwaltungsbezirke 1964

Strukturtyp
(stärkster Wirtschaftsbereich)

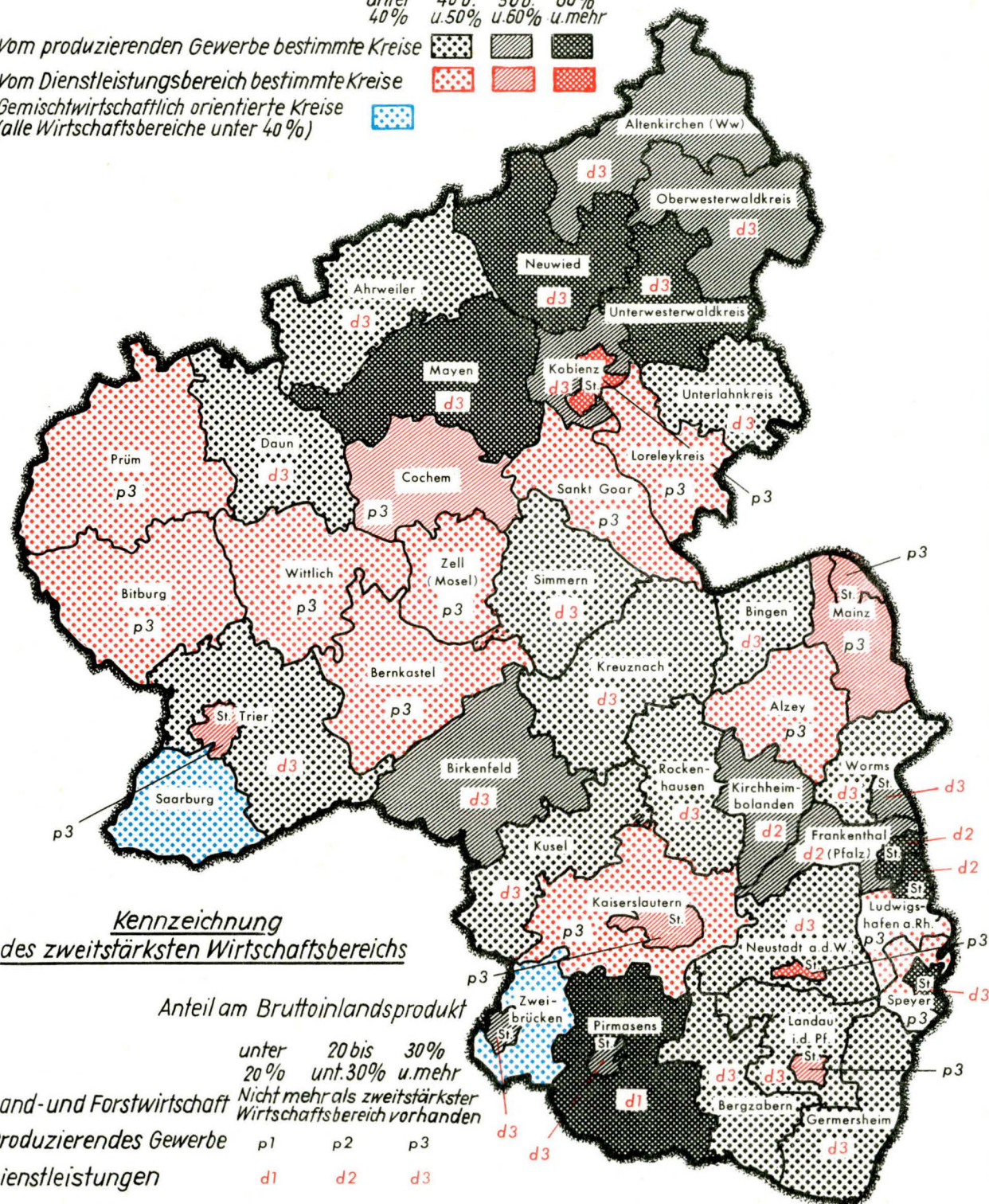
Anteil am Bruttoinlandsprodukt

unter 40% 40 b. 50% u. 50% 50 b. 60% u. 60% 60% u. mehr

Vom produzierenden Gewerbe bestimmte Kreise

Vom Dienstleistungsbereich bestimmte Kreise

Gemischtwirtschaftlich orientierte Kreise
(alle Wirtschaftsbereiche unter 40%)



Wirtschaftsstruktur der Verwaltungsbezirke 1966

Strukturtyp
(stärkster Wirtschaftsbereich)

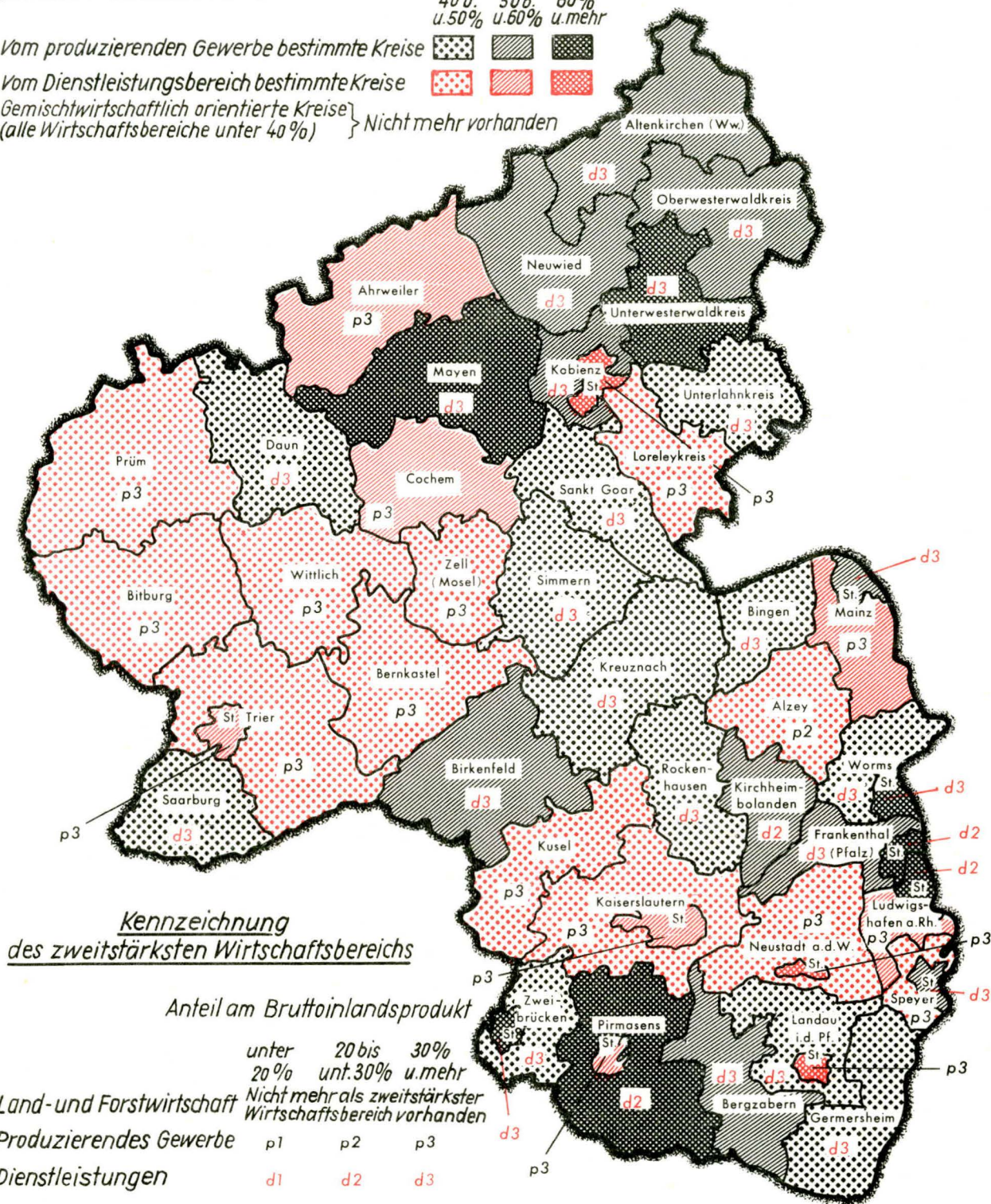
Anteil am Bruttoinlandsprodukt

40 b. 50% u. 50% 50 b. 60% u. 60% 60% u. mehr

Vom produzierenden Gewerbe bestimmte Kreise

Vom Dienstleistungsbereich bestimmte Kreise

Gemischtwirtschaftlich orientierte Kreise
(alle Wirtschaftsbereiche unter 40%) } Nicht mehr vorhanden



freie Städte und acht Landkreise, beläuft sich der Beitrag des produzierenden Gewerbes auf 50 bis 60%, und zwar in den Städten Mainz und Speyer sowie in den Landkreisen Altenkirchen, Birkenfeld, Koblenz, Neuwied, Oberwesterwaldkreis, Bergzabern, Frankenthal und Kirchheimbolanden. Die Dienstleistungen als zweitstärkster Wirtschaftsbereich sind in diesen Kreisen teilweise ebenfalls von beachtlicher Bedeutung. Durchweg beläuft sich ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt noch auf 30% und mehr, in der Landeshauptstadt Mainz sogar auf fast 49%. Die Land- und Forstwirtschaft, deren Wirtschaftskraft in diesen 17 Kreisen zwischen 1957 und 1966 - von einigen Ausnahmen abgesehen - unterdurchschnittlich zunahm, stagnierte oder sogar abfiel, ist 1966 in keinem der genannten Verwaltungsbezirke mehr mit über 15% am Sozialprodukt beteiligt. In weiteren 12 Landkreisen bestimmt das produzierende Gewerbe mit einem schwächeren Anteil zwischen 40 und 50% an der Bruttoleistung den wirtschaftlichen Schwerpunkt. Auch hier stellen die Dienstleistungen den zweitstärksten Wirtschaftsbereich; allerdings weicht ihr Beitrag - vor allem in den Kreisen mit untergeordneter landwirtschaftlicher Bedeutung - in seinem Gewicht kaum vom produzierenden Gewerbe ab.

Im Jahre 1957 waren erst 24 Kreise, sieben kreisfreie Städte und 17 Landkreise, in ihrer Wirtschaftsstruktur maßgebend vom produzierenden Gewerbe bestimmt. Auffallend ist vor allem das recht hohe Ausmaß von Fällen, in denen Strukturverschiebungen stattgefunden haben. Von den 29 Kreisen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im produzierenden Gewerbe im Jahre 1966 gehörten zehn, also ein Drittel, zehn Jahre zuvor noch einem anderen Strukturtyp an; in sechs von ihnen - dazu zählen neben der Stadt Mainz die Landkreise St. Goar, Simmern, Daun, Oberwesterwald- und Unterlahnkreis - dominierte damals der Dienstleistungsbereich, während die restlichen vier - Saarburg und die pfälzischen Landkreise Landau, Rockenhausen und Zweibrücken - 1957 als gemischtwirtschaftliche Kreise zu klassifizieren waren, da kein Wirtschaftsbereich dort über einen Anteil am Sozialprodukt von 40% oder mehr verfügte. Andererseits haben in fünf Kreisen, die 1957 noch vom produzierenden Gewerbe bestimmt waren, 1966 die Dienstleistungen dessen Rang übernommen. Hierbei handelt es sich um die kreisfreien Städte Kaiserslautern und Pirmasens sowie um die Landkreise Mainz, Kaiserslautern und Neustadt.

Als zweithäufigster Strukturtyp tritt bei den rheinland-pfälzischen Kreisen derjenige mit wirtschaftlichem Schwerpunkt in den Dienstleistungsbereichen in Erscheinung. An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, daß der Begriff „Dienstleistungen“ bei der Typisierung der Verwaltungsbezirke im weiteren Sinne zu verstehen ist; er umfaßt neben den „eentlichen“ Dienstleistungen (Kreditinstitute, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsgewerbe, Staat und private Haushalte) auch den Bereich Handel, Verkehr und Nach-

richtenübermittlung¹⁾. Im Landesdurchschnitt entfielen 1966 auf die Dienstleistungen 42,5% des Sozialprodukts, wobei der Anteil der kreisfreien Städte (45,2%) auf Grund deren überregionaler Versorgungsfunktionen naturgemäß etwas höher liegt. In sechs kreisfreien Städten und 16 Landkreisen waren die Dienstleistungen der Wirtschaftsbereich mit der größten Bedeutung. Diese 22 Verwaltungsbezirke, in denen 40% der Bevölkerung wohnen, erwirtschafteten 35% des Bruttoinlandsprodukts. An erster Stelle rangiert die Stadt Koblenz, wo der Anteil der Dienstleistungen am Sozialprodukt nahezu 70% ausmacht, gefolgt von den Städten Neustadt (65%), Landau (61%) und Trier (59%), die ebenfalls in beträchtlichem Umfang zentrale Dienstleistungsfunktionen wahrnehmen. Starke Einfluß hat dieser Bereich auch auf die Wirtschaftsstruktur der Städte Kaiserslautern und Pirmasens sowie der Landkreise Cochem, Ludwigshafen, Mainz und Ahrweiler, wo ebenfalls über die Hälfte des Sozialprodukts aus Dienstleistungen resultiert. In weiteren 12 Verwaltungsbezirken, sämtlich Landkreise, sind die Dienstleistungen ebenfalls der stärkste Wirtschaftsbereich, ohne allerdings hier die 50%-Grenze erreichen zu können. Zweitstärkster Wirtschaftsbereich ist in allen von Dienstleistungen bestimmten Kreisen das produzierende Gewerbe, das, von einer einzigen Ausnahme (Landkreis Alzey) abgesehen, in diesen Regionen durchweg mehr als 30% der Wirtschaftskraft erbringt. Insbesondere in den letztgenannten Kreisen mit einem Anteil der Dienstleistungen von weniger als 50% steht das produzierende Gewerbe in seinem Gewicht den Dienstleistungen oft nur um ein Geringes nach.

Im allgemeinen übersteigt der Anteil der eigentlichen Dienstleistungen denjenigen von Handel und Verkehr, im Landesdurchschnitt steuern die Dienstleistungen 25,5% zum Sozialprodukt bei, Handel und Verkehr hingegen nur 17%, das heißt, der Anteil der Dienstleistungen im engeren Sinne ist um die Hälfte höher. In einigen Regionen dominierten die Dienstleistungen im engeren Sinne jedoch überdurchschnittlich, so in den Städten Mainz, Speyer und Zweibrücken und in den Landkreisen Koblenz, Prüm, Saarburg, Unterlahnkreis, Bergzabern, Gernersheim, Kirchheimbolanden, Kusel, Rockenhausen und Zweibrücken, wo sie jeweils mehr als zwei Drittel des gesamten Dienstleistungssektors ausmachen. Andererseits gibt es Verwaltungsbezirke, in denen Handel und Verkehr innerhalb des Dienstleistungsbereichs das größere Gewicht besitzen; es handelt sich hier um die Kreise Zell, Bingen und Mainz.

Seit 1957 hat sich die Zahl der vom Dienstleistungsbereich bestimmten Kreise nur unwesentlich verändert. Damals gab es 21 Verwaltungsbezirke, die diesem Strukturtyp zuzuordnen waren. Allerdings handelt es sich bei ihnen - bedingt durch zwischenzeitliche strukturelle Verschiebungen - nicht immer um die gleichen wie 1966. Die Städte Kaiserslautern und Pirmasens und die Landkreise Mainz, Kaiserslautern und Neustadt rechneten 1957 ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt nach noch zum produzierenden Gewerbe, die Landkreise Trier und

¹⁾ Zur Abgrenzung der Bereiche vgl.: Das Sozialprodukt von Rheinland-Pfalz. Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 177, Bad Ems 1968, S. 11 ff.

Regierungs- bezirk	Bruttoinlandsprodukt							Zuwachsraten				
	ins- gesamt	Anteil	je Kopf der Wirt- schafts- bevöl- kerung	Land- und Forst- wirt- schaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen	1957 - 1966		1957 - 1961	1961 - 1964	1964 - 1966
								ins- ge- samt	Ø jährliche Zuwachsraten			
1 000 DM	%	DM	1 000 DM				%					
Koblenz	8 309 389	35, 1	6 503	458 944	4 138 468	1 482 288	2 229 689	115, 9	8, 9	9, 4	9, 0	7, 9
Trier	2 468 844	10, 4	5 545	288 311	973 971	519 967	686 595	94, 0	7, 6	6, 7	8, 8	7, 9
Rheinessen-Pfalz	12 898 517	54, 5	7 749	724 535	7 038 921	2 019 360	3 115 701	121, 4	9, 2	8, 8	9, 1	10, 4
Rheinland-Pfalz	23 676 750	100, 0	6 989	1 471 790	12 151 360	4 021 615	6 031 985	116, 3	9, 0	8, 7	9, 1	9, 2

Kusel waren zu dieser Zeit als gemischtwirtschaftliche Kreise anzusprechen. Umgekehrt gab es 1957 insgesamt sechs Regionen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Dienstleistungsbereich, die zehn Jahre später vom produzierenden Gewerbe bestimmt werden. 15 „Dienstleistungs-Kreise“ haben ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt während dieser Zeit nicht gewechselt.

Der Strukturtyp des gemischtwirtschaftlichen Kreises ist in Rheinland-Pfalz 1966 nicht mehr festgestellt worden. In den beiden 1964 noch vorhandenen Landkreisen dieses Typs, Saarburg und Zweibrücken, konnte das produzierende Gewerbe seinen Anteil auf jeweils über 40% ausdehnen. Zehn Jahre zuvor existierten in Rheinland-Pfalz noch sechs Kreise, in denen keiner der drei zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche mehr als 40% des Sozialprodukts auf sich vereinigen konnte, und zwar neben den beiden obengenannten die Landkreise Trier, Kusel, Landau und Rockenhausen. In Trier und Kusel überschritt der Beitrag des produzierenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt bereits 1961 die 40%-Grenze. Die sukzessive Verringerung der gemischtwirtschaftlichen Kreise kann als Zeichen für eine zunehmende wirtschaftliche Spezialisierung auch der Landkreise gewertet werden.

5. Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur der neuen Regierungsbezirke

Am 1. Oktober dieses Jahres werden gemäß dem Zweiten Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz vom 16. Juli 1968 (GVBl. Nr. 11 vom 22. 7. 1968) die bisherigen Regierungsbezirke Koblenz und Montabaur zu dem neuen Bezirk „Koblenz“ und die Regierungsbezirke Rheinhessen und Pfalz zu dem Bezirk „Rheinhessen-Pfalz“ zusammengelegt; der Regierungsbezirk Trier bleibt als dritter Regierungsbezirk bestehen. Anhand der Sozialproduktzahlen stellen sich die wirtschaftliche Leistung und Struktur dieser neuen Verwaltungsbezirke so dar:

a. Wirtschaftskraft: Der Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, in dem 50% der Einwohner des Landes ihren Wohnsitz haben, erbrachte 1966 mit 12,9 Mrd. DM über die Hälfte (55%) des rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukts. In diesem Bezirk liegen die beiden Industriezentren mit der höchsten Wirtschaftskraft des Landes, die kreis-

freien Städte Mainz und Ludwigshafen, die allein mehr als ein Drittel zu dem Ergebnis beisteuerten. An zweiter Stelle folgt - gemessen an der Wirtschaftskraft - der neue Bezirk Koblenz, dessen Sozialprodukt sich im Jahre 1966 auf 8,3 Mrd. DM belief, was einem Anteil an der Landessumme von über einem Drittel (35%) entspricht. Der wirtschaftliche Anteil ist hier um ein Geringes niedriger als der bevölkerungsmäßige. Die Wirtschaftskraft des Regierungsbezirks Koblenz ist weniger stark auf bestimmte Regionen konzentriert, wie dies in Rheinhessen der Fall ist, obwohl sich auch hier mit der kreisfreien Stadt Koblenz, deren Anteil am Sozialprodukt des Bezirks mehr als 15% ausmacht, und in den Landkreisen Neuwied, Kreuznach und Mayen regionale Wirtschaftsagglomerationen gebildet haben. Der Wirtschaftskraft dieser beiden großen Regierungsbezirke gegenüber, die zusammen neun Zehntel des rheinland-pfälzischen Sozialprodukts erwirtschafteten, nimmt sich das Bruttoinlandsprodukt des Bezirks Trier recht bescheiden aus. Dennoch bezifferte sich die wirtschaftliche Bruttoleistung Triers auf immerhin noch nahezu 2,5 Mrd. DM; mit 851 Mill. DM entfiel damit über ein Drittel auf die kreisfreie Stadt Trier. Die gleiche Reihenfolge ergibt sich bei Betrachtung der Leistungskraft in den einzelnen Regionen. Auch hier rangiert Rheinhessen-Pfalz mit einem Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung von 7 749 DM vor den Regierungsbezirken Koblenz mit 6 503 DM und Trier, dessen Pro-Kopf-Betrag sich auf 5 545 DM stellte.

Die Anteilssätze der drei neuen Regierungsbezirke an der Wirtschaftskraft des Landes haben sich während der vergangenen zehn Jahre nur unwesentlich geändert - lediglich die Quote von Rheinhessen-Pfalz vergrößerte sich auf Kosten des Regierungsbezirks Trier um 1 Punkt -, da die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts während dieses Zeitraums (Koblenz + 116%, Trier + 94%, Rheinhessen-Pfalz + 121%) eine stärkere Divergenz nicht zuließen. Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang der zeitliche Entwicklungsverlauf der Wirtschaftskraft in den drei Bezirken. Während in Koblenz die durchschnittlichen jährlichen Veränderungsdaten einen degressiven Charakter haben - zwischen 1957 und 1961 nahm das Sozialprodukt hier jedes Jahr um 9,4% zu, von 1961 auf 1964 um jeweils 9,0% und in den beiden

letzten Jahren des Berichtszeitraums nurmehr um 7,9% -, zeigt die wirtschaftliche Entwicklung des Bezirks Rheinhessen-Pfalz deutlich einen progressiven Verlauf: die entsprechenden Zuwachsraten sind hier + 8,8%, + 9,1% und + 10,4%. Trier hatte den höchsten jährlichen Zuwachs zwischen 1961 und 1964 (+ 8,8%), in den beiden folgenden Jahren belief er sich auf jeweils 7,9%. Bei Fortsetzung dieser Entwicklung dürfte sich der Anteil an der Wirtschaftskraft des Landes in den beiden nördlichen Bezirken auch nach 1966 zugunsten des südlichen Landesteils weiter verringern. Bestätigt wird dieses Resultat durch die Ergebnisse der Industrieberichterstattung für 1967. In diesem Jahre erhöhten sich die Industrieumsätze der Betriebe mit im allgemeinen zehn und mehr Beschäftigten im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz um 10%, in Koblenz und Trier dagegen nur um 1,6 bzw. 1,4%.

b. Wirtschaftsstruktur: In den beiden neuen Regierungsbezirken Koblenz und Rheinhessen-Pfalz wird der wirtschaftliche Schwerpunkt vom produzierenden Gewerbe bestimmt, während in Trier die Dienstleistungen dominieren. Diese Struktur ist im Verlauf der vergangenen zehn Jah-

Wirtschaftsstruktur der neuen Regierungsbezirke 1966

Regierungs- bezirk	Land- und Forst- wirt- schaft	Produ- zieren- des Ge- werbe	Dienstleistungen		
			zu- sam- men	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen
			Anteil im BIP in %		
Koblenz	5, 5	49, 8	44, 6	17, 8	26, 8
Trier	11, 7	39, 5	48, 9	21, 1	27, 8
Rheinhessen-Pfalz	5, 6	54, 6	39, 9	15, 7	24, 2
Rheinland-Pfalz	6, 2	51, 3	42, 5	17, 0	25, 5

re unverändert geblieben, obwohl sich natürlich in dieser Zeit die Anteile der Wirtschaftsbereiche in gewissen Grenzen verschoben haben. Die geringsten strukturellen Veränderungen zeigt erwartungsgemäß der Bezirk Rheinhessen-Pfalz. Hier be-

lieft sich 1966 der Beitrag des produzierenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt auf 54,6%; zehn Jahre zuvor hatte er bereits 52,4% betragen. Gleiches gilt für den Anteilssatz der Dienstleistungen: dieser vergrößerte sich sogar von 38,5% im Jahre 1957 auf 39,9% im Jahre 1966. Entsprechend ging die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft, deren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt des südlichen Landesteils bereits 1957 knapp unter der 10%-Grenze gelegen hatte, weiter zurück; ihr Anteil an der wirtschaftlichen Leistung schrumpfte 1966 auf 5,6% zusammen. Auch im Regierungsbezirk Koblenz haben die Wirtschaftsbereiche produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen ihre Anteile am Sozialprodukt auf Kosten der Land- und Forstwirtschaft ausdehnen können. Mit einer Quote des produzierenden Gewerbes von 49,8% - im Jahre 1964 hatte diese den Wert von 50% sogar geringfügig überschritten - steht das Gewicht dieses Bereichs im Regierungsbezirk Koblenz nur wenig demjenigen nach, das er im Süden des Landes besitzt. 1957 trug das produzierende Gewerbe 45,8% zum Koblenzer Sozialprodukt bei. Das Bruttoinlandsprodukt des Bereichs Dienstleistungen, der in Koblenz ein etwas größeres Gewicht besitzt als im Bezirk Rheinhessen-Pfalz, steigerte seinen Anteil während des Berichtszeitraums von 43,3% auf 44,6%. Gleichzeitig nahm der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft von 10,9% auf 5,5%, also um etwa die Hälfte, ab. Diese Quote ist die niedrigste von allen drei Regierungsbezirken. Auch im Regierungsbezirk Trier, der relativ am stärksten von der Landwirtschaft geprägt ist - 1957 stammte dort immerhin noch etwas mehr als ein Fünftel des Sozialprodukts aus der Land- und Forstwirtschaft - war die wirtschaftliche Bedeutung dieses Bereichs, gemessen an der Bruttoleistung des produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungen, im Berichtszeitraum stark rückläufig. 1966 bezifferte sich ihr Beitrag auf nurmehr 11,7%. Hier dominierten die Dienstleistungen, deren Anteil am Sozialprodukt sich im Jahre 1966 auf 48,9% stellte. Zweitstärkster Wirtschaftsbereich ist das produzierende Gewerbe, das zur gleichen Zeit nicht ganz 40% erreichte.

Dipl.-Volkswirt J. Gebauer

Art, Ursache und Zeitpunkt von Straßenverkehrsunfällen im Jahre 1967

1. Unfallarten

Das Unfallgeschehen spielt sich in den mannigfaltigsten Formen ab. Trotzdem ist es möglich, einige typische Abläufe zu erkennen, wie Zusammenstöße, Auffahrunfälle und Unfälle zwischen Fahrzeugen und Fußgängern. Die Grenzen dieser Gruppen sind zum Teil jedoch fließend. Im Jahre 1967 waren über zwei Fünftel (42,3%) der 28 561 ausgewerteten schweren Straßenverkehrsunfälle Zusammenstöße zwischen fahrenden Fahrzeugen, wozu grundsätzlich alle Kollisionen gezählt werden, bei denen ein frontaler Aufprall der beteiligten Fahrzeuge vorlag, in die aber auch seitliche Be-

rührungen (z. B. Streifen beim Überholen) einbezogen sind. Über drei Fünftel (62,8%) dieser Zusammenstöße ereigneten sich innerorts, 66,5% endeten mit Personenschaden; damit lag diese Quote unter dem Durchschnitt von 72,1%. Auf 100 Unfälle mit Personenschaden kamen jedoch 165 Verunglückte, mehr als bei allen anderen Unfallarten. Um die Schwere dieser Unfälle richtig beurteilen zu können, muß beachtet werden, daß sich bei dieser Relation die Zahl der am Unfall beteiligten Personen stark auswirkt (je höher die Zahl der beteiligten Personen, um so höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, daß Personen zu Schaden kommen), die beim Zusammenstoß mehrerer Fahrzeuge in

Unfallart	Unfälle				Verunglückte		
	ins-gesamt	innerhalb von Ortschaften	außerhalb von Ortschaften	mit Personenschaden	ins-gesamt	auf 100 Unfälle mit Personenschaden	Getötete
	Anzahl			%	Anzahl	%	
Zusammenstoß zwischen fahrenden Fahrzeugen	12 083	7 592	4 491	66,5	13 275	165	3,0
Auffahren eines Fahrzeuges auf ein voranfahrendes oder im fließenden Verkehr vorübergehend haltendes Fahrzeug	2 520	1 121	1 399	67,1	2 684	159	1,8
auf ein Fahrzeug im ruhenden Verkehr	1 096	950	146	46,1	668	132	1,3
auf ein Hindernis auf der Fahrbahn	252	86	166	62,3	200	127	3,0
auf einen Gegenstand neben der Fahrbahn	5 218	1 957	3 261	67,3	5 340	152	4,6
Unfall zwischen Kraftfahrzeug und Fußgänger	4 028	3 470	558	99,9	4 546	113	7,5
Unfall zwischen sonstigem Fahrzeug und Fußgänger	165	156	9	100,0	213	129	4,7
Unfall anderer Art	3 199	875	2 324	78,3	3 570	143	2,6
Insgesamt	28 561	16 207	12 354	72,1	30 496	148	3,8

1) Ohne Unfälle mit nur Sachschaden von weniger als 1 000 DM bei jedem der Beteiligten.

jedem Fall höher liegt als beim Alleinunfall oder beim Unfall zwischen Fahrzeugen und Fußgängern. Der Anteil der Getöteten an den innerhalb von Ortschaften Verunglückten lag mit 3,0% unter dem Mittel von 3,8%.

Untersucht man die Ursachen, die zu diesen Zusammenstößen geführt haben, ergibt sich, daß Nichtbeachten der Vorfahrt (rund ein Viertel) und Fehler beim Überholen, Vorbeifahren und Begegnen (rund ein Fünftel) am meisten vorkommen. Aus dieser Ursachengliederung läßt sich erkennen, daß zwei verschiedene Arten des Unfallablaufs als „Zusammenstoß“ erfaßt werden, einmal das Zusammenstoßen fahrender Fahrzeuge bei sich kreuzendem Verkehr an Kreuzungen und Einmündungen infolge Vorfahrtsverletzung, hauptsächlich innerhalb von Ortschaften, zum anderen Kollisionen im Begegnungsverkehr, wobei es in den meisten Fällen zu einem Zusammenstoß mit einem entgegenkommenden Fahrzeug kommt, weil ein Fahrzeugführer nicht genügend weit rechts gefahren ist oder den Überholvorgang falsch einschätzte (hauptsächlich außerhalb von Ortschaften).

Auffahrunfälle stellten 1967 fast ein Drittel (31,9%) der Straßenverkehrsunfälle dar. Beim größten Teil dieser Unfälle (18,3%) fuhr ein Fahrzeug gegen einen Gegenstand neben der Fahrbahn (Chausseebaum, Böschung), wobei fast zwei Drittel (62,5%) außerhalb von Ortschaften passierten. Der Anteil der Personenschadensunfälle an der Gesamtzahl der Unfälle ist mit 67,3% ungefähr so hoch wie bei Zusammenstößen, während die Zahl der Verunglückten auf 100 Unfälle mit Personenschaden mit 152 unter der entsprechenden Quote der Zusammenstöße liegt, da die Zahl der unfallbeteiligten Personen, die verletzt oder getötet werden können, bei den Auffahrunfällen kleiner ist. Dagegen sind die Unfallfolgen beim Auffahren auf einen Gegenstand neben der Fahrbahn schwerer als bei den Zusammenstößen, denn der Anteil der Getöteten an den Verunglückten ist mit 4,6% überdurchschnittlich hoch. Zum großen Teil handelt es sich hier um Alleinunfälle, die sich ohne erkennbare unmittelbare Mitwirkung eines zweiten oder dritten Verkehrsteilnehmers ereignen. Nicht zu die-

ser Unfallart zählen solche Unfälle, bei denen ein Fahrzeug von der Fahrbahn abkommt, stürzt oder sich überschlägt, ohne daß ein Gegenstand angefahren wird. Diese Unfälle werden zur Zeit bei den Unfällen anderer Art eingruppiert, die im Berichtsjahr 11,2% der Unfälle ausmachten. In den meisten Fällen ist zu schnelles Fahren die Ursache für das Abkommen von der Fahrbahn, das bei zwei Dritteln der Auffahrunfälle auf einen Gegenstand neben der Fahrbahn und bei über der Hälfte der Unfälle anderer Art von der Polizei als Ursache festgestellt wurde.

Auffahrunfälle auf ein Hindernis auf der Fahrbahn (Tier, ungesicherte Unfallstelle) sind ebenfalls zum größten Teil Alleinunfälle, deren zahlenmäßige Bedeutung jedoch nicht so groß ist, denn ihr Anteil macht nicht ganz 1% der Unfälle aus. Mindestens zwei Verkehrsteilnehmer sind an den Unfällen beteiligt, in deren Verlauf ein Fahrzeug auf ein voranfahrendes oder im fließenden Verkehr vorübergehend haltendes Fahrzeug (8,9%) oder auf ein parkendes Fahrzeug (3,8%) auffährt. Während die erstgenannte Unfallart zu ungefähr gleichen Teilen innerhalb und außerhalb von Ortschaften vorkommt, konzentriert sich das Auffahren auf ein Fahrzeug im ruhenden Verkehr vorwiegend auf Straßen innerhalb von Ortschaften (86,7%). Der Anteil der Unfälle, in deren Verlauf Personen zu Schaden kommen, entspricht bei den Auffahrunfällen auf ein im fließenden Verkehr voranfahrendes oder vorübergehend haltendes Fahrzeug mit 67,1% ungefähr demjenigen bei Zusammenstößen bzw. Auffahrunfällen auf einen Gegenstand neben der Fahrbahn. Auf 100 Personenschadensunfälle kommen hier 159 Verunglückte, und der Anteil der Getöteten an den Verunglückten ist mit 1,8% vergleichsweise gering. Beim Auffahren auf ein Fahrzeug im ruhenden Verkehr ist der Anteil der Unfälle mit Personenschaden (46,1%) und derjenige der hierbei getöteten Personen (1,3%) unter allen Unfallarten am kleinsten.

Als Ursache für den größten Teil (über zwei Fünftel) der Auffahrunfälle auf ein Fahrzeug im fließenden gleichgerichteten Verkehr wird zu dichtes Auffahren genannt. Bei den Auffahrunfällen auf

ein Fahrzeug im ruhenden Verkehr handelt es sich dagegen größtenteils um solche, bei denen haltende oder abgestellte Fahrzeuge von vorbeifahrenden Fahrzeugen gestreift werden, die zu wenig Seitenabstand eingehalten haben. Als Ursache werden deshalb in rund einem Fünftel der Fälle Fehler beim Vorbeifahren angeführt.

Auf Unfälle zwischen Kraftfahrzeugen und Fußgängern entfallen 14,1% der Straßenverkehrsunfälle. Über vier Fünftel (86,1%) von ihnen tragen sich innerhalb von Ortschaften zu. Fast alle (99,9%) sind mit Personenschaden verbunden, vor allem auf Seiten der Fußgänger. Unter allen Unfallarten sind hier die Verletzungen am schwersten, denn 7,5% der bei einem solchen Unfall Verunglückten starben. Daß die Zahl der Verunglückten auf 100 Unfälle mit Personenschaden mit 113 unter allen Unfallarten am kleinsten ist, kann wiederum dadurch erklärt werden, daß die Zahl der am Unfall beteiligten Personen bei dieser Unfallart kleiner ist als bei den anderen, und damit auch die Möglichkeit, daß Personen zu Schaden kommen, sinkt. Ursachen, die zu den Unfällen zwischen Kraftfahrzeugen und Fußgängern führen, liegen teilweise beim Fahrzeugführer und teilweise beim Fußgänger. Am häufigsten entstehen solche Unfälle durch falsches Verhalten der Fußgänger (rund zwei Fünftel), insbesondere beim Überschreiten der Fahrbahn außerhalb von Fußgängerüberwegen. Bei einem größeren Teil der Unfälle liegt falsches Verhalten der Fahrzeugführer gegenüber Fußgängern vor (über ein Viertel). Für die Unfälle zwischen sonstigen Fahrzeugen, vor allem Fahrrädern und Mopeds, und Fußgängern, die keine allzu große Rolle spielen (weniger als 1% Anteil), gilt grundsätzlich das gleiche, was über die Unfälle zwischen Kraftfahrzeugen und Fußgängern ausgeführt wurde.

2. Unfallursachen

Bei der Aufnahme eines Straßenverkehrsunfalls durch einen Polizeibeamten in der sogenannten Verkehrsunfallanzeige werden auch alle erkennbaren Ursachen angegeben, die zu dem Unfall geführt haben könnten. Hierbei ist zu beachten, daß es einmal bei der Feststellung der Ursachen durch die Polizeibeamten an der Unfallstelle nicht immer möglich ist, die entscheidende Ursache zu finden, zum anderen soll die angegebene Ursache in erster Linie Grundlage für die rechtliche Beurteilung des Falles sein, insbesondere hinsichtlich der Strafverfolgung von Verstößen gegen das Straßenverkehrsrecht oder anderen strafbaren Handlungen. Es fallen also bei der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik vorwiegend die unmittelbar äußerlich erkennbaren Verstöße gegen bestimmte Rechtsvorschriften an, die durch Angaben über Straßen- und Witterungsverhältnisse und sonstige Ursachen ergänzt werden. Um die wirklichen Unfallursachen zu ermitteln, wären weitergehende Untersuchungen notwendig, die aufgrund der polizeilichen Angaben nicht vorgenommen werden können, wie sie aber teilweise im Rahmen der gerichtlichen Verfahren durchgeführt werden. Diese werden jedoch statistisch nicht ausgewertet. Weiterhin ist zur Ursachenstatistik zu bemerken, daß von den unfallauf-

nehmenden Polizeibeamten alle Ursachen, die dem Unfall zugrunde liegen könnten, nebeneinander angeführt werden, da in diesem Stadium oft noch nicht zwischen Haupt- und Nebenursachen unterschieden werden kann; 1967 wurden im Durchschnitt 1,5 Ursachen registriert. Die Ursache stellt also eine selbständige Zählseinheit dar, die keine unmittelbare Beziehung mehr zum Unfall besitzt. Die Aussage, daß ein bestimmter Prozentsatz der Unfälle auf eine bestimmte Ursache zurückzuführen sei, ist deshalb in dieser Form nicht möglich, da bei einer Auszählung der Unfälle nach Ursachen rund die Hälfte der Unfälle mehrmals gezählt werden müßten.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Ursachen auf ihre Träger zu beziehen, in den meisten Fällen also auf die Verkehrsteilnehmer. 1967 haben rund drei Viertel (74,7%) der an schweren Straßenverkehrsunfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer zur Entstehung der Unfälle beigetragen. Hierbei ist zu beachten, daß einem Verkehrsteilnehmer mehrere Ursachen zugeschrieben werden können, so daß er mehrmals gezählt wird, und diese Relationen daher etwas überhöht sind. Bei den Fahrzeugführern war der entsprechende Anteil (65,2%) etwas kleiner als bei den Fußgängern (70,9%), wobei die allgemeinen Ursachen, die in der Verkehrstüchtigkeit begründet sind, fehlen. Die Verkehrstüchtigkeit war bei 8,7% aller in Unfälle verwickelten Verkehrsteilnehmer beeinträchtigt, bei 7,6% durch übermäßigen Alkoholkonsum. Die Ursachen, die auf Seiten der Fahrzeugführer am häufigsten einen Straßenverkehrsunfall herbeigeführt haben, sind zu schnelles Fahren (20,1%), vor allem in Kurven und beim Abbiegen (12,3%), Fehler beim Überholen, Vorbeifahren und Begegnen (13,2%) und Nichtbeachtung der Vorfahrt bzw. Verkehrsregelung (10,2%).

Innerhalb von Ortschaften führten meist andere Ursachen zu Straßenverkehrsunfällen als außerhalb. Nichtbeachtung der Vorfahrtsregel „rechts vor links“ (4,9%) und der die Vorfahrt regelnden Verkehrszeichen an Kreuzungen und Einmündungen (7,9%), falsches Einbiegen nach links in eine andere Straße (4,1%), Fehler beim Vorbeifahren (3,2%) und falsches Verhalten gegenüber Fußgängern (4,1%) kommen innerorts öfters vor als außerhalb von Ortschaften. Außerhalb stehen dagegen folgende Ursachen im Vordergrund: Überholen unter Gefährdung des Gegenverkehrs (2,3%), Verstoß gegen das Rechtsfahrgebot beim Begegnungsverkehr (7,0%), zu schnelles Fahren in Kurven und beim Abbiegen (18,7%) und unter Berücksichtigung anderer Umstände (10,3%) sowie zu geringer Sicherheitsabstand (4,3%). Ursachen, die besonders zu Unfällen mit Personenschaden führen, sind vor allem zu schnelles Fahren und falsches Verhalten gegenüber Fußgängern. Nichtbeachten der Vorfahrt sowie Fehler beim Überholen, Vorbeifahren und Begegnen haben weniger Unfälle mit Personenschaden und mehr mit Sachschaden zur Folge.

Bei über zwei Dritteln (70,9%) der an Unfällen beteiligten Fußgänger war falsche Verhaltensweise Ursache für einen Unfall, vor allem beim Überschreiten der Fahrbahn außerhalb von Fußgänger-

Art der Ursache	Ins- gesamt	Inner- halb von Ort- schaften	Außer- halb von Ort- schaften	Unfälle mit Per- sonen- schaden	Ins- gesamt	Inner- halb von Ort- schaften	Außer- halb von Ort- schaften	Unfälle mit Per- sonen- schaden
	Anzahl				% der Bezugsgrundlage 2)			
<u>Ursachen bei Verkehrsteilnehmern</u>	39 521	22 186	17 335	28 755	74,7	70,1	81,4	75,6
Ursachen in der Verkehrstüchtigkeit	4 623	2 586	2 037	3 522	8,7	8,2	9,6	9,3
Alkoholeinfluß	4 016	2 347	1 669	3 041	7,6	7,4	7,8	8,0
Ermüdung (auch Einschlafen) ³⁾	471	161	310	358	0,9	0,5	1,5	0,9
<u>Ursachen bei Fahrzeugführern</u>	31 641	16 806	14 835	21 995	65,2	62,0	71,9	65,8
Vorfahrt/Verkehrsregelung	4 914	3 819	1 095	3 158	10,2	14,1	5,3	9,4
Nichtbeachten der Vorfahrt "rechts vor links" an Kreuzungen und Einmündungen	1 456	1 319	137	848	3,0	4,9	0,7	2,5
Nichtbeachten der Vorfahrt regelnden Verkehrs- zeichen an Kreuzungen und Einmündungen	3 015	2 138	877	2 020	6,2	7,9	4,2	6,0
Einordnen	686	430	256	456	1,4	1,6	1,2	1,4
Einbiegen/Ein- oder Ausfahren/Wenden	2 866	2 098	768	2 021	5,9	7,7	3,7	6,0
Falsches Einbiegen nach links in eine andere Straße	1 555	1 116	439	1 140	3,2	4,1	2,1	3,4
Überholen/Vorbeifahren/Begegnen	6 401	2 873	3 528	4 094	13,2	10,6	17,1	12,2
Überholen unter Gefährdung des Gegenverkehrs	598	116	482	413	1,2	0,4	2,3	1,2
Schneiden oder sonstige Behinderung des zu über- holenden Fahrzeuges	423	186	237	324	0,9	0,7	1,1	1,0
Fehler beim Vorbeifahren	1 110	868	242	625	2,3	3,2	1,2	1,9
Verstoß gegen das Rechtsfahrgebot beim Begeg- nungsverkehr	2 515	1 061	1 454	1 596	5,2	3,9	7,0	4,8
Zu schnelles Fahren	9 711	3 721	5 990	6 933	20,1	13,7	29,0	20,7
Zu schnelles Fahren in Kurven und beim Abbiegen	5 921	2 052	3 869	4 253	12,3	7,6	18,7	12,7
Zu schnelles Fahren unter Berücksichtigung anderer Umstände	3 790	1 669	2 121	2 680	7,8	6,2	10,3	8,0
Verhalten gegenüber Fußgängern	1 281	1 107	174	1 279	2,7	4,1	0,8	3,8
Zu dichtes Auffahren	2 286	1 032	1 254	1 566	4,7	3,8	6,1	4,7
Zu geringer Sicherheitsabstand	1 619	722	897	1 077	3,4	2,7	4,3	3,2
Zeichengebung/Beleuchtungsvorschriften	743	359	384	511	1,5	1,3	1,9	1,5
Halten/Parken	286	179	107	222	0,6	0,7	0,5	0,7
Sonstige Ursachen beim Fahrzeugführer	1 457	800	657	1 062	3,0	3,0	3,2	3,2
Ursachen auf Grund technischer Mängel (Wartungsmängel)	1 010	388	622	693	2,1	1,4	3,0	2,1
<u>Ursachen im Verhalten der Fußgänger</u> ³⁾	3 257	2 794	463	3 238	70,9	70,9	70,6	70,8
Falsches Verhalten beim Überschreiten der Fahr- bahn an anderen Stellen	714	665	49	709	15,7	16,9	7,5	15,5
a) plötzliches Hervortreten hinter Sichthindernissen	1 603	1 396	207	1 598	34,9	35,4	31,6	34,9
b) Überschreiten der Fahrbahn, ohne auf den Fahr- zeugverkehr zu achten	1 931	629	1 302	1 333	6,8	3,4	10,5	6,5
<u>Ursachen auf Grund der Straßenverhältnisse</u>	1 931	629	1 302	1 333	6,8	3,4	10,5	6,5
Glätte oder Schlüpfrigkeit der Fahrbahn durch Schnee oder Eis	1 065	306	759	734	3,7	1,9	6,1	3,6
Regen	457	141	316	315	1,6	0,9	2,6	1,5
<u>Ursachen auf Grund der Witterungsverhältnisse</u>	512	115	397	370	1,8	0,7	3,2	1,8
<u>Sonstige Ursachen (Hindernisse, Bahnschranken)</u>	399	137	262	271	1,4	0,8	2,1	1,3
Insgesamt	42 363	23 067	19 296	30 729

1) Ohne Unfälle mit nur Sachschaden von weniger als 1 000 DM bei jedem der Beteiligten. - 2) Bezugsgrundlagen für: Ursachen in der Verkehrstüchtigkeit = unfallbeteiligte Verkehrsteilnehmer insgesamt; Ursachen bei Fahrzeugführern = beteiligte Fahrzeuge; Ursachen im Verhalten der Fußgänger = beteiligte Fußgänger; Ursachen auf Grund der Straßenverhältnisse bzw. Witterungsverhältnisse und sonstige Ursachen = Unfälle insgesamt. - 3) Ohne Ursachen in der Verkehrstüchtigkeit.

überwegen (34,9%). Auch das plötzliche Hervortreten hinter Sichthindernissen an diesen Stellen wurde oft (15,7%) als Unfallursache genannt. Die Zahl der Unfälle, die 1967 auf Straßenverhältnisse (Glätte und Schlüpfrigkeit der Fahrbahn, 6,8%) oder Witterungsverhältnisse (1,8%) zurückgeführt wurden, ist demgegenüber nicht so hoch. Als Bezugsgrundlage der Ursachen, die in den Straßen- und Witterungsverhältnissen begründet sind, wird die Gesamtzahl der Unfälle verwandt, da sich hierbei die Zahl der Unfälle und der Ursachen im großen und ganzen entsprechen. Außerhalb von Ortschaften spielen diese Ursachen mit 10,5 bzw. 3,2% jedoch eine weit größere Rolle, besonders bei Schnee- oder Eisglätte (6,1%) und Regen (2,6%). Naturgemäß ereignen sich Unfälle infolge von Glätte und Schlüpfrigkeit der Fahrbahn in den Wintermonaten Dezember (21,7%), November (11,7%) und Januar (14,5%) häufiger. Hierbei spielen die Stra-

ßenverhältnisse als Unfallursache außerhalb von Ortschaften eine große Rolle (Dezember 32,3%, November 20,6%, Januar 22,6% und auch Februar 10,7%). Auch im Herbst und zum Winteranfang werden die Witterungsverhältnisse häufiger als Unfallursache genannt, so im November (3,1%), Dezember (2,6%), Oktober (2,5%) und September (2,4%).

3. Zeitpunkt der Unfälle

Die monatlichen Schwankungen in der Zahl der Straßenverkehrsunfälle während eines Jahres sind nach dem ersten Anschein durch die Witterung und gewisse gesellschaftliche Ereignisse (Feier- und Festtage, Urlaubs- und Reisezeit) bedingt. Die Auswirkungen des Wetters auf die Unfallhäufigkeit können jedoch nicht eindeutig bestimmt werden, da gleichzeitig wiederum andere Faktoren auf das Unfallgeschehen einwirken. So kann beispielsweise

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte
an den unfallreichsten Tagen¹⁾ 1967

Wochentag		Unfälle			Verunglückte	
		ins- gesamt	inner- halb von Ort- schaften	außer- halb von Ort- schaften	ins- gesamt	Ge- tötete
April						
Samstag	22.	111	60	51	127	1
Freitag	28.	114	64	50	108	6
Mai						
Montag	1.	129	59	70	193	6
Freitag	5.	105	53	52	119	5
Freitag	12.	108	67	41	104	5
Samstag	13.	141	82	59	166	7
Dienstag	16. (Pfingstdienstag)	100	48	52	108	6
Donnerstag	25. (Fronleichnam)	102	33	69	133	5
Montag	29.	110	56	54	97	2
Juni						
Freitag	16.	102	67	35	103	3
Samstag	24.	105	67	38	130	1
Juli						
Sonntag	2.	106	46	60	179	5
Montag	3.	104	52	52	108	2
Freitag	7.	129	62	67	137	3
Samstag	8.	122	66	56	124	4
Samstag	15.	120	60	60	129	4
Samstag	22.	102	53	49	124	4
Montag	24.	112	64	48	106	5
Freitag	28.	115	64	51	130	3
Montag	31.	115	56	59	129	3
August						
Freitag	4.	101	61	40	123	6
Samstag	5.	102	49	53	114	3
Freitag	11.	104	55	49	105	4
Samstag	12.	130	66	64	185	9
September						
Samstag	2.	115	65	50	110	5
Sonntag	3.	115	53	62	169	6
Freitag	8.	104	64	40	102	5
Sonntag	10.	113	46	67	160	4
Freitag	15.	119	69	50	145	8
Freitag	29.	110	68	42	112	1
Samstag	30.	103	49	54	108	6
Oktober						
Sonntag	1.	106	54	52	133	5
Mittwoch	4.	101	48	53	89	3
Sonntag	8.	100	45	55	141	4
Freitag	13.	108	66	42	103	5
Sonntag	15.	122	62	60	183	7
Montag	16.	103	70	33	110	8
Freitag	27.	114	53	61	108	3
November						
Samstag	18.	103	42	61	114	7
Dezember						
Freitag	1.	119	64	55	106	4
Samstag	2.	112	64	48	109	7
Mittwoch	6.	108	67	41	105	3
Mittwoch	13.	142	75	67	110	8
Samstag	16.	126	61	65	130	4
Dienstag	19.	122	54	68	124	6
Donnerstag	28.	108	69	39	96	2

1) Tage mit 100 und mehr Unfällen; ohne Unfälle mit nur Sachschaden von weniger als 1 000 DM bei jedem der Beteiligten.

das Einsetzen des Winters einerseits durch Verschlechterung der Straßen- und Sichtverhältnisse (Glätte, Nebel usw.) leichter zu unfallträchtigen Situationen führen - dies wird dadurch bestätigt, daß Glätte und Schlüpfrigkeit der Fahrbahn sowie Witterungsverhältnisse in den Wintermonaten zu den am meisten genannten Unfallursachen zählen -, während andererseits gerade die Wintermonate Januar, Februar und März in der Gesamtzahl der Unfälle unter dem Monatsdurchschnitt liegen. Diese

rückläufigen Unfallzahlen im Winter können dadurch erklärt werden, daß unter den schwierigen äußeren Fahrbedingungen vorsichtiger gefahren wird, und daß zu dieser Zeit auch die Verkehrsdichte niedriger als in den übrigen Monaten ist, weil es viele Kraftfahrer scheuen, bei solch einem Wetter ihren Kraftwagen zu benutzen.

Eindeutiger läßt sich dagegen die Wirkung der arbeitsfreien Tage und des Urlaubs auf die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle feststellen, denn durch den damit verbundenen Anstieg der am Verkehr beteiligten privaten Fahrzeuge und Fußgänger erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, in einen Unfall mit einem anderen Verkehrsteilnehmer verwickelt zu werden. Bei näherer Untersuchung der Bestimmungsfaktoren der Unfälle kristallisiert sich letzten Endes immer wieder die Verkehrsdichte heraus, von der die Gesamtzahl der Unfälle in der Hauptsache abhängt.

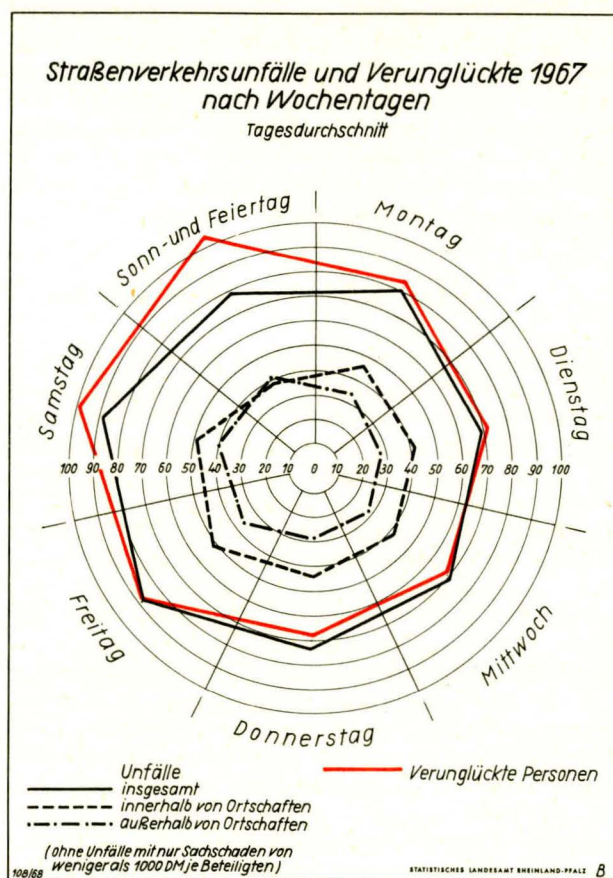
Im Durchschnitt registrierte die Polizei 1967 monatlich 6 098 Unfälle, darunter 1 716 Unfälle mit Personenschaden. Dabei verunglückten durchschnittlich 2 541 Personen. Die wenigsten Straßenverkehrsunfälle ereigneten sich in den Wintermonaten Januar, Februar und März, in denen die Unfallzahlen um 9,1%, 22,3% und 8,9% unter dem Monatsdurchschnitt lagen. Dabei ist zu beachten, daß der Monat Februar nur 28 Tage hat, woraus sich vor allem die starke Abweichung erklärt. Die höchsten Unfallzahlen wiesen die Monate Oktober (+ 10,5%), Dezember (+ 10,3%) und Juli (+ 8,9%) auf. Bemerkenswert ist, daß im Dezember (64,6% aller Unfälle), Januar (63,7%), Februar (62,1%), März (62,0%) und November (61,7%) der Anteil der Unfälle, bei denen nur leichter Sachschaden von weniger als 1 000 DM bei jedem Beteiligten entstand, weit mehr überwog als im Mai (58,2%), Juni (58,5%) und Juli (58,6%). In diesen Monaten ist der Anteil der Personenschadensunfälle mit 30,4%, 30,7% bzw. 30,9% am höchsten. Der Grund für diese Konzentration der Unfälle mit Personenschaden in den Sommermonaten ist wohl darin zu suchen, daß sich die Verkehrsteilnehmer in den Wintermonaten wegen der durch die Witterung bedingten teilweise schlechten Straßen- und Sichtverhältnisse vorsichtiger verhalten. Hinzu kommt, daß in den Sommermonaten aufgrund des Ausflugs- und Urlaubsreiseverkehrs die Fahrzeuge durchschnittlich stärker besetzt sind, so daß es leichter zu einem Unfall mit Personenschaden kommen kann. Dies kommt in der Relation Verunglückte auf 100 Unfälle mit Personenschaden zum Ausdruck, die in den Monaten Mai (154,8), August (154,1) und Juli (152,0) ihre Spitzenwerte erreichte. Die Feststellung, daß der Ausflugs- und Urlaubsreiseverkehr im Sommer das Unfallgeschehen zum großen Teil beeinflußt, läßt sich auch daran erkennen, daß im Mai (45,8%), August (45,7%), Juli (45,3%) und Juni (44,2%) der Anteil der Unfälle außerhalb von Ortschaften relativ höher ist als in den Monaten März (40,5%), Februar (40,7%) und Januar (40,8%).

Außer dem jahreszeitlichen Zyklus sind auch Veränderungen in der Unfallhäufigkeit festzustellen, die von der Tageszeit und der Art des Tages

abhängen. Die unterschiedliche Verkehrsdichte, die vom Geschäfts- und Berufsverkehr an den Werktagen und vom Erholungs- und Ausflugsverkehr an den Wochenenden bestimmt wird, und die an bestimmten Tagen im Sommer noch durch den Urlaubsreiseverkehr verstärkt wird, spielt hierbei eine entscheidende Rolle. 1967 wurden von der Polizei täglich durchschnittlich 78 Unfälle mit Personenschaden und mit Sachschaden von 1 000 DM und mehr bei einem der Beteiligten aufgenommen, 44 innerhalb und 34 außerhalb von Ortschaften. Dabei verunglückten 84 Menschen, 43 innerorts und 41 außerorts. Über dem Durchschnitt der Innerortsunfälle (44) liegen die Wochentage Montag (46), Freitag (51) und Samstag (49). Der einsetzende Wochenendverkehr, die Abgespanntheit nach der Arbeitswoche, erheblicher Alkoholkonsum nach Feierabend und der an Samstagen in den Städten herrschende rege Einkaufsverkehr haben dazu geführt, daß Freitag und Samstag zu den unfallreichsten Wochentagen zählen. Auch die Zahl der Verunglückten an diesen Tagen (48 bzw. 49) liegt weit über dem Mittel der innerhalb von Ortschaften täglich getöteten bzw. verletzten Personen (43). Dies liegt zum großen Teil auch daran, daß die Kraftfahrzeuge an Wochenenden meist stärker besetzt sind als an anderen Wochentagen. Der ausklingende Wochenendverkehr und eine gewisse Unkonzentriertheit nach dem langen arbeitsfreien Wochenende trägt auch dazu bei, daß der Montag innerorts ein überdurchschnittlich unfallreicher Tag ist (46 Unfälle). Die niedrigsten Unfallzahlen wurden dienstags und mittwochs (je 42) registriert.

Bei den Unfällen außerhalb von Ortschaften liegen die Sonn- und Feiertage, vor allem wegen des Ausflugsverkehrs, mit 41 Unfällen weit über dem Durchschnitt (34), gefolgt von Samstag (40) und Freitag (36), an denen ebenfalls schon reger Ausflugsverkehr herrscht. Die Unfallfolgen sind an Sonn- und Feiertagen recht schwer (60 Verunglückte gegenüber 41 im Tagesdurchschnitt), aber auch am Samstag liegt die Zahl der verunglückten Personen mit 49 weit über dem Mittel. Hierbei spielt wiederum die Besetzung der Fahrzeuge eine entscheidende Rolle. Die wenigsten Unfälle unter den Wochentagen außerorts passierten am Dienstag und Mittwoch (je 28).

Unter den 46 unfallreichsten Tagen mit 100 und mehr Straßenverkehrsunfällen - im folgenden „Unfalltage“ genannt - befanden sich 14 Freitage, 13 Samstage, 8 Sonn- und Feiertage und 5 Montage, während der Mittwoch nur dreimal, der Dienstag nur zweimal (einmal als Pfingstdienstag, also mit Charakter eines Montags) und der Donnerstag nur einmal erscheint. Damit wird das schon in den vorhergehenden Abschnitten dargelegte Ergebnis untermauert, daß die arbeitsfreien Wochenenden und die Feiertage zu den unfallträchtigsten Zeiträumen zählen, was vor allem auf die erhöhte Verkehrsdichte zurückgeführt werden kann. Bei der Untersuchung der Unfalltage ergibt sich jedoch, daß der Einfluß der Witterung auf das Unfallgeschehen nicht ganz ausgeschlossen werden kann. Besonders plötzliche Witterungsumschläge, die in den Sommermonaten in der Regel zu Gewittern und



im Winter zu Schneefall und Glatteisbildung auf den Straßen führen, wirken sich aus. Dies wird besonders im Juli deutlich, an dessen unfallreichsten Tagen Gewitter mit teilweise recht starken Regenfällen registriert wurden. Auch an den unfallreichsten Tagen des Dezember war die Witterung beteiligt, es gab Glatteis und Schneefall.

Der Juli ist der Monat mit den meisten Unfalltagen (9). Es folgen Mai, September, Oktober und Dezember mit je 7 Unfalltagen. Auf August entfielen 4, auf April und Juni je 2 und November 1; Januar, Februar und März fehlen in dieser Reihenfolge. Im Juli lagen die unfallreichsten Tage ausschließlich an Wochenenden, am Sonntag den 2. (106 Unfälle) und Montag den 3. (104), am Freitag den 7. (129) und Samstag den 8. (122), am Samstag den 15. (120), am Samstag den 22. (102) und Montag den 24. (112) sowie am Freitag den 28. (115) und Montag den 31. (115). Am 27. Juli begannen in Nordrhein-Westfalen die Sommerferien, so daß am letzten Juli-Wochenende starker Durchgangsverkehr in nord-südlicher Richtung herrschte. Die unfallreichsten Tage im Mai werden hauptsächlich durch die Feiertage bestimmt, so Montag der 1. (Maifeiertag mit 129 Unfällen), Freitag der 5. (105), das ist der Tag nach Christi Himmelfahrt; dann die Tage vor und nach dem Pfingstfest, Freitag der 12. (108), Samstag der 13. (141) und Dienstag der 16. (100), an denen der Reiseverkehr besonders intensiv ist. Weiter folgen Donnerstag der 25. (Fronleichnam mit 102 Unfällen) und Montag der 29. (110). Im September fielen die unfallreichsten Tage wiederum ausschließlich auf die Wochenende, auf

Samstag den 2. und Samstag den 3. (je 115 Unfälle), Freitag den 3. (104) und Sonntag den 10. (113), Freitag den 15. (119) sowie Freitag den 29. und Samstag den 30. mit 110 bzw. 103 Unfällen. Die unfallreichsten Tage des Oktober waren der 1. (106 Unfälle), Mittwoch der 4. (101), Sonntag der 8. (100), Freitag der 13. (108), Sonntag der 15. (122) und Montag der 16. (103) sowie Freitag der 27. (114).

Im Dezember bleiben die unfallreichsten Tage nicht auf die Wochenende beschränkt, was vor allem witterungsbedingt ist. Es sind Freitag und Samstag der 1. und 2. (119 bzw. 112 Unfälle), Mittwoch der 6. (108), Mittwoch der 13. (142), Samstag der 16. (126), Dienstag der 19. (122) und Donnerstag der 28. (108).

Dipl.-Volkswirt N. Hauelsen

Öffentliche Ausgaben für die Straßen im Jahre 1966 und seit 1951

Als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Kriege erhöhte sich die Verkehrsbelastung der Straßen außerordentlich. Während 1951 erst auf jeden zwanzigsten Einwohner in Rheinland-Pfalz ein Kraftfahrzeug entfiel, war 1967 bereits jeder vierte im Besitz eines Kraftfahrzeugs. Daneben erforderte der Zusammenschluß der EWG-Staaten und die damit entstandene zentrale Lage des Landes eine erhebliche Ausweitung des Straßenverkehrsnetzes im bisherigen Grenzgebiet. Ihrer Bedeutung in einer hochindustrialisierten Verkehrswirtschaft entsprechend, bilden die Ausgaben für das Straßenwesen einen Schwerpunkt in den öffentlichen Haushalten. Sie belasteten 1966 den Landeshaushalt mit rund 9% und waren an den gemeindlichen Bruttoausgaben mit 14% beteiligt. Von 1951 bis 1966 verausgabten die staatlichen und kommunalen Gebietskörperschaften für den Bau und die Unterhaltung von Straßen, Wegen und Brücken insgesamt über 5,8 Mrd. DM, das sind rund 7,4% der im Bundesgebiet (79,2 Mrd. DM) hierfür aufgebrauchten Mittel. Seit 1951 betrug die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate 15,6%. Den höchsten Betrag brachten mit mehr als 2,2 Mrd. DM die Gemeinden und Gemeindeverbände auf. Gut ein Drittel stellte der Bund und ein Viertel das Land zur Verfügung. Auf Landesstraßen entfielen 29%, auf Kreisstraßen 16% und auf sonstige Straßen, Wege und Brücken 55% der unmittelbaren Ausgaben.

Nettoausgaben von Bund, Land und Gemeinden (Gv.) für Straßen
1951 - 1966

Rechnungs- jahr	Ins- gesamt	Bund	Land ¹⁾	Gemeinden (Gv.)			
				zu- sam- men	kreis- angehörige Ge- meinden	kreis- freie Städte	Land- kreise
				Mill. DM			
1951	84	21	19	45	26	9	10
1952	121	29	32	60	35	13	12
1953	154	35	51	68	39	17	12
1954	160	33	43	84	41	26	18
1955	213	41	67	104	60	25	19
1956	253	62	81	110	61	30	19
1957	231	71	54	106	57	31	18
1958	277	105	57	116	60	36	20
1959	329	124	69	136	70	39	27
1960 ²⁾	286	101	67	118	66	32	20
1961	404	144	104	156	89	45	22
1962	512	202	137	173	103	49	21
1963	647	264	184	199	118	54	28
1964	707	289	181	238	139	67	32
1965	712	273	191	249	138	79	31
1966	739	257	216	266	149	85	33
Ins- gesamt	5 830	2 050	1 552	2 228	1 251	636	340

1) Einschl. Versorgungsbezüge. - 2) Rumpfrechnungsjahr.

1. Ausgabenentwicklung

Zur Beurteilung der Aufwendungen für die Straßen ist auch die unterschiedliche Preisentwicklung zu berücksichtigen. Der Preisindex für Straßenbauten (Basis 1962 = 100), der sich im Jahre 1958 auf rund 80 gestellt hatte, erreichte 1963 seinen Höchstwert (103,8) und verringerte sich bis 1967 auf 91,8.

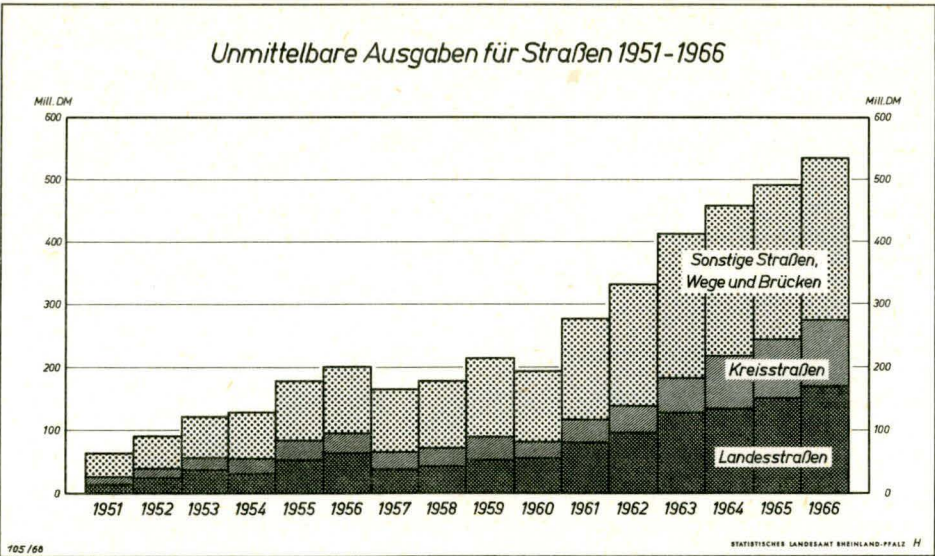
Seit 1951 sind die jährlichen Ausgaben der öffentlichen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz fast ständig angestiegen. Sie betrugen damals 84 Mill. DM, 1966 dagegen 739 Mill. DM oder knapp das Neunfache des Ausgangsbetrags. Eine Ausnahme von dieser kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung bildet das Rechnungsjahr 1957, in dem die Aufwendungen des Landes durch die Beendigung eines Um- und Ausbauprogramms für Landstraßen I. Ordnung sowie auf Grund der verstärkten Förderung anderer Verwaltungszweige um rund 27 Mill. DM niedriger waren als im Vorjahr.

Seit 1951 verlief die Belastung zwischen den Gebietskörperschaften unterschiedlich. Während die Gemeinden und Gemeindeverbände zunächst rund die Hälfte der Ausgaben für Straßen leisteten, nahm der Anteil von Bund und Land dann stärker zu. Dies zeigen deutlich die Zuwachsraten, die für Bund und Land bis 1966 je rund 1 100% betrugen, während sie für die kommunalen Gebietskörperschaften nur die Hälfte davon erreichten. Von 1962 bis 1965 überstiegen die Ausgaben des Bundes für Straßen die der Gemeinden um durchschnittlich 42 Mill. DM. Erst 1966 wandten die Gemeinden und Gemeindeverbände wieder einen höheren Betrag auf als der Bund, der jedoch 1967 mit einer Zunahme um 30% auf 333 Mill. DM erneut mehr ausgab. Der Wechsel ist auf das Auslaufen des zweiten Vierjahresplanes (1963 bis 1966) mit der Restabwicklung im Jahre 1966 und auf den planmäßigen Beginn des dritten Vierjahresplanes im Jahre 1967 zurückzuführen.

Eine finanzielle Erleichterung für die kommunalen Haushalte erfolgte durch mehrere gesetzliche Änderungen. Im Rahmen des Bundesfernstraßengesetzes vom 6. August 1961 (BGBl. I S. 1741) wurden die Aufwendungen zur Unterhaltung und zum Ausbau von Straßen, die laut Begründung zum Straßenbaufinanzierungsgesetz vom 28. März 1960 (BGBl. I S. 201) zwecks Entlastung der Länderhaushalte zugunsten der kommunalen Baulastträger zu Bundesstraßen aufgestuft wurden, vom Bund übernommen. Außerdem ist die Einwohnerzahl, die für die Übernahme der Baulast von Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen maßgeblich ist, von

bisher 9 000 auf 50 000 heraufgesetzt worden. Dieselbe Grenze wurde im Landesstraßengesetz von Rheinland-Pfalz vom 15. Februar 1963 (GVBl. S. 57) für Landes- und Kreisstraßen vorgeschrieben, die zuvor bei 6 000 Einwohnern lag. Daneben führte auch das Landesstraßengesetz im Rahmen einer Neuordnung des Straßenwesens zu zahlreichen Um- und Aufstufungen¹⁾. Auf Grund der gesetzlichen Änderungen erhöhte sich 1962 die Länge der Bundesstraßen im Vergleich zum Vorjahr um über 500 auf 2 900 km. Als Folge davon wandte der Bund über 40% mehr auf. 1964 wurden verkehrsreiche und für den überörtlichen Verkehr zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten bestimmte Gemeindeverbindungsstraßen zu Kreisstraßen aufgestuft, so daß sich deren Länge um 3 200 auf rund 7 400 km erhöhte, während die Gemeindestraßen in entsprechendem Umfang abnahm.

1) Vgl. hierzu: Das Straßennetz in Rheinland-Pfalz am 1. Januar 1966. Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 173, Bad Ems 1967, S. 15 f.



men. Aus diesem Grund stiegen die Ausgaben für Kreisstraßen 1964 im Vergleich zum Vorjahr mit einem Zuwachs um ein Drittel besonders kräftig an.

Von den seit 1951 von den Kommunen verausgabten Mitteln entfielen 1,3 Mrd. DM oder 56% auf die kreisangehörigen Gemeinden. Die Landkreise vereinigten 15% auf sich. Bei den kreisfreien Städten ist seitdem ein überdurchschnittlicher Anstieg von 830%, bei den Landkreisen eine Zunahme der Aufwendungen um 250% zu verzeichnen.

Unmittelbare Ausgaben und spezielle Deckungsmittel von Land und Gemeinden (Gv.) für Straßen nach Arten 1966

Art	Insgesamt			Land		Gemeinden (Gv.)							
	Mill. DM	Verän- derung zu 1965 in %	% der unmittel- baren Ausgaben	Mill. DM	Verän- derung zu 1965 in %	zusammen		kreisangeh. Gemeinden		kreisfreie Städte		Landkreise	
						Mill. DM	Verän- derung zu 1965 in %	Mill. DM	Verän- derung zu 1965 in %	Mill. DM	Verän- derung zu 1965 in %	Mill. DM	Verän- derung zu 1965 in %
Unmittelbare Ausgaben													
Verwaltungs- und Zweck- ausgaben	167, 2	10, 2	3, 1	89, 5	11, 6	77, 7	8, 7	38, 3	14, 3	27, 9	5, 3	11, 5	-
Personalausgaben	38, 6	12, 5	0, 7	14, 2	17, 4	24, 4	9, 9	11, 4	10, 7	10, 6	9, 3	2, 4	9, 1
Unterhaltung von unbe- weglichem Vermögen	76, 3	2, 0	1, 4	50, 4	5, 2	25, 9	- 3, 7	13, 6	6, 3	5, 8	- 22, 7	6, 5	- 1, 6
Zinsen	18, 2	29, 1	0, 3	-	-	18, 2	29, 1	9, 6	28, 0	7, 4	32, 1	1, 2	20, 0
Übrige	32, 7	18, 9	0, 6	24, 2	21, 6	8, 5	11, 8	3, 0	25, 0	4, 1	13, 9	1, 4	- 12, 5
Ausgaben der Vermögens- bewegung	377, 0	8, 2	7, 0	101, 6	13, 9	275, 4	6, 3	126, 6	6, 3	78, 7	14, 2	70, 1	- 1, 5
Bauten und große Instand- setzungen	331, 6	8, 8	6, 2	101, 3	16, 8	230, 3	5, 6	100, 1	3, 8	65, 6	16, 9	64, 6	- 1, 5
Erwerb v.Grundvermögen	7, 5	- 39, 0	0, 1	0, 0	.	7, 5	- 25, 7	3, 4	- 22, 7	2, 1	- 44, 8	2, 0	5, 3
Zuführung an Rücklagen und Kapitalvermögen	16, 9	14, 2	0, 3	-	-	16, 9	14, 2	8, 1	6, 6	7, 6	31, 0	1, 2	- 14, 3
Tilgung	19, 7	32, 2	0, 4	-	-	19, 7	32, 2	14, 4	44, 0	3, 0	15, 4	2, 3	-
Insgesamt	544, 2	8, 8	10, 1	191, 1	12, 8	353, 1	6, 8	164, 9	8, 1	106, 6	11, 7	81, 6	- 1, 4
Spezielle Deckungsmittel													
Verwaltungs- und Be- triebseinnahmen	61, 3	42, 6	1, 4	1, 3	44, 4	60, 0	42, 5	34, 7	36, 0	23, 0	58, 6	2, 3	9, 5
Gebühren, Entgelte, Beiträge	45, 0	37, 6	1, 0	0, 1	-	44, 9	37, 7	25, 2	36, 2	18, 0	42, 9	1, 7	13, 3
Einnahmen der Vermögens- bewegung	69, 3	- 15, 8	1, 6	1, 4	.	67, 9	- 17, 5	35, 1	- 19, 5	27, 8	- 8, 9	5, 0	- 39, 0
Schuldenaufnahmen aus Kreditmarktmitteln,													
Innere Darlehen	44, 8	- 31, 8	1, 0	-	-	44, 8	- 31, 8	23, 0	- 28, 4	19, 2	- 31, 5	2, 6	- 53, 6
Entnahmen aus Rücklagen	18, 7	48, 4	0, 4	-	-	18, 7	48, 4	8, 6	14, 7	8, 0	233, 3	2, 1	- 22, 2
Insgesamt	130, 6	4, 2	3, 0	2, 7	200, 0	127, 9	2, 8	69, 8	1, 0	50, 8	12, 9	7, 3	- 29, 1

Gebietskörperschaft Gemeindegrößenklasse	Bruttoausgaben				Spezielle Deckungsmittel und Zuweisungen von Gebietskörperschaften			
	ins- gesamt	Bau- investi- tionen	Unter- haltung und Instand- setzung	Anteil a.d. Bruttoaus- gaben des Gesamt- haushalts	ins- gesamt	Ge- bühren, Entgelte, Beiträge	Dar- lehens- auf- nahmen ¹⁾	Zuwei- sungen von Gebiets- körper- schaften
	DM je Einwohner		%		DM je Einwohner			
Kreisfreie Städte mit ... Einwohnern	120,94	73,99	6,59	11,6	83,00	20,34	21,65	25,39
100 000 und mehr	158,58	104,66	6,60	13,6	105,77	20,77	24,32	37,29
50 000 bis unter 100 000	86,89	41,79	6,38	9,7	62,59	15,80	17,74	16,57
unter 50 000	85,03	52,09	6,90	8,7	60,95	26,80	21,58	10,82
Kreisangehörige Gemeinden, Ämter und Landkreise	95,51	60,62	7,38	15,7	56,90	9,90	9,89	28,14
Kreisangeh. Gemeinden und Ämter mit ... Einwohnern	60,81	36,85	4,99	14,2	31,67	9,29	8,59	5,90
20 000 und mehr	79,19	30,65	6,72	9,8	36,80	14,79	12,80	1,67
10 000 bis unter 20 000	63,08	37,94	6,94	12,1	42,64	16,58	7,02	14,92
5 000 " " 10 000	74,77	43,19	5,24	15,5	42,57	16,02	12,11	4,31
3 000 " " 5 000	62,72	42,42	3,76	13,2	33,24	16,18	7,93	3,14
2 000 " " 3 000	54,10	35,74	3,83	14,9	30,15	11,41	8,30	3,18
1 000 " " 2 000	54,55	34,62	4,01	16,1	26,28	7,02	7,57	4,28
unter 1 000	54,67	34,17	5,61	17,3	26,22	2,06	7,39	8,47
Landkreise	34,70	23,76	2,39	19,2	25,23	0,60	1,30	22,24
Ämter	0,82	0,01	0,01	1,5	0,28	0,01	-	0,09
Insgesamt	101,77	63,91	7,18	14,1	63,32	12,47	12,78	27,47

1) Einschl. Darlehen von Gebietskörperschaften.

2. Ausgaben nach Gebietskörperschaften

a. **Land**: Im Jahre 1966 sind die unmittelbaren Ausgaben des Landes für Straßen um 130% auf 191 Mill. DM überdurchschnittlich angestiegen. Damit erreichten sie gut ein Drittel des Gesamtaufwandes der rheinland-pfälzischen Gebietskörperschaften. Das Schwergewicht lag auf den Ausgaben für Bauten und große Instandsetzungen (101 Mill. DM), die einen Anstieg von 170% verzeichneten. Von den Verwaltungs- und Zweckausgaben, deren Anteil 47% der unmittelbaren Ausgaben betrug, waren 50 Mill. DM oder mehr als die Hälfte zur Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens eingesetzt. Am stärksten haben sich die Personalausgaben ausgeweitet, wofür vor allem lineare und strukturelle Gehaltserhöhungen, insbesondere bei den Angestelltenvergütungen, verantwortlich sind. Ihr Anteil an den Verwaltungs- und Zweckausgaben belief sich auf 16%.

b. **Kreisangehörige Gemeinden**: Auf die kreisangehörigen Gemeinden entfielen im Jahre 1966 rund 44% der Ausgaben für Straßen aller kommunalen Gebietskörperschaften. Sie sind mit einer Rate von + 8% überdurchschnittlich angewachsen. Über 100 Mill. DM oder drei Fünftel der unmittelbaren Ausgaben wurden für den Bau und für große Instandsetzungsarbeiten benötigt; das sind 4% mehr als 1965. Durch die starke Verschuldung im Jahre 1965 - damals erhöhte sich der Darlehensbetrag um 24% - nahmen die Tilgungsbeträge um fast die Hälfte auf 14 Mill. DM zu. Auch die Verwaltungs- und Zweckausgaben wiesen eine beträchtliche Steigerung um 14% auf 38 Mill. DM auf, was überwiegend auf wachsende Zinszahlungen und Personalausgaben zurückzuführen ist.

Pro Kopf der Bevölkerung wandten die kreisangehörigen Gemeinden und Ämter 61 DM für das Straßenwesen auf. Das entspricht 60% des Betrages, den die kommunalen Gebietskörperschaften in

Rheinland-Pfalz diesem Aufgabengebiet zuführten. Mit 37 DM je Einwohner wurde der größte Teilbetrag für Bauinvestitionen verwendet, während auf Unterhaltungsausgaben lediglich 8% entfielen. Die Belastung der Bruttoausgaben durch Aufwendungen für Straßen wächst mit abnehmender Bevölkerungszahl und erreicht in den Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern mit über 170% den höchsten Wert. Die kreisangehörigen Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern stellten insgesamt die höchsten Bruttoausgaben (79 DM je Einwohner) zur Verfügung, führten jedoch im Vergleich zu den anderen Gemeinden dem Straßenbau relativ die geringsten Mittel zu (31 DM).

Infolge der Wirtschaftsförderungsmaßnahmen in den Grenzgebieten des Landes gaben die Gemeinden im Regierungsbezirk Trier 1966 mit 78 DM je Einwohner fast ein Drittel mehr als im Landesdurchschnitt aus. Die Mittel kamen vor allem dem Straßenbau zugute (47 DM), für den, verglichen mit den anderen Bezirken des Landes, ebenfalls am meisten bereitgestellt wurde. Wegen der geringen Steuerkraft der dortigen Gemeinden mußten ihnen jedoch beträchtliche Fremdmittel zugeführt werden. Deshalb überstiegen die Zuweisungen von Gebietskörperschaften (15 DM je Einwohner) den durchschnittlichen Betrag um 150% erheblich. Sie finanzierten damit die Aufwendungen für Straßen zu knapp einem Fünftel.

Im Jahre 1967 steigerten die kreisangehörigen Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern trotz der ungünstigen Konjunkturlage ihre Bruttoausgaben für Straßen noch um ein Zehntel auf 23 Mill. DM. Dabei erfuhren die Investitionen eine starke Zunahme um über ein Fünftel. In den Haushaltsansätzen 1968 sind weitere Erhöhungen der Investitionsausgaben, nämlich um insgesamt 9%, für den Straßenbau sogar um 12%, vorgesehen.

c. **Kreisfreie Städte**: Von den kreisfreien Städten wurden 107 Mill. DM, das sind 120% mehr

Durchschnittliche jährliche Bruttoausgaben, spezielle Deckungsmittel und Zuweisungen von Gebietskörperschaften für Straßen der kreisfreien Städte 1964 - 1966

Kreisfreie Stadt	Bruttoausgaben				Spezielle Deckungsmittel und Zuweisungen von Gebietskörperschaften							
	insgesamt		Bauinvestitionen		insgesamt		Gebühren, Entgelte, Beiträge		Darlehens- aufnahmen 1)		Zuweisungen von Gebiets- körperschaften	
	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.
Koblenz	11,9	116,38	5,7	55,41	7,6	74,43	2,6	25,51	1,0	10,26	2,1	21,05
Trier	9,2	107,23	2,9	33,94	7,3	85,18	2,5	29,63	1,3	15,65	2,1	24,35
Mainz	23,1	161,29	14,3	99,51	16,3	113,57	1,7	11,75	6,6	45,89	5,8	40,18
Worms	4,7	73,50	2,2	33,78	3,2	50,72	0,6	9,31	1,5	24,05	0,7	11,74
Frankenthal (Pfalz)	2,8	77,27	1,8	47,67	1,8	47,99	0,6	17,44	0,4	11,02	0,4	10,00
Kaiserslautern	6,2	71,10	3,4	39,72	3,5	40,29	1,0	11,83	0,8	8,70	0,9	10,79
Landau i. d. Pfalz	2,8	91,74	2,1	66,70	2,2	71,24	0,8	25,54	1,1	37,02	0,2	6,78
Ludwigshafen a. Rhein	21,9	124,05	17,6	99,41	8,7	49,02	1,6	9,20	2,6	14,57	4,0	22,73
Neustadt a. d. Weinstr.	1,6	51,44	1,1	33,24	0,8	26,35	0,5	17,73	-	-	0,2	6,71
Pirmasens	3,8	72,98	1,6	31,24	1,6	30,79	0,4	6,53	0,8	15,12	0,3	5,50
Speyer	2,9	70,09	1,6	38,45	2,1	51,43	0,7	16,14	0,9	22,50	0,4	8,80
Zweibrücken	3,7	110,61	2,1	61,49	3,4	101,47	1,3	37,64	1,7	51,60	0,4	10,99
I n s g e s a m t	94,5	107,15	56,0	63,48	58,5	66,24	14,3	16,24	18,8	21,32	17,5	19,82

1) Einschl. Darlehen von Gebietskörperschaften.

als 1965, für Straßen ausgegeben. Dadurch stieg ihr Anteil an den kommunalen Aufwendungen für Straßen auf 30%. Eine hohe Zunahme (+ 17%) verzeichneten die Bauausgaben, die sich mit 66 Mill. DM auf gut vier Fünftel der Ausgaben der Vermögensbewegung beliefen. Rund 28 Mill. DM wurden für Verwaltungs- und Zweckausgaben in Rechnung gestellt.

1966 führten die kreisfreien Städte je Kopf der Bevölkerung 121 DM den Straßen zu. Sie lagen damit um mehr als ein Viertel über dem Durchschnittswert der kreisangehörigen Gemeinden und Gemeindeverbände. Die größte Bedeutung erlangten die Ausgaben in den drei Großstädten des Landes, die je Einwohner 159 DM aufwendeten. Dementsprechend ist die Belastung des Gesamthaushalts in Höhe von 14% gleich hoch wie die der Haushalte der kreisangehörigen Gemeinden. Für die übrigen kreisfreien Städte beträgt sie dagegen weniger als ein Zehntel. Die beträchtlichen Aufwendungen der Großstädte entstehen durch die Verkehrsdichte dieser Ballungsräume, die sowohl qualitativ als auch quantitativ hohe Anforderungen an das Straßennetz stellt. Infolgedessen überstiegen die Investitionen mit 105 DM je Einwohner die durchschnittlichen Bauausgaben aller kommunalen Gebietskörperschaften um fast zwei Drittel, während zur Unterhaltung nur unterdurchschnittliche Beträge benötigt werden. Das Gewicht der „Straßen, Wege und Brücken“ in den kommunalen Haushaltsplänen hängt dabei wesentlich von der Durchführung größerer Bauvorhaben ab, womit der Haushalt regelmäßig über mehrere Jahre hinweg belastet wird.

Unter den kreisfreien Städten hat Mainz im Durchschnitt der Jahre 1964 bis 1966 die höchsten Ausgaben getätigt. Von den Bruttoausgaben der kreisfreien Städte entfallen 23 Mill. DM oder rund ein Viertel auf diese Stadt. Je Einwohner erforderte damit die Verbesserung der Verkehrssituation über 160 DM. Das Schwergewicht innerhalb der städtischen Investitionen drückt die Priorität dieser Aufwendungen für die Landeshauptstadt aus. Ihr Anteil beträgt zum Beispiel 40% der Ausgaben des außerordentlichen Haushalts. Es handelt sich hierbei vor allem um drei Großprojekte, die über einen

längeren Zeitraum das Volumen beeinflussen, unter anderem die Erstellung einer Stadtkern-Tangente. Zugleich sind die hohen Aufwendungen für das Straßenwesen ein entscheidender Grund für die Stellung, die Mainz hinsichtlich der Verschuldungsquote einnimmt.

Der Ausbau der innerstädtischen Verkehrsanlagen, vor allem im Zusammenhang mit der Bahnhofsverlegung, und die Errichtung sowie Erweiterung eines Hochstraßensystems erfordern in Ludwigshafen umfangreiche Mittel, die im Dreijahresdurchschnitt 1964/66 mit 124 DM je Einwohner veranschlagt sind. Dieses Ergebnis wird insbesondere durch das Jahr 1966 bestimmt, in dem mit 177 DM je Einwohner wesentlich mehr als in den beiden Vorjahren zur Verfügung gestellt wurden. Rund sechs Zehntel davon beanspruchen die vorgenannten Maßnahmen.

Einen beachtlich hohen Pro-Kopf-Betrag weist ferner die Stadt Zweibrücken auf (111 DM). Sie liegt damit hinter Koblenz an vierter Stelle unter den kreisfreien Städten. Hier schlagen überwiegend der Neu- und Ausbau von Straßen in neuen Wohngebieten sowie der Brückenbau zu Buche. Als Folge der beträchtlichen Ausgaben für Straßen erreichte die Stadt einen hohen Schuldenstand, wobei sie abwechselnd mit Mainz den ersten Platz unter den Städten des Landes belegt.

Im Jahre 1967 weiteten die kreisfreien Städte nach einem vorläufigen Rechnungsergebnis die Ausgaben nurmehr um 4% aus, während die vorherigen Steigerungsraten 11 bzw. 18% betrugen. Daraus ist der infolge des rezessiven Konjunkturverlaufs enger gewordene finanzielle Spielraum ersichtlich. Eine wesentliche Ausdehnung zeigen erst wieder die Haushaltspläne für 1968, in denen 171 Mill. DM oder über die Hälfte mehr als im Vorjahr für Straßen veranschlagt sind. Noch höher ist nach der Haushaltsansatzstatistik die Zuwachsrate der Bauinvestitionen, die, durch das vor allem der Förderung kommunaler Straßenbauvorhaben dienende zweite Konjunkturprogramm der Bundesregierung beeinflusst, eine Steigerung um 71% erfahren.

Durchschnittliche jährliche Bruttoausgaben, spezielle Deckungsmittel und Zuweisungen von Gebietskörperschaften für Straßen der Landkreise 1964 - 1966

Landkreis	Bruttoausgaben				Spezielle Deckungsmittel und Zuweisungen von Gebietskörperschaften							
	insgesamt		Bauinvestitionen		insgesamt		Gebühren, Entgelte, Beiträge		Darlehens-aufnahmen 1)		Zuweisungen von Gebiets-körperschaften	
	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.
Ahrweiler	2,3	25,42	1,6	18,08	1,8	19,88	0,0	0,53	0,0	0,44	1,3	14,31
Altenkirchen (Ww.)	5,6	47,75	4,2	35,86	4,6	39,07	0,0	0,00	0,9	7,91	3,6	30,55
Birkenfeld	2,3	24,36	1,4	15,17	1,6	17,22	0,0	0,00	0,0	0,11	1,6	16,98
Cochern	2,8	58,39	1,9	40,52	2,1	45,38	0,2	3,18	0,0	0,66	1,4	30,14
Koblenz	2,0	24,06	1,4	16,38	1,2	14,25	0,0	0,17	0,6	7,01	0,6	7,03
Kreuznach	5,6	42,11	4,4	33,21	3,8	28,79	0,0	0,07	0,2	1,26	3,6	27,17
Mayen	3,2	25,43	2,0	15,85	2,0	15,44	0,0	0,08	0,3	2,10	1,6	12,60
Neuwied	4,5	31,93	2,5	17,19	2,3	16,11	0,0	0,00	0,4	3,01	1,9	13,07
Sankt Goar	2,6	48,72	2,0	37,77	2,2	41,01	0,0	0,00	0,5	9,67	1,6	31,12
Simmern	3,7	87,75	2,8	66,05	2,4	57,37	0,0	1,15	0,0	0,35	2,2	52,44
Zell (Mosel)	1,5	42,97	1,3	36,22	1,3	36,53	0,0	0,00	0,0	1,20	0,7	20,82
Reg. Bez. Koblenz	36,0	37,41	25,4	26,39	25,2	26,20	0,3	0,29	3,0	3,13	20,0	20,86
Bernkastel	2,5	45,28	1,5	27,41	2,8	49,58	0,1	2,22	0,0	0,33	2,6	46,27
Bitburg	4,6	80,62	3,1	55,11	4,5	79,29	0,3	4,68	0,1	0,71	4,0	71,90
Daun	3,0	71,09	1,9	46,63	3,1	75,95	0,2	5,82	0,1	2,48	2,8	67,58
Prüm	4,4	113,91	3,4	88,38	4,5	116,17	0,1	1,73	0,0	0,17	4,4	113,25
Saarburg	3,4	74,55	2,2	48,45	2,4	51,54	0,2	4,39	0,4	8,50	1,6	35,90
Trier	4,0	43,00	2,5	27,23	3,0	32,33	0,2	2,53	0,1	0,70	2,7	28,91
Wittlich	2,7	49,91	1,8	33,27	2,4	44,35	0,1	1,71	0,1	0,96	2,2	41,14
Reg. Bez. Trier	24,6	63,73	16,6	42,97	22,7	58,82	1,2	3,19	0,7	1,74	20,4	52,93
Oberwesterwaldkreis	4,1	56,34	2,5	35,07	3,4	47,15	0,1	1,64	0,1	0,71	3,1	44,23
Loreleykreis	1,3	22,43	0,9	14,88	0,9	16,00	0,0	0,00	-	-	0,9	15,96
Unterlahnkreis	1,5	24,90	1,0	17,27	1,4	23,00	0,0	0,00	-	-	1,4	22,97
Unterwesterwaldkreis	2,9	36,35	2,2	27,20	2,1	26,09	0,0	0,06	0,1	1,54	1,8	22,97
Reg. Bez. Montabaur	9,7	36,13	6,5	24,43	7,7	28,61	0,1	0,45	0,2	0,65	7,3	27,12
Alzey	1,0	16,20	0,6	9,88	0,8	12,84	0,0	0,00	-	-	0,8	12,83
Bingen	0,5	6,94	0,3	4,21	0,2	2,91	0,0	0,00	-	-	0,2	2,89
Mainz	0,9	11,36	0,7	8,57	0,4	5,57	0,0	0,00	-	-	0,4	4,85
Worms	0,6	11,58	0,3	6,51	0,5	10,76	0,0	0,00	-	-	0,5	9,79
Reg. Bez. Rheinhessen	3,0	11,29	1,9	7,25	2,0	7,51	0,0	0,00	-	-	1,9	7,12
Bergzabern	1,1	22,60	0,8	16,48	0,7	15,07	0,0	0,00	0,1	1,52	0,6	11,57
Frankenthal (Pfalz)	0,7	11,98	0,4	6,50	0,4	6,86	0,0	0,00	-	-	0,4	6,83
Germersheim	0,8	10,00	0,7	7,80	0,6	6,67	0,0	0,00	0,1	0,78	0,5	5,83
Kaiserslautern	2,5	23,96	1,8	17,60	1,3	12,27	0,0	0,00	0,0	0,36	1,2	11,72
Kirchheimbolanden	1,0	26,89	0,7	18,61	0,9	26,04	0,0	0,11	-	-	0,9	24,62
Kusel	2,5	33,88	1,7	22,91	1,7	22,79	0,0	0,00	0,1	1,58	1,4	18,53
Landau i. d. Pfalz	2,0	33,14	1,5	24,97	1,3	20,79	0,0	0,03	-	-	0,8	12,39
Ludwigshafen a. Rhein	0,5	10,88	0,4	8,46	0,2	4,46	0,0	0,00	0,0	0,37	0,2	4,08
Neustadt a. d. Weinstr.	1,2	12,63	0,6	6,16	0,5	4,71	0,0	0,31	-	-	0,4	4,16
Pirmasens	2,5	30,05	1,7	20,93	1,2	14,94	0,0	0,00	0,1	0,74	1,0	12,44
Rockenhausen	1,7	42,14	0,9	22,56	1,1	26,73	0,0	0,00	0,1	1,24	1,1	24,76
Speyer	0,8	21,98	0,6	16,40	0,4	11,45	0,0	0,00	0,0	0,89	0,3	8,19
Zweibrücken	1,5	47,64	1,1	34,88	1,0	33,21	0,0	0,00	-	-	0,9	29,31
Reg. Bez. Pfalz	18,9	23,47	12,9	16,04	11,3	14,09	0,0	0,05	0,5	0,57	9,6	11,87
Insgesamt	92,1	34,30	63,4	23,58	68,9	25,67	1,6	0,61	4,3	1,61	59,2	22,04

1) Einschl. Darlehen von Gebietskörperschaften.

d. Landkreise: Die Landkreisverwaltungen gaben 1966 rund 82 Mill. DM für Straßen aus. Das entspricht knapp einem Viertel der kommunalen Ausgaben. Im Gegensatz zu den anderen Gebietskörperschaften ergibt sich damit ein leichter absoluter Rückgang des Volumens, obgleich die Nettoausgaben der Landkreise, die die tatsächliche Belastung durch das Straßenwesen ausdrücken, noch leicht um 1,7 Mill. DM angestiegen sind. Zum einen macht sich hierin die seit 1965 eingeführte gemeinschaftliche Verrechnung der Straßenunterhaltungskosten von klassifizierten Straßen bemerkbar, die 1966 die Nettoausgaben um rund 2 Mill. DM gegenüber 1965 erhöhten und in den unmittelbaren Aus-

gaben nicht enthalten sind. Andererseits haben steigende Kosten für die verschiedenen Aufgabengebiete bei nicht entsprechendem Einnahmenwachstum die Landkreise gezwungen, die Straßenbaumittel zu kürzen. Demzufolge wiesen die Bauinvestitionen einen Rückgang von 1 Mill. DM auf.

Je Einwohner entstanden den Landkreisen Aufwendungen in Höhe von 35 DM. Das entspricht einem Drittel des Durchschnittswertes aller Gemeinden und Gemeindeverbände. Mehr als zwei Drittel dieses Betrages werden für Investitionen zur Verfügung gestellt. Der Anteil des Aufgabenbereichs Straßenwesen an den gesamten Bruttoausgaben

der Landkreishaushalte beträgt 19%, die damit im Vergleich zu den anderen kommunalen Haushalten am stärksten durch Ausgaben für Straßen in Anspruch genommen sind. Allerdings besagt das nichts über die tatsächliche Belastung, da auf der Einnahmenseite erhebliche Zuweisungen von anderen Gebietskörperschaften gegenüberstehen.

Im Regierungsbezirk Trier entfallen durchschnittlich 331 km Kreisstraßen auf jeden Landkreis. Infolge dieses in Rheinland-Pfalz höchsten Mittelwertes und wegen der geringen Bevölkerungsdichte weisen die Kreise dort im Dreijahresdurchschnitt 64 DM je Einwohner oder fast 90% mehr als der Landesdurchschnitt auf. Außerdem hat sich das Landesstraßengesetz vom 15. Februar 1963 hier besonders stark ausgewirkt, da die Kreise eine große Anzahl von teilweise schlecht ausgebauten Gemeindeverbindungsstraßen übernehmen mußten, für die in den folgenden Jahren erhebliche Mittel, vor allem für Bauinvestitionen, bereitzustellen waren. Ein typisches Beispiel ist der Kreis Prüm, der 114 DM verausgabte, darunter fast vier Fünftel für Bauinvestitionen. Allerdings standen spezielle Einnahmen in gleicher Höhe zur Verfügung.

Ähnliche Auswirkungen ergaben sich im Kreis Simmern, in dem wegen der Übernahme ein Vierjahresprogramm für den Straßenbau beschlossen wurde, das den Schwerpunkt im Haushaltsplan bildete. Mit 66 DM je Einwohner überstiegen die Bauausgaben den durchschnittlichen Landeswert um nahezu das Zweifache. Absolut und relativ am geringsten sind die Ausgaben im Bezirk Rheinhessen, wo wegen der niedrigen Kreisstraßendichte und des relativ guten Straßenzustandes keine beträchtlichen Mittel benötigt werden.

Im Jahre 1967 haben die Landkreise 89 Mill. DM oder 6% weniger als im Vorjahr brutto ausgegeben. In noch stärkerem Maße (— 10%) sind die Bauinvestitionen gesunken, wobei die konjunkturell bedingte wesentliche Einengung des finanziellen Spielraums Hauptgrund für diesen Rückgang war. Durch die Maßnahmen zur Konjunkturförderung wurden Anreize zu höheren Ausgaben, insbesondere auch auf dem konjunkturpolitisch bedeutsamen Gebiet des Straßenwesens, geschaffen, die sich in den Haushaltsplänen 1968 mit einer Steigerung um 11% niederschlugen. Einen geringeren Anstieg von 8% verzeichnen dagegen die Investitionen.

3. Finanzierung

a. Land: Dem Landeshaushalt fließen zur Durchführung der Aufgaben im Straßenwesen nur geringe spezielle Deckungsmittel in Höhe von 2,7 Mill. DM zu. Ein größeres Gewicht besitzen dagegen die Zuweisungen von anderen Gebietskörperschaften, die 1966 rund 48 Mill. DM oder 13 DM je Einwohner betragen. Drei Viertel dieses Betrages wurden vom Bund, der Rest von den Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Verfügung gestellt. Insgesamt waren damit gut ein Viertel der Aufwendungen finanziert. Der darüber hinaus notwendige Betrag mußte aus allgemeinen Deckungsmitteln entnommen werden.

Bruttoausgaben der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sowie der Landkreise 1967 und 1968

Gebietskörperschaft	1967 ¹⁾			1968 ²⁾	
	insgesamt	Bauinvestitionen	Unterhaltung und Instandsetzung	insgesamt	Bauinvestitionen
	Mill. DM				
Kreisfreie Städte	111,9	67,9	5,8	170,9	116,1
Kreisangehörige Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern	23,1	12,7	1,9	25,2	14,6
Landkreise	88,6	58,1	5,6	98,9	62,6
Insgesamt	223,6	138,6	13,3	295,0	193,3

1) Vorläufiges Rechnungsergebnis. - 2) Ergebnis der Haushaltsansatzstatistik.

b. Gemeinden und Gemeindeverbände: Rund die Hälfte der kommunalen Bruttoausgaben der kreisangehörigen Gemeinden wird aus speziellen Deckungsmitteln und Zuweisungen von Gebietskörperschaften aufgebracht. Mit 25 Mill. DM bildeten 1966 die Gebühren und Beiträge, die gegenüber 1965 um 36% angestiegen sind, einen Einnahmenschwerpunkt. Erhebliche Einbußen wiesen dagegen die Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt auf, die infolge der ungünstigen Kapitalmarktbedingungen um 28% zurückgingen. Weitere zweckbestimmte Beträge in Höhe von 20 Mill. DM wurden den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen des allgemeinen Finanzausgleichs als besondere Straßenzuschüsse gewährt. Diese gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Fünftel angestiegenen Mittel, die 30% des aus dem Kraftfahrzeugsteueraufkommen abgeleiteten Gesamtbetrages für die kommunalen Straßen umfassen, werden auf Antrag für dem überörtlichen Verkehrsnetz dienende Maßnahmen an leistungsschwache Baulastträger verteilt.

Den Stadt- und Landkreisen fließen darüber hinaus noch allgemeine Straßenzuweisungen des Landes zu, die 70% des zweckbestimmten Kraftfahrzeugsteueraufkommens ausmachen und auf Grund von Straßenmeßzahlen vergeben werden. Die Kreise nahmen 1966 aus dieser Finanzierungsquelle 50 Mill. DM oder 5% mehr als im Vorjahr ein. Die Zuweisungen von Gebietskörperschaften, die unter anderem noch die Bedarfszuweisungen und allgemeinen Finanzzuweisungen enthalten, betragen bei den kreisfreien Städten 31% der speziellen Einnahmen. Den höchsten Wert weisen die Großstädte auf (37 DM je Einwohner), die infolge ihrer großen Belastung durch den Straßenbau besonderer Unterstützung bedürfen. Insgesamt flossen den kreisfreien Städten 83 DM je Einwohner an speziellen Einnahmen zu; das sind gut zwei Drittel der Bruttoausgaben für Straßen.

Das Schwergewicht der Landkreiseinnahmen liegt mangels eigener spezieller Deckungsmittel auf den Zuweisungen von Gebietskörperschaften, die je Einwohner 22 DM betragen. Mit diesen Einnahmen, die ungefähr die Höhe der Aufwendungen für Investitionen erreichen, können knapp zwei Drittel der Bruttoausgaben finanziert werden.

Dipl.-Volkswirt D. Lenz

Baulandverkäufe und Baulandpreise im Jahre 1967

Seit der Aufhebung der Preisbindung für unbebaute Grundstücke ab 29. Oktober 1960 durch das Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) findet die Entwicklung auf dem Baulandmarkt von Zeit zu Zeit das besondere Interesse der Öffentlichkeit, ausgelöst durch neue gesetzliche Regelungen, Gesetzesvorbereitungen oder auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Lage. Anlaß zu solcher Aktualität sind gegenwärtig die Bemühungen einer Gutachterkommission des Bundesministeriums für Wohnungswesen und Städtebau, die bodenrechtlichen und bodenpolitischen Regelungen in dem bereits seit 1965 vorliegenden Entwurf eines Städtebauförderungsgesetzes so zu verbessern, daß im Städte- und Wohnungsbau der Zukunft unnötige Steigerungen der Baulandpreise, vor allem ausgesprochene Spekulationen, möglichst vermieden werden.¹⁾ Auch gewinnen die folgenden Ausführungen zusätzlich an Interesse, weil sie sich zum ersten Mal mit der Entwicklung des Baulandmarktes in einer Zeit nachlassenden Wirtschaftswachstums beschäftigen. Soweit die statistischen Ergebnisse es erlauben, soll versucht werden, ein Urteil über die Konjunkturanfälligkeit der Baulandumsätze und -preise zu erhalten.

Obwohl es sich bei der Statistik der Baulandpreise in den vorgegebenen Grenzen um eine Totalerhebung handelt - erfaßt werden alle Verkäufe von unbebauten Grundstücken im Baugebiet einer Gemeinde mit einem Kaufwert von mehr als 200 DM -, ist eine vergleichende Auswertung von Durchschnittspreisen nur unter Vorbehalten möglich. Es liegt in der Eigenart des Wirtschaftsgutes Bauland begründet, daß diese Erhebung mehr den Charakter einer Statistik des Grundeigentumswechsels als den einer echten Preisstatistik hat. Jeder Kauf eines Baulandgrundstückes erfordert einen erheblichen Kapitalaufwand. Schon dieser Umstand erklärt, daß die Zahl der Baulandkäufe nicht so groß sein kann wie die Anzahl der Käufe vieler Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Daraus ergeben sich zwangsläufig Grenzen für die sachliche, räumliche sowie zeitliche Untergliederung des Baulandmarktes. Da andererseits jedoch wegen der heterogenen Zusammensetzung des Wirtschaftsgutes Bauland auf eine Klassifizierung nach sachlichen und räumlichen Merkmalen nicht verzichtet werden kann, besteht vor allem bei schwach besetzten Klassen die Gefahr, daß Sonder- und Zufallseinflüsse die Durchschnittswerte verzerren. Solche Einflüsse, die sich statistisch nicht einfangen lassen, sind spezielle Vor- oder Nachteile der Lage, Notverkäufe, Zahlung von Liebhaberpreisen und andere mehr. Zeitliche und räumliche Vergleiche von Durchschnittswerten sind daher nur möglich, wenn eine genügend große Anzahl von Fällen vorliegt und wenn die Überprüfung des Materials ergeben hat, daß die Ergebnisse nicht wesentlich von Sonder- oder Zufallseinflüssen bestimmt sind. Aus

diesen Gründen befassen sich die folgenden Analysen vorwiegend mit zwei Grundstücksarten, nämlich mit dem baureifen Land und dem Rohbauland. Sie stellen mit rund 90% der Fälle und mit 83% der Fläche den überragenden Anteil der Baulandumsätze und gewährleisten daher in der Regel eine genügend große Anzahl von Fällen für die Auswertung.

1. Umsatzrückgänge unter dem Einfluß der gesamtwirtschaftlichen Rezession

Im Rückblick auf die letzten Jahre ist seit dem 2. Halbjahr 1966 ein deutlicher Umsatzeinbruch am Baulandmarkt zu erkennen, der sich in seinem Ausmaß nicht ohne den Einfluß der gesamtwirtschaftlichen Rezession erklären läßt. Die gelegentlich zu hörende Meinung, dieser Markt sei von der Konjunktur unabhängig - mit der Begründung, Kapitalanlagen in Baugrundstücken erwiesen sich wegen stetiger Bodenpreissteigerungen als wertbeständig und rentierbar und die Nachfrage nach Bauland sei daher relativ unelastisch -, werden weitgehend von den Ergebnissen dieser Statistik widerlegt.

Der hohe Kapitalmarktzins im Jahre 1966 als Folge der restriktiven Maßnahmen der Bundesbank, eine allgemeine Anspannung an den Geld- und Kapitalmärkten der Bundesrepublik, welche im 2. Halbjahr 1966 ihren Höhepunkt erreichte, sowie überforderte öffentliche Haushalte hatten die

Baulandverkäufe und -preise nach Baulandarten 1962 - 1966

Jahr	Ins- gesamt	Verän- derung in % 1)	Bau- reifes Land	Roh- bau- land	Indu- strie- land	Land für Ver- kehrs- zwecke	Frei- flächen
Kauffälle							
1962	12 787	.	7 474	4 297	395	509	112
1963	11 548	- 9,7	5 950	4 265	398	847	88
1964	12 702	10,0	6 927	4 628	400	635	112
1965	12 480	- 1,7	8 115	3 244	452	532	137
1966	11 555	- 7,4	8 208	2 452	328	438	129
1967	9 600	- 16,9	7 207	1 479	230	559	125
1966 1. Hj.	6 625	.	4 649	1 500	198	208	70
1966 2. Hj.	4 930	- 25,6	3 559	952	130	230	59
1967 1. Hj.	4 673	- 5,2	3 527	787	118	193	48
1967 2. Hj.	4 927	5,4	3 680	692	112	366	77
Fläche (1 000 qm)							
1962	15 706	.	6 273	6 475	2 201	597	160
1963	13 298	- 15,3	5 114	5 955	1 103	942	184
1964	14 672	10,3	5 583	6 209	1 744	946	190
1965	15 411	5,0	7 131	5 695	2 012	367	206
1966	13 954	- 9,5	7 217	4 591	1 407	474	265
1967	10 215	- 26,8	5 772	2 700	849	708	186
1966 1. Hj.	8 293	.	4 339	2 514	1 024	223	193
1966 2. Hj.	5 661	- 31,7	2 878	2 077	383	251	72
1967 1. Hj.	4 867	- 14,0	2 867	1 447	333	151	69
1967 2. Hj.	5 348	9,9	2 905	1 253	516	557	117
Preis je qm (DM)							
1962	8,43	.	10,77	7,51	5,02	6,79	5,96
1963	9,69	14,9	12,15	8,65	7,92	6,34	3,61
1964	10,92	12,7	14,01	10,58	6,30	4,55	5,41
1965	12,48	14,3	15,66	11,21	6,10	9,15	5,58
1966	13,45	7,8	16,01	12,19	7,76	7,91	5,58
1967	14,06	4,5	17,87	9,64	11,03	5,95	4,66
1966 1. Hj.	13,25	.	16,04	12,25	6,83	6,66	5,33
1966 2. Hj.	13,74	3,7	15,96	12,13	10,26	9,01	6,27
1967 1. Hj.	14,54	5,8	17,99	9,08	13,77	7,43	5,31
1967 2. Hj.	13,61	- 6,4	17,74	10,28	9,27	5,54	4,28

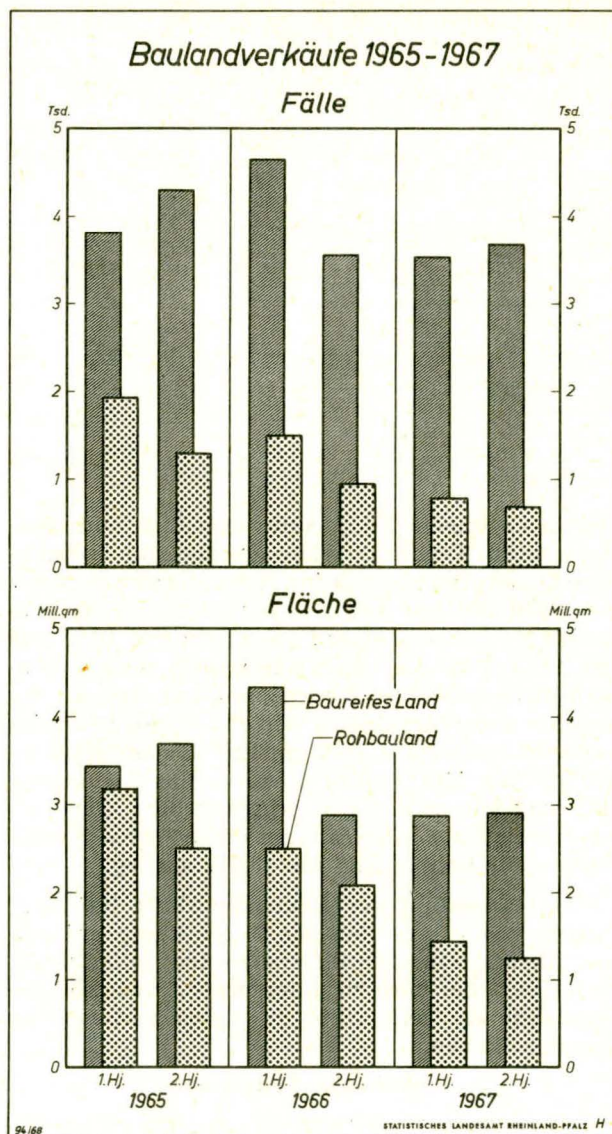
¹⁾ Vgl.: „Stellungnahme zu dem Entwurf eines Städtebauförderungsgesetzes“. Schriftenreihe des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau, Band 23, Coburg 1968.

1) Veränderung zum Vorjahr bzw. Vorhalbjahr.

Entwicklung im Hoch- und Tiefbau stark beeinträchtigt. Damit entfiel vielfach ein unmittelbarer Anlaß, Bauland zu erwerben. Die allgemeine finanzielle Beengung hat außerdem offensichtlich manche Privatpersonen bewegt, Vorrats- und Anlagekäufe zu drosseln, zumal der kriegsbedingte Nachholbedarf im Wohnungsbau weitgehend abgedeckt war und es somit nicht ratsam erschien, Land für künftige Bebauung auf Vorrat zu erwerben. Trotz Liquiditätsanreicherung im 1. Halbjahr 1967 bei ständiger Zinssenkung verhielten sich die meisten Wohnungsbauunternehmen abwartend. Statt Neuverschuldungen herrschten Konsolidierungstendenzen vor. Erst als in der 2. Hälfte 1967 die konjunkturpolitischen Maßnahmen, vor allem die Investitionshaushalte, erste Wirkungen vermuten ließen, deutete sich auch auf dem Baulandmarkt eine leichte Belebung an.

Insgesamt wurden 1967 in Rheinland-Pfalz 9 600 Baulandverkäufe mit einer Gesamtfläche von rund 10,2 Mill. qm und einer Kaufsumme von 143,6 Mill. DM registriert. Die entsprechenden Werte des Vorjahres waren bei den Kauffällen nur zu 83%, bei der Baulandfläche zu 73 und bei der Kaufsumme zu 77% erreicht worden. Die Abnahmeraten waren damit noch größer als 1966. Alle Grundstücksarten - ausgenommen Land für Verkehrszwecke - waren mehr oder weniger stark an diesem Rückgang beteiligt. Die größte Einschränkung erfuhr das Rohbauland mit 41,2% der Fläche und rund 40% der Kauffälle. Bei baureifem Land fiel der Flächenumsatz um 20% und die Anzahl der Kauffälle um 12,2%. Die prozentual stärkere Abnahme des Flächenumsatzes gegenüber jener der Kauffälle sowohl bei den Baulandarten insgesamt als auch bei baureifem Land und Rohbauland getrennt läßt auf eine durchschnittliche Verkleinerung der verkauften Grundstücke schließen. Tatsächlich betrugen die Grundstücksdurchschnittsgrößen bei baureifem Land rund 800 qm gegenüber 880 qm im Vorjahr, bei Rohbauland 1 825 qm gegenüber 1 870 qm und bei der Summe der Baulandarten 1 065 qm gegenüber 1 210 qm im Jahr 1966. In der im Einzelfall erworbenen kleineren Grundstücksfläche kann man mit Einschränkung ebenfalls Auswirkungen der begrenzten finanziellen Möglichkeiten und vorsichtigen Taktierens sehen.

Betrachtet man lediglich die Jahresergebnisse von 1967, so wird die tatsächliche Entwicklung am Baulandmarkt nicht adäquat widergegeben. Während die Jahreswerte durch einen verstärkten Umsatzrückgang gekennzeichnet sind, lassen die Halbjahresergebnisse bereits die Tendenz einer leichten Umsatzbelebung erkennen. Gegenüber dem jeweils vorangehenden Halbjahr verringerte sich in der 1. Jahreshälfte 1967 die Anzahl aller Baulandkaufverträge um 5,2% und der Flächenumsatz um 14%, im 2. Halbjahr aber ergab sich bei den Kauffällen eine Steigerung um 5,4% und beim Flächenumsatz um rund 10%. Sehr deutlich wird die Tendenz der Umsatzbelebung beim Land für Verkehrszwecke: im 1. Halbjahr 1967 gingen hier Kauffälle und Flächenumsatz noch um rund 16 bzw. 40% zurück, in der 2. Jahreshälfte dagegen schnellte der Flächenumsatz um fast 270% hoch und die Zahl der



Kauffälle um 90%. Es darf mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß sich hierin Teile der für die Infrastruktur vorgesehenen Beträge der Investitionshaushalte niedergeschlagen haben. Die umgesetzten Flächen baureifen Landes hielten sich im 1. Halbjahr 1967 und in der 2. Jahreshälfte 1966 etwa die Waage. Eine leichte Belebung, mit 1,3% bei den umgesetzten Flächen und 4,3% bei den Kauffällen, deutete sich im 2. Halbjahr 1967 an. Bei Rohbauland bestätigte sich der bereits seit 1965 bestehende Trend des rückläufigen Flächenumsatzes. Er war im 2. Halbjahr 1967 lediglich leicht abgeschwächt (1. Halbjahr 1967: — 30,3%, 2. Halbjahr: — 13,4%).

Zwischen Umsatzentwicklung und Preisbewegungen ist kein eindeutiger Zusammenhang zu erkennen. Die Preisbestimmungsgründe für das Wirtschaftsgut Bauland sind zu komplex, als daß sie sich in der einfachen Relation Umsatz - Preis einfangen ließen. Gleichwohl war die Steigerung des durchschnittlichen Quadratmeterpreises sämtlicher Grundstücksarten mit 4,5% geringer als in allen Vorjahren. Im 2. Halbjahr fiel er sogar von 14,54 DM auf 13,61 DM (— 6,4%). Im einzelnen verliefen die

Baulandverkäufe und -preise nach Baugebieten
und Baulandarten 1967

Baugebiet	Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf- fälle	Fläche	Preis je qm	Kauf- fälle	Fläche	Preis je qm
	An- zahl	1 000 qm	DM	An- zahl	1 000 qm	DM
Geschäftsgebiet	4	6	42,00	-	-	-
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet gemischt	48	44	44,14	-	-	-
Wohngebiet in geschlossener Bau- weise	218	169	37,03	1	1	4,00
offener Bauweise	3 866	3 152	22,75	856	1 775	11,27
Industriegebiet	4	19	28,57	-	-	-
Dorfgebiet	3 067	2 382	9,42	622	924	6,50
Insgesamt	7 207	5 772	17,87	1 479	2 700	9,64

Preisbewegungen jedoch unterschiedlich und ohne einheitliche Tendenz. Während der durchschnittliche Quadratmeterpreis für Rohbauland um 20,9% von 12,19 DM auf 9,64 DM zurückging, verteuerte er sich für baureifes Land um 11,6% von 16,01 DM auf 17,87 DM. Die Halbjahreswerte weisen eine noch differenziertere Entwicklung auf. Jeweils gegenüber dem Vorhalbjahr verteuerte sich baureifes Land im 1. Halbjahr 1967 um 12,7%, während Rohbauland um 25,1% billiger wurde. Im 2. Halbjahr 1967 dagegen gab der durchschnittliche Quadratmeterpreis für baureifes Land um 1,4% nach, während er für Rohbauland um 13,2% anstieg.

Das Gesamtbild des Baulandmarktes 1967 sagt freilich wenig aus über die Entwicklung auf den sachlich und räumlich differenzierten Teilmärkten. Es bleibt daher noch zu untersuchen, inwieweit die verschiedenen Teilmärkte die Gesamtentwicklung bestimmt haben.

2. Sachliche Teilmärkte

a. Grundstücksarten und Baugebiete: Von der veräußerten Gesamtfläche waren 56,5% (Vorjahr 51,7%) baureifes Land und 26,5% (32,9) Rohbauland. Damit bestätigte sich - wie bereits erwähnt - die seit 1965 zu beobachtende Tendenz, daß der Flächenumsatz an Rohbauland ständig abnimmt und dafür relativ mehr baureifes Land zum Verkauf gelangt. Aus dieser Entwicklung darf man mit Einschränkung folgern, daß die Erschließung von Rohbauland zu baureifem Land mehr und mehr der Nachfrage folgen kann. Die restlichen 17% sonstiges Bauland verteilen sich mit 8,3% (10,1) auf Industrieland, mit 6,9% (3,4) auf Land für Verkehrszwecke und mit 1,8% (1,9) auf Freiflächen.

Was die verschiedenen Baugebiete betrifft, so wurden wie in den Vorjahren die weitaus meisten Umsätze in Wohngebieten mit offener Bauweise und in Dorfgebieten registriert; rund 97% der Verkaufsfälle und des Flächenumsatzes an baureifem Land und Rohbauland entfielen hierauf. Eine leichte Verschiebung der Flächenumsätze beider Baulandarten vom Wohngebiet in offener Bauweise zum Dorfgebiet ergibt sich aus der Tatsache, daß der Flächenumsatz im Wohngebiet mit offener Bauweise fast doppelt so stark zurückging (- 35,1%) wie jener im Dorfgebiet (- 17,6%). Ein

Vergleich zwischen der Umsatzentwicklung bei Rohbauland und bei baureifem Land zeigt, daß der Verkauf von Rohbauland sowohl in Wohngebieten mit offener Bauweise (- 44,7%) als auch in Dorfgebieten (- 32,9%) erheblich stärker abnahm als die Veräußerung von baureifem Land (- 28,1% bzw. - 9,6%).

In Wohngebieten mit offener Bauweise zahlte man 1967 für einen Quadratmeter baureifes Land durchschnittlich 22,75 DM gegenüber 19,04 DM im Vorjahr (+ 19,5%) und für einen Quadratmeter Rohbauland 11,27 DM gegenüber 14,72 DM (- 23,4%). Die entsprechenden Preise in Dorfgebieten zeigten sich wesentlich stabiler. Baureifes Land kostete hier 9,42 DM (1966: 9,29 DM), Rohbauland 6,50 DM (6,27 DM).

Umsatzentwicklung und Preisbewegungen in den übrigen Baugebieten lassen keine vergleichenden Aussagen zu, da sie mit solch niedrigen Quoten an den Baulandumsätzen beteiligt waren, daß hier Zufallseinflüsse in der Entwicklung von Jahr zu Jahr eine erhebliche Rolle spielen. Es kann daher von den Umsätzen in diesen Gebieten kein wesentlicher Einfluß auf die Gesamtentwicklung ausgehen.

b. Verkäufer und Erwerber: Von dem in der Gesamtentwicklung aufgezeigten Umsatzrückgang waren mehr oder weniger stark alle Kontrahentengruppen betroffen, so daß es zu keiner wesentlichen Verschiebung der Relationen kam. Ähnlich wie in den beiden Vorjahren wurde auch 1967 die Hälfte aller Baulandgeschäfte zwischen natürlichen Personen abgewickelt. Sie umfaßten rund 40% der veräußerten Baulandfläche und 46% der Kaufsumme. Betrachtet man die Käufer- und Verkäuferseite getrennt, so war die Beteiligung der Privatpersonen an den Grundstücksgeschäften noch größer. In rund 80% aller Kauffälle erwarben natürliche Personen etwa 62% der gesamten Baulandfläche, in rund 70% der Verkaufsfälle veräußerten sie 65% der Gesamtfläche. Aus der unterschiedlich

Baulandverkäufe nach Veräußerern und Erwerbern 1967

Erwerber	Kauffälle	Fläche	Preis
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM
Natürliche Personen als Veräußerer			
Natürliche Personen	4 890	4 006	66 347
Juristische Personen	1 743	2 658	32 214
darunter: Gemeinden (Gv.)	1 007	1 390	13 011
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	134	300	7 660
Juristische Personen als Veräußerer			
Natürliche Personen	2 726	2 352	29 568
Juristische Personen	241	1 199	15 455
darunter: Gemeinden (Gv.)	52	242	2 935
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	79	375	4 777
darunter: Gemeinden (Gv.)			
Natürliche Personen	2 304	1 998	22 352
Juristische Personen	148	791	9 643
darunter: Gemeinden (Gv.)	-	-	-
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	68	306	3 803
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen			
Natürliche Personen	141	93	1 922
Juristische Personen	25	53	1 309
darunter: Gemeinden (Gv.)	15	24	644
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	6	23	548

Gemeindegrößenklasse	Insgesamt						Veränderung zum Vorjahr					
	baureifes Land			Rohbauland			baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf-fälle	Fläche	Preis je qm	Kauf-fälle	Fläche	Preis je qm	Kauf-fälle	Fläche	Preis je qm	Kauf-fälle	Fläche	Preis je qm
	Anzahl	1 000 qm	DM	Anzahl	1 000 qm	DM	%					
unter 2 000 Einw.	3 276	2 567	9,56	754	1 110	6,41	- 19,8	- 26,6	6,2	- 33,5	- 22,1	5,4
2 000 bis " 5 000 "	1 584	1 167	16,99	273	405	8,27	- 9,4	- 18,5	1,0	- 38,0	- 54,2	6,2
5 000 " " 10 000 "	1 125	888	21,81	210	626	9,57	8,3	- 3,8	14,6	- 51,5	- 14,1	- 29,7
10 000 " " 20 000 "	329	258	27,43	84	106	13,78	1,5	- 0,4	13,5	12,0	- 5,4	- 16,6
20 000 " " 50 000 "	434	399	29,21	93	255	17,19	- 25,0	- 34,2	2,3	- 36,7	- 26,1	- 8,4
50 000 " " 100 000 "	139	148	28,32	17	37	12,70	0,7	- 28,5	9,7	13,3	- 55,4	21,1
100 000 und mehr "	320	345	47,73	48	161	20,14	8,5	17,3	4,0	- 76,9	- 84,1	- 4,3
Insgesamt	7 207	5 772	17,87	1 479	2 700	9,64	- 12,2	- 20,0	11,6	- 39,7	- 41,2	- 20,9

hohen Beteiligungsquote an Verkaufsfällen und Flächenumsatz ergibt sich, wie auch im Vorjahr, daß Privatpersonen im Durchschnitt kleinere Objekte erwarben als sie selbst veräußerten. Von der gesamten Verkaufssumme flossen annähernd 70% (98,56 Mill. DM) in die Hände der Privaten. Hiervon wurden rund 66,35 Mill. DM von natürlichen und 32,21 Mill. DM von juristischen Personen gezahlt.

Unter den am Grundstücksgeschäft beteiligten juristischen Personen standen Gemeinden und Gemeindeverbände mit Abstand an erster Stelle. In den Geschäften zwischen natürlichen und juristischen Personen traten sie in rund 85% der Fälle als Veräußerer und in 58% der Fälle als Erwerber auf. Der Grundstücksverkehr, bei dem sich auf Käufer- und Verkäuferseite juristische Personen gegenüberstanden, spielte mit 2,5% aller Grundstückstransaktionen eine untergeordnete Rolle.

3. Räumliche Teilmärkte

a. Gemeindegrößenklassen: Auch 1967 lag der Schwerpunkt der Baulandverkäufe sowohl der Zahl der Fälle (45%) als auch der Fläche nach (41%) in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern. Vom verkauften baureifen Land entfielen 45% und vom Rohbauland 41% auf diese Größenklasse. Weitere 36% des baureifen Landes und 38% des Rohbaulandes lagen in Gemeinden mit 2 000 bis unter 10 000 Einwohnern. Für den bevorzugten Erwerb von Bauland in kleinen Gemeinden können verschiedene Gründe ausschlaggebend sein: Der noch relativ große Vorrat an Bauland, die vergleichsweise günstigen Bodenpreise sowie die Flucht aus den Ballungszentren und die Vorliebe für ein eigenes Haus in ruhiger Lage, zumal die Wanderung von der Stadt auf das Land viele ihrer Nachteile durch ständig verbesserte Verkehrsverhältnisse verloren hat.

Der rückläufige Flächenumsatz im Jahr 1967 hat sich - was das gesamte Bauland betrifft - in allen Gemeindegrößenklassen niedergeschlagen. Baureifes Land weist dagegen eine nach Gemeindegrößenklassen unterschiedliche Umsatzentwicklung auf. In den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern und den Gemeinden von 20 000 bis unter 100 000 Einwohner kam es mit 26,6 bzw. 32,7% zu einem überdurchschnittlichen Rückgang der umgesetzten Flächen, während in den Großstädten 17,3% mehr an baureifem Land verkauft wurden als 1966.

Die außergewöhnlich starke Abnahme des Rohbaulandverkaufs in den drei Großstädten Mainz, Koblenz und Ludwigshafen (- 84,1%) erklärt sich teilweise daraus, daß im Vorjahr infolge eines Großverkaufs in Koblenz der Rohbaulandumsatz in dieser Klasse überhöht war. Im übrigen sind hier die Erschließungsmöglichkeiten weitgehend erschöpft.

Die Struktur der durchschnittlichen Quadratmeterpreise hat sich für baureifes Land wie auch für Rohbauland in den ausgewiesenen sieben Gemeindegrößenklassen schon seit Jahren kaum geändert. Auch 1967 ergab sich eine von der unteren zur oberen Gemeindegrößenklasse nahezu stetig ansteigende Preisskala, wobei die Preisspanne für baureifes Land von 9,56 DM in der untersten bis 47,73 DM in der obersten Klasse reichte und für Rohbauland von 6,41 DM bis 20,14 DM. Eine Ausnahme im sonst kontinuierlichen Anstieg bildet lediglich die Größenklasse 50 000 bis unter 100 000 Einwohner, in der bereits im Vorjahr der Preis für baureifes Land und Rohbauland niedrigst war als der entsprechende Wert in der nächst kleineren Gemeindegrößenklasse. Bei dieser Größenklasse ist allerdings zu bemerken, daß sie stärker von möglichen Zufallseinflüssen bestimmt wird, da sie in Rheinland-Pfalz relativ schwach besetzt ist.

Zu der Preissteigerung von 11,6% für baureifes Land haben mehr oder weniger alle Gemeindegrößenklassen beigetragen. Die Preisbewegung bei Rohbauland verlief dagegen uneinheitlich. Während die Gemeindegrößenklasse 5 000 bis unter 10 000 Einwohner einen überdurchschnittlichen Preistrückgang aufwies (- 29,7%), zogen die Quadratmeterpreise in den unteren beiden Klassen leicht und in der Größenklasse 50 000 bis unter 100 000 Einwohner sogar um 21,1% an. Bei letztgenannter sind allerdings wiederum mögliche Zufallseinflüsse zu berücksichtigen.

b. Verwaltungsbezirke: Entsprechend der Größe der Regierungsbezirke wurden bisher in allen Erhebungsjahren die meisten Baulandgeschäfte mit dem größten Flächenumsatz in den Regierungsbezirken Koblenz und Pfalz registriert. Auch 1967 wurde jeweils ein Drittel der Verkaufsfälle und des Flächenumsatzes in diesen beiden Bezirken abgewickelt. Das restliche Drittel verteilte sich auf die übrigen drei Bezirke Trier, Montabaur und

Baulandverkäufe und -preise nach Baulandarten und Verwaltungsbezirken 1967

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf-fälle	Fläche	Kauf-summe	Kauf-fälle	Fläche	Preis je qm	Kauf-fälle	Fläche	Preis je qm
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM	Anzahl	1 000 qm	DM	Anzahl	1 000 qm	DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	108	174	4 667	64	55	50,17	25	24	21,46
Landkreise									
Ahrweiler	273	244	4 861	266	235	20,58	7	9	2,31
Altenkirchen (Ww.)	289	295	1 957	188	157	8,85	101	137	4,12
Birkenfeld	562	586	2 769	274	211	6,74	83	131	4,60
Idar-Oberstein, St.	90	110	847	50	34	12,67	16	17	7,16
Cochem	83	54	675	55	31	16,26	28	23	7,26
Koblenz	381	279	5 859	212	127	28,39	112	91	14,53
Kreuznach	233	269	6 203	219	191	21,52	4	50	27,80
Bad Kreuznach, St.	45	131	4 117	34	55	37,10	3	49	28,51
Mayen	337	293	4 199	267	195	16,98	47	65	8,12
Neuwied	607	570	7 851	516	441	15,47	88	122	7,93
Neuwied, St.	36	72	1 636	33	65	23,88	2	3	14,51
Sankt Goar	183	228	1 753	105	72	15,06	35	32	8,66
Simmern	118	167	1 473	103	88	9,51	15	79	8,10
Zell (Mosel)	58	41	482	54	29	15,13	4	12	4,00
Reg. Bez. Koblenz	3 232	3 200	42 749	2 323	1 832	16,98	549	775	9,08
Kreisfreie Stadt Trier	12	21	380	8	6	39,42	3	5	10,55
Landkreise									
Bernkastel	116	143	1 030	88	71	9,51	18	36	7,45
Bitburg	163	219	1 618	142	165	8,33	17	37	4,76
Daun	71	66	443	65	58	7,11	6	8	3,50
Prüm	45	36	286	16	12	10,28	19	21	7,05
Saarlouis	200	234	1 665	140	110	10,62	15	47	4,48
Trier	123	102	998	83	63	12,14	38	36	5,78
Wittlich	215	247	1 725	121	92	9,02	59	94	4,37
Reg. Bez. Trier	945	1 068	8 145	663	577	9,67	175	284	5,28
Landkreise									
Oberwesterwaldkreis	345	327	2 125	314	276	7,11	31	51	3,13
Loreleykreis	265	188	2 725	177	120	18,57	57	57	6,48
Unterlahnkreis	200	141	1 406	147	91	11,18	48	49	7,85
Unterwesterwaldkreis	311	396	2 833	271	242	8,69	25	45	6,87
Reg. Bez. Montabaur	1 121	1 052	9 089	909	729	10,03	161	202	6,06
Kreisfreie Städte									
Mainz	230	295	12 519	190	235	47,40	17	53	20,98
Worms	73	90	2 288	67	77	27,80	2	6	5,27
Landkreise									
Alzey	107	105	1 350	102	100	12,92	5	4	12,43
Bingen	216	210	3 803	165	139	21,68	30	46	11,05
Mainz	378	507	11 710	309	264	28,66	59	241	17,02
Worms	90	53	735	85	48	14,54	4	3	9,83
Reg. Bez. Rheinhessen	1 094	1 260	32 405	918	863	29,96	117	353	16,51
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	99	180	2 707	31	36	25,41	16	67	15,95
Kaiserslautern	17	9	455	14	7	63,13	3	2	16,84
Landau i. d. Pfalz	131	102	2 542	90	43	32,34	25	31	19,70
Ludwigshafen a. Rhein	106	270	7 041	66	55	46,71	6	85	19,25
Neustadt a. d. Weinstr.	17	10	530	11	8	54,16	-	-	-
Pirmasens	72	103	2 235	50	59	23,99	9	25	14,48
Speyer	85	142	2 980	57	48	38,45	12	29	19,91
Zweibrücken	64	88	1 175	47	24	21,42	14	52	9,41
Landkreise									
Bergzabern	223	200	1 903	132	90	15,46	54	49	6,57
Frankenthal (Pfalz)	273	387	4 250	173	114	22,69	31	58	9,29
Germersheim	585	676	6 909	505	402	12,97	77	269	5,96
Kaiserslautern	202	205	2 131	181	158	11,05	21	46	8,18
Kirchheimbolanden	97	147	1 133	37	33	16,28	55	107	5,32
Kusel	110	86	614	109	85	7,18	1	1	4,00
Landau i. d. Pfalz	210	243	2 329	123	74	18,83	48	99	7,39
Ludwigshafen a. Rhein	137	109	2 784	127	90	28,49	6	8	18,63
Neustadt a. d. Weinstr.	253	195	4 614	214	140	27,71	27	38	15,96
Pirmasens	269	274	2 481	214	159	11,86	31	75	5,40
Rockenhausen	59	52	346	50	41	7,05	9	11	5,05
Speyer	88	77	1 482	73	45	26,30	12	14	14,03
Zweibrücken	111	80	555	90	60	7,70	20	20	4,75
Reg. Bez. Pfalz	3 208	3 635	51 196	2 394	1 771	18,79	477	1 086	9,61
Rheinland-Pfalz	9 600	10 215	143 584	7 207	5 772	17,87	1 479	2 700	9,64

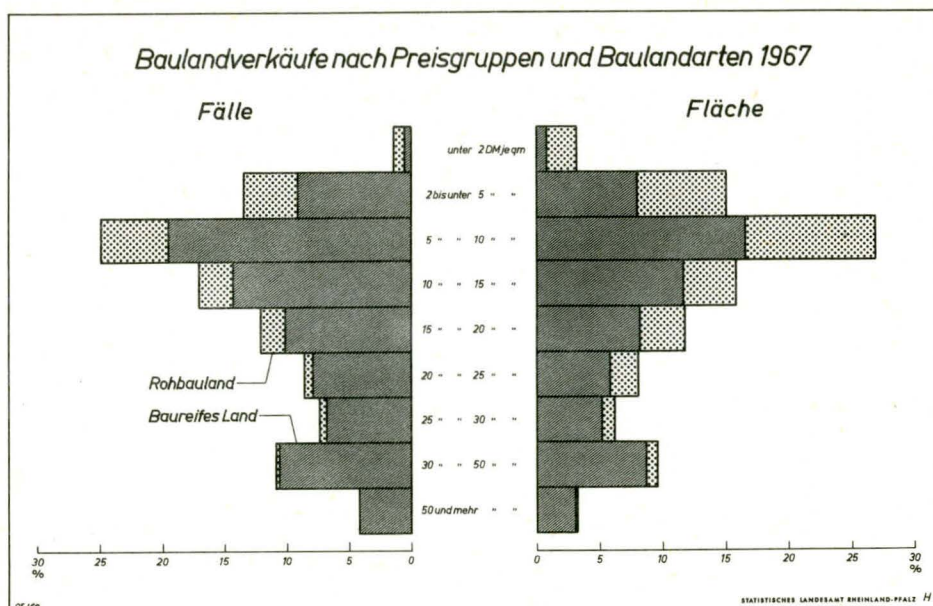
Rheinhausen. Die Verteilung, differenziert nach den Grundstücksarten baureifes Land und Rohbauland, ergibt ein ähnliches Bild. Lediglich im Bezirk Montabaur war die Menge des umgesetzten baureifen Landes im Vergleich zum verkauften Rohbauland relativ größer als in den übrigen Regierungsbezirken. Als Erklärung wären einmal die verhältnismäßig niedrigen Preise für baureifes Land zu nennen, zum anderen die infolge der intensiven Bautätigkeit der letzten Jahre zunehmende Erschließung von Rohbauland zu baureifem Land in diesem Bezirk.

Schwerpunkte des Baulandverkaufs mit einem Flächenumsatz von mehr als 0,5 Mill. qm lagen innerhalb des Regierungsbezirks Koblenz in den Landkreisen Birkenfeld und Neuwied, in Rheinhessen im Landkreis Mainz und in der Pfalz im Landkreis Germersheim. Die höchsten Kaufsummen erzielten die kreisfreien Städte Mainz und Ludwigshafen sowie der Landkreis Mainz. Diese sind weniger auf den verkauften Flächenanteil als auf die sehr hohen Quadratmeterpreise in diesen Gebieten zurückzuführen.

Der rückläufige Flächenumsatz 1967 bei baureifem Land wie bei Rohbauland hat mehr oder minder stark alle Regierungsbezirke getroffen. Die außergewöhnlich hohe Abnahme umgesetzten Rohbaulandes in Koblenz ist wiederum durch den bereits erwähnten Großverkauf im vorhergehenden Jahr zu erklären.

Die Spanne der durchschnittlichen Quadratmeterpreise reichte für baureifes Land von 9,67 DM bzw. 10,03 DM in den noch mehr ländlichen Bezirken Trier und Montabaur bis zu 29,96 DM im relativ stark industrialisierten und landwirtschaftlich intensiv bewirtschafteten Bezirk Rheinhausen. Die Preisskala für Rohbauland verlief entsprechend von 5,28 DM im Bezirk Trier bis 16,51 DM in Rheinhausen. Der Preisanstieg von Gebiet zu Gebiet folgt dabei erwartungsgemäß dem Grad der Industrialisierung und dem zunehmenden städtischen Siedlungscharakter.

Die weiteste Preisstreuung innerhalb ihrer Landkreise wiesen die Regierungsbezirke Koblenz und Pfalz auf. Im Bezirk Koblenz reichte sie für baureifes Land von 6,74 DM (Birkenfeld) bis 28,39 DM (Landkreis Koblenz) und für Rohbauland von 2,31 DM (Ahrweiler) bis 27,80 DM (Landkreis Kreuznach). In der Pfalz erstreckte sich die Preisspanne für baureifes Land von 7,05 DM (Rockenhausen) bis 28,49 DM (Landkreis Ludwigshafen) und für Rohbauland von 4,00 DM (Kusel) bis 18,63 DM (Landkreis Ludwigshafen).



Was die Preisänderungen gegenüber dem Vorjahr betrifft, so war für Rohbauland in allen Regierungsbezirken ein mehr oder minder starker Rückgang des durchschnittlichen Quadratmeterpreises zu verzeichnen, lediglich im Bezirk Montabaur stieg der Preis geringfügig an. Baureifes Land wurde in allen Regierungsbezirken teurer, ausgenommen die Pfalz, in welcher der Quadratmeterpreis um 0,20 DM nachgab. Ein überdurchschnittlich starker Preisanstieg ergab sich mit 30,9% im Bezirk Montabaur. Hier kletterte im Loreleykreis der Quadratmeterpreis für baureifes Land fast um 100% von 9,45 DM auf 18,57 DM. Zum ersten Mal war somit baureifes Land im Bezirk Montabaur teurer als im Bezirk Trier. Es scheint, daß sich die überdurchschnittlich intensive Bautätigkeit der letzten Jahre und die damit verbundene Steigerung der Baulandnachfrage im Regierungsbezirk Montabaur nun stärker in den Bodenpreisen niederschlagen.

4. Preisgruppen

Eine Gruppierung der Baulandverkäufe nach Preisgruppen ist insofern von Interesse, als sie einen Eindruck von der möglichen Breite der Preisstreuung vermitteln kann. So wurden 1967 immerhin in 19 Verkaufsfällen 0,1% der Fläche baureifen Landes und 1,5% des Rohbaulandes für weniger als 1 DM pro qm abgegeben, während bei drei Verkäufen die Veräußerer für einen Quadratmeter baureifen Landes 500 DM und mehr erzielten.

Die am dichtesten besetzte Preisgruppe war - wie bereits in den Vorjahren - die von 5 bis unter 10 DM; auf sie entfiel etwa ein Viertel aller Kauffälle. In rund 75% der Fälle kamen über drei Viertel der Gesamtfläche für einen Preis zwischen 2 und 25 DM zum Verkauf. Der Schwerpunkt der Verkäufe lag damit eindeutig in den unteren Klassen bis zu 25 DM.

Differenziert man wiederum nach baureifem Land und Rohbauland, so zeigt sich, daß die Preise für Rohbauland relativ enger streuen und über die Preisgruppe 35 bis 40 DM pro qm kaum hinausrei-

Baulandverkäufe nach Preisgruppen und Gemeindegrößenklassen 1967

Preisgruppe	Ins- gesamt	In Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern						
		unter 2 000	2 000 5 000	5 000 10 000	10 000 20 000	20 000 50 000	50 000 100 000	100 000 und mehr
Insgesamt								
unter 1 DM je qm	46	41	1	3	-	1	-	-
1 bis " 2 "	162	125	22	7	1	7	-	-
2 " " 5 "	1 463	1 167	185	74	12	21	4	-
5 " " 10 "	2 345	1 430	532	251	24	94	10	4
10 " " 15 "	1 591	785	398	214	56	102	13	23
15 " " 20 "	1 125	351	275	257	92	102	21	27
20 " " 25 "	815	211	230	196	46	59	25	48
25 " " 30 "	679	105	161	201	77	71	22	42
30 " " 35 "	465	45	107	99	67	57	22	68
35 " " 40 "	260	30	72	49	31	38	16	24
40 " " 45 "	182	10	40	47	12	27	8	38
45 " " 50 "	80	-	17	18	10	14	5	16
50 " " 75 "	276	17	31	42	17	55	19	95
75 " " 100 "	52	2	6	5	2	7	3	27
100 " " 150 "	34	2	3	5	-	6	2	16
150 " " 200 "	11	-	1	-	1	3	1	5
200 " " 300 "	8	-	-	-	-	-	3	5
300 " " 400 "	3	-	-	-	-	-	-	3
400 " " 500 "	-	-	-	-	-	-	-	-
500 und mehr	3	-	-	-	-	-	-	3
Insgesamt	9 600	4 321	2 081	1 468	448	664	174	444
Baureifes Land								
unter 1 DM je qm	3	3	-	-	-	-	-	-
1 bis " 2 "	41	35	3	2	1	-	-	-
2 " " 5 "	785	728	35	17	1	2	2	-
5 " " 10 "	1 696	1 149	370	137	9	26	5	-
10 " " 15 "	1 239	658	317	163	26	60	7	8
15 " " 20 "	877	302	229	196	57	71	14	8
20 " " 25 "	690	196	209	183	35	30	22	15
25 " " 30 "	592	104	152	178	66	55	17	20
30 " " 35 "	426	45	101	94	62	53	16	55
35 " " 40 "	244	27	71	42	30	36	16	22
40 " " 45 "	174	10	40	47	12	22	8	35
45 " " 50 "	78	-	17	17	10	14	5	15
50 " " 75 "	261	17	30	39	17	51	18	89
75 " " 100 "	51	2	6	5	2	6	3	27
100 " " 150 "	31	-	3	5	-	6	2	15
150 " " 200 "	7	-	1	-	1	2	1	2
200 " " 300 "	7	-	-	-	-	-	3	4
300 " " 400 "	2	-	-	-	-	-	-	2
400 " " 500 "	-	-	-	-	-	-	-	-
500 und mehr	3	-	-	-	-	-	-	3
Zusammen	7 207	3 276	1 584	1 125	329	434	139	320
Rohbauland								
unter 1 DM je qm	16	15	-	1	-	-	-	-
1 bis " 2 "	62	52	7	3	-	-	-	-
2 " " 5 "	377	292	44	29	4	6	2	-
5 " " 10 "	465	242	111	68	6	30	4	4
10 " " 15 "	246	98	60	33	25	24	2	4
15 " " 20 "	177	40	29	46	29	17	5	11
20 " " 25 "	62	12	14	11	7	5	2	11
25 " " 30 "	49	1	5	18	8	8	2	7
30 " " 35 "	16	-	3	-	4	1	-	8
35 " " 40 "	6	2	-	1	1	2	-	-
40 " " 45 "	-	-	-	-	-	-	-	-
45 " " 50 "	-	-	-	-	-	-	-	-
50 " " 75 "	3	-	-	-	-	-	-	3
75 " " 100 "	-	-	-	-	-	-	-	-
100 " " 150 "	-	-	-	-	-	-	-	-
150 " " 200 "	-	-	-	-	-	-	-	-
200 " " 300 "	-	-	-	-	-	-	-	-
300 " " 400 "	-	-	-	-	-	-	-	-
400 " " 500 "	-	-	-	-	-	-	-	-
500 und mehr	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 479	754	273	210	84	93	17	48

chen. Lediglich in drei Fällen wurden zwischen 50 und 75 DM für einen Quadratmeter erzielt. Die Gliederungen der Kauffälle nach Preisgruppen und Gemeindegrößenklassen weist eine positive Kor-

relation auf, und zwar verlagert sich der Schwerpunkt der Kauffälle mit steigender Gemeindegrößenklasse von den niedrigen Preisgruppen zu den höheren.
Dipl.-Volkswirt B. Knoblich

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 335	3 620	3 619	3 620	3 622	3 630	3 632
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 568	2 323	2 787	2 333	2 655	2 133	2 993	2 053	2 434p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	9,2	7,7	9,1	7,8	8,6	7,2	9,7	6,9p	...
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	5 123	5 091	5 661	5 188	5 128	5 414	5 242	4 515	5 371p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	18,4	16,9	18,4	17,4	16,7	18,2	17,0	15,1p	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)3)	Anzahl	3 014	3 420	3 643	3 342	3 254	3 702	3 506	3 267	3 436p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	10,8	11,3	11,9	11,2	10,6	12,4	11,4	10,9p	...
* Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	200	125	127	135	147	119	131	126	...
* je 1 000 Lebendgeborene	a.T.	39,0	24,6	22,4	26,0	28,7	22,0r	25,0r	27,9	...
* Geburtenüberschuß	Anzahl	2 109	1 671	2 018	1 846	1 874	1 712	1 736	1 248	1 935p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	7,6	5,5	6,6	6,2	6,1	5,8	5,6	4,2p	...
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 505	8 644	8 211	8 033	8 512	10 005	8 471
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	"	8 211	9 251	8 559	8 323	9 268	9 486	8 202
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 294	- 607	- 348	- 290	- 756	519	269
* Binnenwanderung4)	"	9 508	10 602	9 919	9 371	9 816	11 515	10 661
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	1 000	44,1	30,2	28,1	25,1	24,3	17,5	13,2	11,2	9,4
* Männer	"	35,8	24,3	22,0	19,2	18,3	13,3	9,5	7,8	6,4
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
Bauberufe	Anzahl	2 727	1 328	632	669	681	324	231	197	157
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	17 668	3 692	2 710	2 065	1 711	1 283	562	401	252
Offene Stellen	"	14 493	18 403	18 686	16 775	15 740	10 389	7 907	6 592	5 262
Männer	"	7 719	11 679	11 814	12 206	12 250	17 609	20 132	21 219	22 480
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe	"	3 950	5 395	5 216	5 514	5 609	8 828	10 268	11 029	12 238
Bauberufe	"	386	222	229	172	154	350	472	379	366
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	1 218	1 119	1 029	1 067	1 276	1 569	1 998	2 217	2 352
	"	2 989	4 214	4 024	4 561	4 517	7 883	9 368	10 094	11 219
Landwirtschaft										
Viehbestand 5)										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	694	761	.	786	.	.	.	784	.
* Milchkühe	"	327	297	.	303	.	.	.	301	.
* Schweine	"	659	822	.	777	.	.	.	814	.
* Zuchtsauen insgesamt	"	42	68	.	71	.	.	.	71	.
* Trächtige Zuchtsauen	"	24	42	.	44	.	.	.	43	.
Schlachtungen von Inlandtieren 6)										
* Rinder (ohne Kälber)	"	17	18	18	16	17	18	18	15	19
* Kälber	"	10	4	6	5	4	5	5	3	4
* Schweine	"	93	98	96	82	89	110	107	85	105
* Hausschlachtungen	"	28	24	16	11	9	25	23	11	11
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 7)										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,2	11,1	11,8	10,3	11,3	12,1	12,2	10,5	13,1
* Kälber	"	4,1	4,6	4,7	4,1	4,5	4,8	4,9	4,1	5,0
* Schweine	"	0,4	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2
	"	5,6	6,2	6,7	5,9	6,6	7,0	7,0	6,1	7,7
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	"	69	87	101	96	93	95	105	98	92
* Milchlieferungen an Molkeereien	%	63,8	75,2	77,8	77,7	77,2	75,2	78,5	79,0	77,7
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	6,7	9,6	10,9	10,8	10,1	10,7	11,4	11,0	10,0

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden. - 5) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 6) Gewerbliche und Hausschlachtungen. - 7) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	2 933	3 106	3 116	3 114	3 099	3 033	3 024	3 021	3 012
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	336	364	363	361	362	362	364	364	368
* Arbeiter 2)	"	274	274	273	272	273	273	274	275	278
* Geleistete Arbeiterstunden 3)	Mill. Std.	47	43	41	44	42	44	45	39	46
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	144	322	321	325	313	330	341	349	357
* Löhne (Bruttosumme)	"	104	212	216	217	206	217	231	230	240
* Gehälter (Bruttosumme)	"	40	110	105	108	107	113	110	119	117
* Kohleverbrauch	1 000 tSKE 4)	279	135	120	124	136	120	124	133	118
Gasverbrauch	Mill. Nm 3	41	40	39	40	43	43	44	39	41
* Heizölverbrauch	1 000 t	15	155	144	144	128	154	147	113	133
* Stromverbrauch	Mill. kWh	367	651	647	649	657	672	690	667	705
* Stromerzeugung 5)	"	138	281	255	264	256	290	293	270	268
* Umsatz 6) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	789	1 638	1 553	1 645	1 633	1 828	1 887	1 682	1 968
* Auslandsumsatz	"	126	339	321	352	325	379	383	354	400
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	70	147	153	148	144	160	170	152	156p
ohne Bauhauptgewerbe	"	70	151	153	149	144	163	171	152	155p
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	70	152	154	151	145	164	173	154	157p
Energieversorgungsbetriebe	"	74	125	127	122	126	128	132	124	123p
Grundstoff- und Produktionsgüter	"	69	159	162	165	153	174	187	170	170p
Industrie der Steine und Erden	"	78	113	126	132	130	126	149	129	140p
Eisenschaffende Industrie, NE-Metallindustrie	"	69	121	130	117	113	146	151	132	137p
Chemische Industrie (einschl. Mineralölverarbeitung)	"	64	188	188	190	174	201	213	197	193p
Investitionsgüter	"	69	180	190	171	175	188	193	179	178p
Maschinenbau	"	81	187	208	174	189	176	170	160	160p
Elektrotechnische Industrie	"	61	119	114	109	106	130	131	127	122p
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	"	65	142	134	140	137	153	170	151	157p
Verbrauchsgüter 8)	"	66	121	114	114	110	136	138	112	120p
Holz verarbeitende Industrie	"	58	126	131	122	107	140	136	140	120p
Schuhindustrie	"	71	101	82	80	99	123	120	50	92p
Textilindustrie	"	84	131	126	134	114	144	150	130	136p
Nahrungs- und Genußmittel	"	81	136	145	131	130	139	143	122	137p
Bauhauptgewerbe	"	57	126	151	138	143	147	167	153	158p
Handwerk										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Mai 1962 = 100	.	102	.	99	.	.	.	102	.
* Umsatz 9)	1962 = 100	.	142	.	138	.	.	.	137	.
* Handwerksumsatz 9)	"	.	142	.	136	.	.	.	132	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	61	212	197	176	160r	231	226
Strombezug (netto)	"	318	496	506	514	556r	496	522	630p	...
Stromaufkommen	"	375	695	692	678	704r	717	737	679p	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	11	105	95	91	93	111	103	86r	85
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	66	87	87	88	89	89	91	92	94
Facharbeiter	"	30	47	47	49	49	47	48	51	51
Helfer und Hilfsarbeiter	"	24	26	26	25	26	28	29	28	29
* Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	11	13	14	15	14	14	15	14	16
* Wohnungsbauten	"	5	6	6	7	6	6	6	6	7
Landwirtschaftliche Bauten	"	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gewerbliche Bauten	"	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	"	4	5	6	6	6	6	7	6	7
Hochbau	"	1	1	2	2	2	2	2	2	2
Straßenbau	"	3	2	2	2	2	2	2	2	2
Sonstiger Tiefbau	"	3	2	2	2	2	2	3	2	3
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	26	71	75	78	76	79	90	84	93
* Löhne (Bruttosumme)	"	24	64	69	72	69	72	83	77	86
* Gehälter (Bruttosumme)	"	2	7	6	6	7	7	7	7	7
* Umsatz	"	76	226	214	231	229	136	153	208	174

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 2) Einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - 3) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 4) 1 t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle. - 5) Gesamte industrielle Eigenenergie. - 6) Einschließlich Verbrauchssteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 8) Ohne Nahrungs- und Genußmittel. - 9) Vierteljahresdurchschnitt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe; ab März 1968 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude 1)	Anzahl	1 045	1 137	1 201	1 379	1 330	1 193	1 211	926	1 506
Veranschlagte reine Baukosten	DM/cbm	56,3	107,7	106,8	108,3	109,6	109,3	109,0	107,6	112,0
Bruttowohnfläche	1 000 qm	159	191	190	248	230	210	225	183	245
* Nichtwohngebäude 1)	Anzahl	585	293	307	352	342	313	358	246	362
* Umbauter Raum insgesamt 1)	1 000 cbm	1 465	1 962	1 982	2 245	2 303	2 032	2 141	1 667	2 456
* in Wohngebäuden	"	929	1 106	1 103	1 412	1 313	1 227	1 277	975	1 434
* Wohnungen	Anzahl	2 724	2 500	2 475	3 397	3 126	2 494	2 755	2 038	2 936
* in ganzen Wohngebäuden 1)	"	2 200	2 062	2 022	2 775	2 523	2 252	2 474	1 831	2 635
Baupreise										
Meßziffern ausgewählter Bauleistungspreise	1962=100									
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	"	.	96	96	.	.	101	.	.	.
Ziegelmauerwerk	"	.	120	120	.	.	128	.	.	.
Hohlblockmauerwerk	"	.	122	122	.	.	130	.	.	.
Leichttrennwand	"	.	121	121	.	.	125	.	.	.
Stahlbetondecke	"	.	109	109	.	.	115	.	.	.
Beton B 80 für Wände	"	.	120	121	.	.	126	.	.	.
Beton B 160 für Fundamente	"	.	109	109	.	.	114	.	.	.
Dachverbandholz liefern	"	.	101	102	.	.	101	.	.	.
Innenwandputz (Mauerwerk)	"	.	128	128	.	.	131	.	.	.
Deckenputz	"	.	129	130	.	.	131	.	.	.
Außenwandputz	"	.	135	135	.	.	140	.	.	.
Wandbekleidung (Fliesen)	"	.	116	121	.	.	125	.	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Einzelhandel (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	97	95	95	96	95	94	94	95
Umsätze	"	.	125	122	122	122	130	126	118	129
Waren verschiedener Art	"	.	177	159	154	173	192	176	151	202
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	116	120	122	119	121	120	114	122
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	116	119	101	112	130	108	95	121
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	125	114	114	118	113	120	115	119
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	121	97	99	104	106	102	94	109
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	114	113	121	107	123	125	132	105
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	5 493	12 561	11 774	11 820	11 006	12 427	12 706	11 136	...
* Lieferungen	"	14 040	32 986	32 159	35 419	29 941	36 960	35 672	28 755	...
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	145,2	393,0	390,6	402,9	393,4	423,4	424,3	368,6	491,0
Nach Warengruppen:										
* Ernährungswirtschaft	"	4,8	11,7	11,1	13,1	12,4	13,9	13,5	13,2	17,2
* Gewerbliche Wirtschaft	"	140,4	381,3	379,5	389,8	381,0	409,5	410,8	355,5	473,9
* Rohstoffe	"	5,8	7,5	7,5	8,9	7,3	7,6	9,3	7,7	9,6
* Halbwaren	"	23,1	29,1	33,7	30,0	25,3	27,1	26,3	22,5	31,3
* Fertigwaren	"	111,5	344,7	338,3	350,9	348,3	374,8	375,3	325,3	433,0
* Vorerzeugnisse	"	59,5	151,5	155,1	156,6	148,1	156,9	165,9	141,2	186,4
* Enderzeugnisse	"	52,0	193,2	183,2	194,2	200,2	217,9	209,4	184,1	246,6
Nach ausgewählten Verbrauchsländern:										
* EWG - Länder	"	41,0	148,7	138,4	159,3	145,4	157,1	154,3	141,2	178,7
Belgien - Luxemburg	"	9,5	27,2	27,5	26,8	23,2	24,2	28,3	23,4	31,6
Frankreich	"	9,6	53,7	50,8	58,5	53,8	65,5	51,0	60,7	69,7
Italien	"	9,6	34,7	29,8	37,5	38,6	33,2	35,0	29,1	38,4
Niederlande	"	12,2	33,0	30,4	36,6	29,8	34,1	40,0	28,0	38,9
* EFTA - Länder	"	36,4	93,3	87,9	98,2	85,3	91,0	96,1	82,9	105,5
Dänemark	"	3,4	9,7	9,0	10,3	7,1	10,7	11,7	8,7	9,8
Großbritannien	"	9,5	22,1	20,1	24,2	21,4	20,7	20,2	17,3	19,0
Österreich	"	6,8	17,4	15,3	16,1	16,6	17,6	18,9	15,9	21,3
Schweden	"	5,4	13,3	12,4	13,0	12,2	12,0	13,0	13,6	13,3
Schweiz	"	8,3	22,6	23,1	24,9	21,8	22,4	24,0	20,9	33,0
USA und Kanada	"	10,1	22,8	22,2	21,0	24,5	32,5	31,0	33,3	32,7
Ostblockländer	"	3,6	21,9	25,9	24,7	22,8	26,5	23,4	12,7	23,0
Gastgewerbe (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	110	115	117	119	110	113	116	118
Teilbeschäftigte	"	.	167	179	208	174	150	152	168	165
Umsätze insgesamt:	"	.	132	144	139	160	124	135	150	160
Übernachtungen	"	.	155	185	200	256	152	180	225	274
Beköstigung	"	.	130	144	136	156	121	134	147	147
Fremdenverkehr in 258 Berichtsgemeinden										
* Fremdenanmeldungen	1 000	167	207	248	252	334	179	218	286	...
* Auslands Gäste	"	36	44	46	62	124	31	94	75	...

1) Bis Dezember 1962 ohne Gebäudeteile und Umbau ganzer Gebäude, ab Januar 1963 ohne Gebäudeteile.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Fremdenübernachtungen	1 000	625	777	901	1 018	1 274	663	816	1 067	...
* Auslandsgäste	"	68	95	88	135	289	73	84	161	...
Nach Gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	255	329	411	445	474	312	390	455	...
Luftkurorte	"	43r	47r	54	65	81	39	47	64	...
Sonstige	"	327r	401r	436	508	719	312	379	548	...
Verkehr										
Bundesbahn 1)										
Zugkilometer	"	2 960	2 832	2 738	2 961	3 075	2 760	2 997	3 008	...
Wagenachskilometer	"	104 960	112 382	107 341	121 109	123 498	109 905	123 154	126 453	...
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 017	1 181	1 126	1 276	1 310	1 158	1 302	1 344	...
Nettotonnenkilometer	"	293	332	309	358	349	336	394	387	...
Gestellte Güterwagen	Anzahl	74 911	59 950	53 024	64 362	63 492	56 358	60 636	56 282	...
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	1 812	2 818	3 021	3 292	3 080	3 113	3 503	3 094	3 652
* Gütereingang	"	811	1 432	1 493	1 651	1 556	1 440	1 659	1 465	1 705
* Güterversand	"	1 001	1 386	1 528	1 641	1 524	1 673	1 844	1 629	1 947
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 315	4 351	4 305	5 091	4 878	3 694	4 161	4 276	4 198
Ladung	1 000 t	2 938	3 167	3 141	3 949	3 732	2 612	3 110	3 378	3 055
Auslastungsgrad 2)	%	80	84	87	89	88	88	89	89	87
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 367	4 475	4 304	5 147	4 977	3 769	4 275	4 287	4 465
Ladung	1 000 t	893	1 578	1 647	1 867	1 731	1 713	1 821	1 692	1 748
Auslastungsgrad 2)	%	70	82	85	88	87	87	89	88	86
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 999	7 528	8 082	8 144	6 694	10 195	9 539	7 237	...
Kraftträder (einschließlich Motorroller)	"	366	23	29	46	23	26	45	38	...
* Personenkraftwagen	"	2 840	5 733	6 355	6 262	5 148	8 131	7 660	5 629	...
* Kombinationskraftwagen	"	275	654	683	762	610	856	758	629	...
* Lastkraftwagen	"	346	466	410	541	480	608	594	504	...
Zugmaschinen	"	640	579	480	463	355	520	426	390	...
Kraftfahrzeuganhänger	"	132	244	354	363	415	357	356	340	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen 3)	1 000	20 118	20 547	20 563	19 750	18 344	18 872	21 465	19 554	...
Orts- und Nachbarortslinienverkehr										
Straßenbahnen	"	11 395	10 672	10 732	10 387	9 631	9 670	10 911	9 570	...
Obusse	"	4 219	4 303	4 494	4 387	3 848	3 422	3 842	3 454	3 562
Kraftomnibusse	"	2 924	4 303	4 494	4 387	3 848	3 422	3 842	3 454	...
Überlandlinienverkehr	"	4 252	6 369	6 238	6 000	5 783	6 248	7 069	6 117	...
Berufsverkehr 4)	"	8 056	8 903	8 841	8 232	7 647	8 389	9 438	8 764	...
Gelegenheitsverkehr	"	233	576	546	557	537	582	593	593	...
Wagenkilometer 3)	"	434	310	400	526	510	211	465	571	...
Orts- und Nachbarortslinienverkehr	"	7 990	8 960	9 539	10 235	10 329	8 432	10 435	10 245	...
Straßenbahnen	"	2 289	2 057	2 053	2 046	2 063	2 036	2 131	1 962	...
Obusse	"	871	688	710	702	686	606	620	578	628
Kraftomnibusse	"	541	1 369	1 343	1 344	1 377	1 430	1 511	1 384	...
Überlandlinienverkehr	"	877	4 127	3 965	4 209	4 083	4 023	4 483	3 981	...
Berufsverkehr 4)	"	4 048	1 069	965	1 047	1 048	1 073	1 132	1 017	...
Gelegenheitsverkehr	"	233	1 641	2 531	2 904	3 124	1 289	2 661	3 252	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	3 491	6 098	6 253	5 956	6 644	5 793	6 366	6 199	...
Unfälle mit nur Sachschaden	"	1 464	1 716	1 899	1 830	2 054	1 648	1 857	1 917	...
bis 1 000 DM 5)	"	2 027	4 382	4 354	4 126	4 590	4 145	4 509	4 282	...
über 1 000 DM 6)	"	.	3 718	3 639	3 487	3 894	3 515	3 799	3 631	...
* Getötete Personen 7)	"	68	96	92	88	115	630	710	651	...
* Verletzte Personen	"	1 913	2 445	2 848	2 604	3 008	77	104	106	...
Schwerverletzte	"	765	843	998	869	1 074	2 404	2 597	2 775	...
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	27 688	34 843	32 870	33 966	31 164	38 813	36 524	30 577	...
Gewöhnliche Paketsendungen	"	931	1 023	802	793	811	1 120	996	661	...
Telegramme	"	99	68	78	68	77	74	74	63	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	469 430	823 220	881 802	897 943	857 747	815 550	915 483	766 851	...
Lastschriften	"	460 840	822 696	878 205	902 580	855 892	818 434	919 694	758 789	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	"	5 814	10 049	9 806	11 537	12 457	10 456	11 847	9 551	...
Auszahlungen	"	5 296	9 707	9 908	10 061	10 884	10 764	13 178	9 492	...
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	181	1 036	1 035	1 035	1 035	1 052	1 053	1 054	...
Fernsehrundfunk	"	78	757	752	755	757	818	821	823	...

1) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 2) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe. - 3) Einschließlich Schüler-, Markt- und Theaterfahrten sowie Ferienzeiel-Reiseverkehr (in Aufgliederungen nicht enthalten. - 4) 1958 ohne mittelbar entgeltlichen Berufsverkehr (§ 1 Abs. 1 Satz 2 PBefG.). - 5) Bei jedem der Beteiligten. - 6) Bei einem der Beteiligten. - 7) Einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Geld und Kredit										
Kreditinstitute 1)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 307	11 984	11 398	11 505	11 505	12 396	12 484	12 635	12 671
* Kurzfristige Kredite	"	1 376	3 275	3 183	3 247	3 205	3 243	3 215	3 312	3 260
* an Wirtschaft und Private	"	1 367	3 195	3 109	3 164	3 138	3 173	3 168	3 254	3 220
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	9	80	74	83	67	70	47	58	40
* Mittel- und langfristige Kredite 2)	"	1 931	8 709	8 215	8 258	8 300	9 153	9 269	9 323	9 411
* an Wirtschaft und Private	"	1 551	6 728	6 346	6 390	6 412	6 941	7 030	7 089	7 163
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	380	1 981	1 869	1 868	1 888	2 212	2 239	2 234	2 248
* Einlagen von Nichtbanken	"	3 282	10 949	10 100	10 073	10 069	11 412	11 601	11 523	11 609
* Sicht- und Termineinlagen	"	1 426	3 629	3 384	3 302	3 255	3 740	3 864	3 746	3 774
* von Wirtschaft und Privaten	"	1 055	2 862	2 506	2 457	2 482	2 992	2 934	2 910	2 982
von öffentlich-rechtlichen Körperschaften	"	371	767	878	845	773	748	930	836	792
* Spareinlagen	"	1 857	7 320	6 716	6 771	6 814	7 672	7 737	7 777	7 835
* bei Sparkassen	"	1 274	4 833	4 451	4 481	4 505	5 048	5 091	5 112	5 139
* bei Kreditbanken	"	.	849	775	785	789	896	904	908	917
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	"	105	349	307	332	364	368	375	330	476
* Lastschriften auf Sparkonten	"	78	297	271	280	322	316	310	293	419
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse	Anzahl	13	14	21	19	14	10	9	10	9
Vergleichsverfahren	"	3	3	8	4	3	3	4	1	1
Wechselproteste	"	2 860	2 596	2 832	2 798	2 558	1 974	2 181	1 971	2 184
" 4)	1 000 DM	2 017	4 237	4 770	4 402	4 207	2 871	2 760	2 519	3 048
Steuern										
* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	49 700	135 475	96 253	240 766	81 080	87 703	98 557	248 959	91 514
* Vermögensteuer	"	2 443	7 702	16 821	6 441	775	1 075	19 082	962	2 770
* Kraftfahrzeugsteuer	"	5 495	15 271	15 541	14 920	15 717	17 889	17 311	14 635	18 369
* Biersteuer	"	3 176	5 082	4 848	4 700	5 749	4 150	4 150	5 768	6 203
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	35 809	102 572	54 649	208 978	54 859	60 473	53 221	223 330	60 411
* Einnahmen für Rechnung des Bundes	"	115 170	214 983	217 159	272 844	173 197	167 704	178 538	302 480	187 522
* Umsatzsteuer 5)	"	46 123	87 713	82 608	87 160	91 992	70 757	68 863	77 467	91 664
* Umsatzausgleichsteuer 6)	"	6 102	10 701	29 817	4 844	4 799	12 908	15 324	38 024	14 574
* Beförderungsteuer	"	1 582	2 126	2 169	2 358	2 458	114	106	89	114
* Zölle	"	8 704	11 446	26 159	5 630	6 269	6 740	6 973	10 745	6 545
* Verbrauchsteuern	"	32 345	42 749	44 310	50 113	35 433	40 032	54 827	37 667	38 495
* Tabaksteuer	"	18 677	5 647	8 357	5 993	5 148	2 926	7 316	2 624	5 556
* Mineralölsteuer	"	2 522	7 038	6 287	7 134	7 025	5 852	6 842	6 324	7 107
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	18 944	60 241	32 096	122 734	32 225	35 516	31 256	131 163	35 479
* Lastenausgleichsabgaben	"	6 486	5 145	13 010	1 169	1 299	1 146	13 034	1 407	1 034
* Steuern vom Einkommen	"	54 753	162 813	86 745	331 712	87 093	95 989	84 477	354 493	95 890
* Lohnsteuer	"	19 833	70 883	56 626	58 379	61 258	60 153	61 172	66 812	61 240
* Veranlagte Einkommensteuer	"	20 055	59 668	22 019	149 472	18 897	22 740	13 294	159 090	24 766
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	1 800	6 191	1 879	56 347	1 059	6 503	1 397	57 603	3 098
* Körperschaftsteuer	"	13 065	26 071	6 221	67 514	5 879	6 593	8 614	70 988	6 786
* Gemeindesteuereinnahmen 7)	"	83 725	184 673	.	191 689	.	.	.	204 013	.
* Realsteuern	"	76 545	171 318	.	177 986	.	.	.	189 230	.
* Grundsteuer A	"	8 599	9 704	.	12 127	.	.	.	11 910	.
* Grundsteuer B	"	15 026	24 910	.	28 642	.	.	.	30 737	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	49 114	127 680	.	128 712	.	.	.	137 817	.
* Lohnsummensteuer	"	3 806	9 024	.	8 505	.	.	.	8 766	.
* Sonstige Steuern	"	7 180	13 355	.	13 703	.	.	.	14 783	.

1) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats; anstelle von Monatsdurchschnitten Kontenstand am Ende des Jahres. - 2) Einschließlich durchlaufender Kredite. - 3) Einschließlich Zinsen. - 4) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 5) Ab 1.1.1968 einschließlich Mehrwertsteuer. - 6) Ab 1.1.1968 einschließlich Einfuhrumsatzsteuer. - 7) Einschließlich Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Löhne und Gehälter ¹⁾										
Arbeiter in der Industrie ²⁾										
Bruttowochenverdienste	DM	96	193	.	.	196	202
* Männliche Arbeiter	"	106	210	.	.	213	219
Facharbeiter	"	113	224	.	.	226	232
Angelernte Arbeiter	"	107	205	.	.	208	216
Hilfsarbeiter	"	87	173	.	.	177	181
* Weibliche Arbeiter	"	61	130	.	.	130	136
Bruttostundenverdienste	"	2,10	4,46	.	.	4,48	4,59
* Männliche Arbeiter	"	2,28	4,76	.	.	4,78	4,90
Facharbeiter	"	2,44	5,05	.	.	5,07	5,18
Angelernte Arbeiter	"	2,25	4,65	.	.	4,66	4,83
Hilfsarbeiter	"	1,90	3,96	.	.	3,99	4,06
* Weibliche Arbeiter	"	1,43	3,23	.	.	3,23	3,32
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,8	43,1	.	.	43,7	43,9
* Männliche Arbeiter	"	46,8	44,0	.	.	44,6	44,7
* Weibliche Arbeiter	"	42,8	40,0	.	.	40,2	41,0
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	42,1	40,8	.	.	39,2	38,9
* Männliche Arbeiter	"	43,1	41,7	.	.	40,5	39,6
* Weibliche Arbeiter	"	39,2	37,6	.	.	34,4	36,0
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	542	1 077	.	.	1 077	1 112
in der Industrie ²⁾	"	495	977	.	.	977	1 005
* Kaufmännische Angestellte	"	595	1 177	.	.	1 179	1 214
* Männliche Angestellte	"	377	749	.	.	748	771
* Weibliche Angestellte	"	648	1 251	.	.	1 251	1 295
* Technische Angestellte	"	665	1 285	.	.	1 286	1 332
* Männliche Angestellte	"	452	866	.	.	864	893
* Weibliche Angestellte	"	355	742	.	.	741	765
im Handel ³⁾	"	351	737	.	.	737	761
* Kaufmännische Angestellte	"	485	962	.	.	961	994
* Männliche Angestellte	"	279	581	.	.	581	600
* Weibliche Angestellte	"	438	915	.	.	914	943
zusammen	"	404	835	.	.	835	860
* Kaufmännische Angestellte	"	536	1 064	.	.	1 065	1 097
* Männliche Angestellte	"	307	641	.	.	640	660
* Weibliche Angestellte	"	625	1 233	.	.	1 235	1 278
* Technische Angestellte	"	646	1 267	.	.	1 269	1 314
* Männliche Angestellte	"	418	853	.	.	849	876
* Weibliche Angestellte	"									...
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 021	1 050	1 049	1 047	1 047	1 065	1 065	1 065	1 067
Pflichtmitglieder	"	649	656	655	653	651	647	644	641	641
Rentner	"	227	258	254	254	256	325	328	330	332
Krankenstand der Pflicht-										
mitglieder	%	4,5	4,2	3,8	3,9	3,9	4,1	4,0	4,0	4,2
Männer	"	4,6	4,2	3,9	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	4,3
Frauen	"	4,3	4,1	3,7	3,8	3,7	4,1	3,8	3,8	3,9
Soziale Rentenversicherung ⁵⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	344 570
Arbeiterrentenversicherung	"	260 463	334 548	332 507	334 195	336 850	342 871	344 755	345 159	350 311
Angestelltenversicherung	"	84 107
Ausgezählte Renten	1 000 DM	46 425
Arbeiterrentenversicherung	"	32 663	75 500	74 836	75 521	76 345	80 767	81 631	81 960	83 217
Angestelltenversicherung	"	13 762
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	38 890	24 354	23 900	21 965	20 393	15 805	11 148	9 602	7 650
Arbeitslosenversicherung	"	31 577	22 254	22 035	19 803	18 130	11 761	8 048	6 866	5 456
Ausgezählte Unterstützungen	1 000 DM	8 703	10 537	11 040	12 381	8 092	12 621	8 787	3 630	5 462
Arbeitslosenversicherung	"	7 369	9 782	10 424	11 539	7 368	10 367	7 191	2 822	4 267
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	231	171	.	172	.	.	.	167	.
Ausgezählte Renten	1 000 DM	18 112	30 432	30 200	29 774	31 984	30 340	30 285	30 344	30 574

1) Ab 1964 neuer Berichtskreis; daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar; Monatsdurchschnitt 1958 auf neuen Berichtskreis umgerechnet. - 2) Einschließlich Bau. - 3) Handel, Kredit und Versicherungen. - 4) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 5) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung insgesamt	1 000	54 292	59 873p	59 832	59 855	59 872
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 187	40 270p	37 347	47 956	42 873	34 254	35 537	50 898	36 878
Lebendgeborene 2)	"	75 361	84 954p	86 246	92 433	85 743	86 769	87 317	86 657	79 369
Gestorbene 3)	"	49 784	57 278p	56 510	59 071	54 519	66 006	59 892	57 562	53 656
Geburtenüberschuß	"	25 577	27 676p	29 736	33 362	31 224	20 763	27 425	29 095	25 713
Arbeitslose	1 000	769	459	501	458	401	460	331	265	227
Männer	"	500	335	364	326	280	348	232	180	153
Landwirtschaft										
Schweinebestand 4)	"	14 747	19 032	.	.	18 181	19 285	.	.	19 025
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 5)	1 000 t	186	254	251	267	241	260	282	279	245
Milcherzeugung	"	1 490	1 810	1 982	2 191	2 067	1 975	2 049	2 253	2 108
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 6)	1 000	8 015	7 843	7 856	7 827	7 794	7 768	7 791p	7 813p	7 827p
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	Mill. Std.	1 139	916	903	882	930	936	932p	967p	860p
Geleistete Arbeiterstunden 7)	Mill. DM	18 166	31 722	30 569	29 978	32 311	34 872	34 684p	36 538p	33 867p
Umsatz 8) (einschl. Umsatzsteuer)	"	2 698	5 947	5 778	5 700	6 349	6 421	6 350p	6 643p	6 205p
Auslandsumsatz										
Index der industriellen Produktion 9)	1962 = 100	75	118	119	119	117	125	131	132	145p
Gesamtindustrie	"	76	118	119	118	116	126	131	132	144p
ohne Bauhauptgewerbe	"									
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	76	117	118	118	116	124	130	131	144p
Energieversorgungsbetriebe	"	74	138	139	127	127	157	143	140	138p
Bergbau	"	99	89	92	85	88	95	91	92	95p
Verarbeitende Industrie	"	74	119	120	120	118	126	133	134	148p
Grundstoffe und Produktionsgüter	"	71	133	136	136	138	143	152	155	162p
Investitionsgüter	"	73	109	110	111	110	116	121	122	138p
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	"	76	114	116	109	105	127	131	130	149p
Nahrungs- und Genußmittel	"	81	122	117	127	117	118	128	127	138p
Bauhauptgewerbe	"	72	115	120	134	124	101	133	139	160p
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	12 403	9 337	9 199	8 080	9 384	9 865	8 992	9 411	...
Braunkohlenförderung (brutto)	"	7 791	8 064	7 769	7 539	7 944	8 059	7 303	8 168	...
Produktion von Roheisen	"	1 645	2 281	2 351	2 264	2 333	2 585	2 379	2 572	...
Stahlrohblöcken	"	2 143	3 018	3 109	2 926	3 140	3 522	3 183	3 437	...
Walzstahlfertigerzeugnissen	"	1 470	2 076	2 130	1 980	2 216	2 430	2 259	2 446	...
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	8 457	15 443	14 994	14 027	14 085	17 616	15 610
Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	1 956	1 632	1 598	1 539	1 501	1 817	1 578
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)	1 000	1 322	1 467	1 457	1 479	1 495
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	Mill. Std.	213	206	211	225	236
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. DM	1 431	3 694	3 166	3 413	3 866
Umsatz										
Baugenehmigungen: Wohnungen	Anzahl	48 466	44 396	48 058	42 921	49 153
Handel										
Umsätze	1962 = 100	.	132	127	129	128	132	140	137	126
Waren verschiedener Art	"	.	159	142	142	136	159	170	161	138
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	131	128	132	136	135	139	141	133
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	123	118	126	107	115	137	120	104
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	129	116	118	119	116	123	130	120
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	127	102	103	104	106	109	110	104
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	121	133	128	132	131	139	137	132
Außenhandel (Spezialhandel)	Mill. DM	2 594	5 849	5 624	5 612	6 228	6 634	6 604	6 761	6 051
Einfuhr	"	3 083	7 250	7 468	6 898	7 535	8 409	7 703	8 062	7 069
Ausfuhr	"	489	1 401	1 843	1 286	1 307	1 775	1 100	1 301	1 018
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß										

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 5) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 6) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 7) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 8) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 9) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Verkehr										
Meßziffern des Güterverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Güter	1962=100	95	99	94	91	102
Binnenschifffahrt:										
Beförderte Güter	"	80	125	128	124	144	132
Seeschifffahrt: Güterumschlag	"	66	124	121	126	122	117
Meßziffern des Personenverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Personen	"	124	82	84	83	75	80
Straßenbahnen und Obusse:										
Beförderte Personen	"	102	72	75	71	73	68	65
Kraftomnibusse:										
Beförderte Personen	"	78	109	110	106	107	112	105	107	...
Geld und Kredit										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	17 940	31 412	30 797	30 034	30 861	31 022	30 603	31 589	31 868
Kreditinstitute 2)										
Kredite an Nichtbanken	"	100 615	320 656	299 913	301 022	304 478	326 135r	327 807	331 462	337 456
Kurzfristige Kredite	"	32 530	75 366	71 492	70 770	72 745	74 504r	74 033	74 992	78 143
Mittel- und langfristige Kredite										
Einlagen von Nichtbanken	"	68 085	245 290	228 421	230 252	231 733	251 631	253 774	256 470	259 313
Sicht- und Termineinlagen	"	82 561	243 576	216 092	220 125	220 085	247 597	250 650	252 553	255 852
Spareinlagen	"	46 496	100 148	84 727	87 948	87 066	98 489	100 645	101 562	104 080
	"	36 065	143 428	131 365	132 177	133 019	149 108	150 005	150 991	151 772
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	48	97,6	92	90	89	121,4	126,7	128,3	131,5
Steuern										
Bundes- und Landessteuern 3)	Mill. DM	3 573	8 275	6 036	6 705	10 480	10 197	6 044	6 683	11 402
Besitz- und Verkehrsteuern	"	1 732	4 357	2 490	2 909	6 699	6 858	2 655	2 906	7 507
Steuern vom Umsatz	"	1 080	2 060	2 001	1 956	1 957	1 575	1 698	1 814	1 985
Zölle und Verbrauchsteuern	"	761	1 858	1 545	1 840	1 824	1 764	1 691	1 963	1 910
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)										
	1961/62 bis 1962/63=100	96,6	109,3	106,5	105,1	106,9	100	100	100	100
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 5)										
	1962/63=100	88,1	109,9	111,1	110,5	110,3r	105,0	104,8	102,3	102,4
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte										
	1962=100	97,2	104,9	104,7	104,6	104,7	99,6	99,1	98,9	98,9
Preisindex für Wohngebäude 6)										
	"	75,8	115,9	.	116,0	.	.	.	119,9	.
Preisindex für den Straßenbau 7)										
	"	80,5	95,3	.	91,7	.	.	.	95,6	.
Preisindex für die Lebenshaltung 8)										
	1938=100	183,4	226,5	226,7	227,3	227,7	229,1	229,1	229,3	230,3
	1958=100	100	123,4	123,5	123,8	124,1	124,8	124,8	124,9	125,5
	1962=100	92,7	114,4	114,5	114,8	115,0	115,7	115,7	115,8	116,3
Ernährung										
	"	93,0	112,7	113,5	114,3	114,6	111,0	111,1	111,0	112,2
Getränke und Tabakwaren										
	"	100,2	108,9	109,3	109,3	109,3	110,7	110,7	110,7	110,6
Wohnung										
	"	82,0	137,6	136,9	137,2	137,6	143,9	145,0	146,3	147,2
Heizung und Beleuchtung										
	"	94,6	108,4	105,9	106,0	106,4	116,6	113,3	112,9	113,3
Hausrat										
	"	97,7	103,5	103,9	103,8	103,6	102,6	102,6	102,5	102,7
Bekleidung										
	"	93,8	112,1	112,2	112,3	112,3	112,0	112,0	112,0	112,0
Reinigung und Körperpflege										
	"	91,6	113,9	113,5	113,6	114,1	119,4	119,4	119,5	119,5
Bildung, Unterhaltung und Erholung										
	"	88,6	119,7	119,0	119,0	118,9	124,7	124,8	125,1	125,0
Verkehr										
	"	93,2	114,0	113,5	112,5	113,5	116,2	116,2	116,2	116,2
Index der Löhne in der Industrie (einschl. Bau) 9)										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962=100	72,5	132,4	131,4
Weibliche Arbeiter	"	67,8	138,2	137,5
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	"	71,5	140,0	139,4
Weibliche Arbeiter	"	66,4	144,3	143,9
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	"	101,6	94,7	94,4
Weibliche Arbeiter	"	102,0	95,6	95,3

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute, einschließlich Münzumsatz; bis Juni 1959 ohne Saarland. - 2) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats, anstelle von Monatsdurchschnitt Kontenstand am Ende des Jahres; bis 1959 ohne Saarland. - 3) Bis März 1960 ohne Saarland. - 4) Durchschnittsziffern für das Wirtschaftsjahr; berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittspreise der einzelnen Waren mit den vierteljährlichen Verkaufsmengen der Wirtschaftsjahre 1961/62 bis 1962/63. - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baubeneleistungen, bis einschließlich 1962 ohne Saarland. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) Arbeitnehmerhaushalte mittleren Einkommens. - 9) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin. ab 1960 ohne Berlin, ab 1964 mit Berlin (West). - 10) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer).

AUSZUG AUS DEN

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114

" 34

" 81, 91, 97, 136

" 9

" 117

" 28, 113

" 2, 13, 18, 115, 116

Statistische Berichte: 8 Reihen

Volkszählung 1946, 1950, 1961

Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950

Bevölkerungsentwicklung 1951 - 1958, 1959, 1960

Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950

Haushalte und Familien 1961

Pendelwanderung 1950, 1961

Berufszählung 1946, 1950, 1961

Unterricht und Bildung, Rechtspflege

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,

" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143

" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,

" 143

Statistische Berichte: 4 Reihen

Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,

1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65

Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,

1956/57, 1961/62, 1964/65

Wahlen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152

" „, 11, 38, 69, 130

" „, 24, 46, 87, 142

" 39

Statistische Berichte: 3 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)

Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965

Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963

Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964

Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955

Landwirtschaft

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26

" 119, 120, 121, 141

" 28*, 122

" 27

" 78

" 33*, 44*

" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70,

" 82, 92, 100, 129, 138, 148, 156

" 75

" 60

" 18*

" 61

" 55

" 45, 54, 64, 74, 83, 93,

" 104, 133, 140, 149, 159

Statistische Berichte: 20 Reihen

Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950

Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960

Gartenbauerhebung 1950, 1961

Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952

Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957

Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956

Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,

1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965

Wein- und Gartenbau 1958

Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957

Obstbaumzählung 1951

Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957

Weinbau 1950 - 1957

Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,

1963, 1964, 1965

Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5

" 89, 103, 132, 139, 150, 160

" 6

Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947

Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965

Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz aufgeführt wurden.

noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62	Handwerkszählung 1949, 1956
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44	Verkehrsstruktur 1950 - 1955
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128	Straßennetz am 1. Januar 1961
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963

Statistische Berichte: 21 Reihen

Bau- und Wohnungswesen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98,	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960,
" 107, 134, 144, 151, 161	1961, 1962, 1963, 1964, 1965
" 158	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965

Statistische Berichte: 8 Reihen

Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 127, 145, 153, 166	1962, 1963, 1964, 1965

Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM - Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961
" 31, 49, 146	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961
" 68, 79, 131, 154	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157	1961, 1962, 1964
" 101	Gewerbsteuer 1958

Statistische Berichte: 3 Reihen

Preise, Löhne und Gehälter

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 6 Reihen

Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*	Sozialprodukt 1950 - 1955
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.